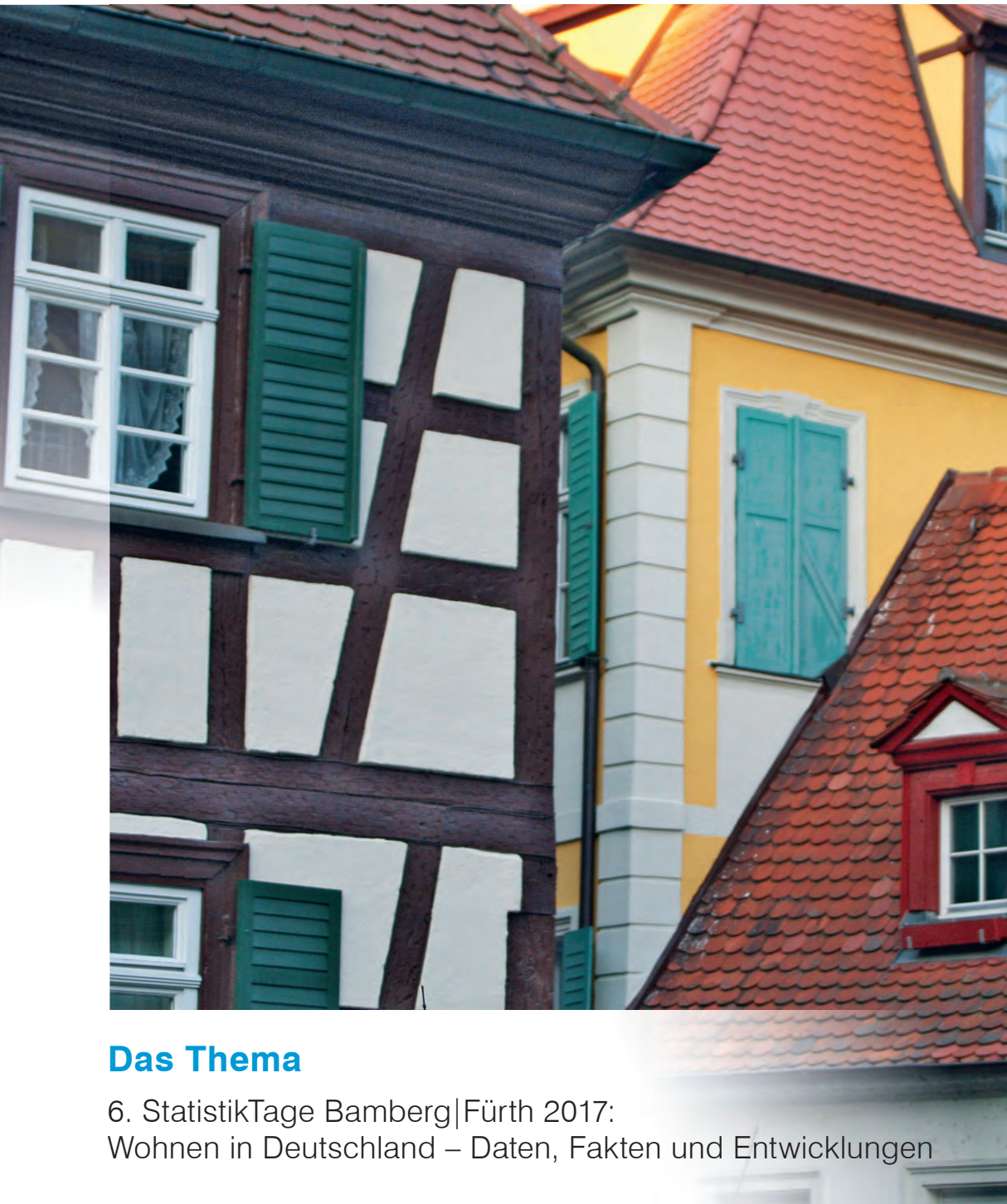




Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 09|2017



Das Thema

6. StatistikTage Bamberg|Fürth 2017:
Wohnen in Deutschland – Daten, Fakten und Entwicklungen

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden oder keine Veränderung
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 148. (71.)

Bestell-Nr. Z10001 201709
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth

Bildnachweis
Titel: © Laiotz, fotolia.com
Innen: © Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)
Umschlag-
seite 4: © Frank, fotolia.com
© Bayerisches Landesamt für Statistik

Papier
Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht.

Preise
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205, 0911 98208-6270
Telefax 089 2119-3457

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth 2017**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

bereits zum sechsten Mal fanden Ende Juli die StatistikTage Bamberg|Fürth statt. In der imposanten und geschichtsträchtigen AULA der Otto-Friedrich-Universität Bamberg tagte man bei der zweitägigen Veranstaltung zum Thema „Wohnen in Deutschland – Daten, Fakten und Entwicklungen“.

In den vier Themenblöcken „Datengrundlagen und Befunde zur Wohnsituation und Wohnungsversorgung“, „Wohnungspolitische Perspektiven“, „Wohnsituation spezifischer Bevölkerungsgruppen“ und „Aktuelle und zukünftige Entwicklungen“ wurden nach dem Auftaktvortrag „Wohnen: gestern, heute, morgen – Kontinuität und Wandel“ von Herrn Prof. em. Jens S. Dangschat verschiedene Aspekte dieses spannenden Felds diskutiert.


Den Leserinnen und Lesern der Monatszeitschrift „Bayern in Zahlen“ wollen wir dies natürlich nicht vorenthalten und freuen uns, dass wir Ihnen auch dieses Jahr eine Schwerpunktausgabe zu den StatistikTagen Bamberg|Fürth präsentieren dürfen.

Neben der Besucherzahl wächst auch das Statistik Netzwerk Bayern, in dessen Rahmen wir die StatistikTage und auch jährlich ein bis zwei Workshops organisieren. So ist die Zahl 2017 durch die Aufnahme der Statistikabteilung der Bundesagentur für Arbeit auf 13 Mitglieder gestiegen.

Das Netzwerk veranstaltet dieses Jahr noch zwei Workshops, auf die ich Sie hinweisen möchte: Am 18. Oktober 2017 lädt das ifo Institut München zum Thema „Regionales Bruttoinlandsprodukt“ ein und am 20. Oktober 2017 findet in unserer Dienststelle Fürth ein interner Workshop mit dem Titel „Nach dem Zensus ist vor dem Zensus – Der Weg zum Zensus 2021“ statt. Weitere Informationen zum Statistik Netzwerk, den StatistikTagen und den Workshops finden Sie auf der Website www.statistiknetzwerk.bayern.de.

Zunächst wünsche ich Ihnen aber viel Freude beim Lesen der September-Ausgabe von „Bayern in Zahlen“.

Herzlichst



Dr. Göbl
Präsident



Statistik aktuell

546 [Kurzmitteilungen](#)

Beiträge aus der Statistik

557 [6. StatistikTage Bamberg | Fürth 2017](#)

[Wohnen in Deutschland](#)
[Daten, Fakten und Entwicklungen](#)

Historische Beiträge aus der Statistik

591 [Ergebnisse der Wohnungsstatistik in Bayern
am 25. September 1956](#)

[Wohnverhältnisse allgemein](#)
[Wohnverhältnisse bestimmter Bevölkerungsteile](#)
[Wohnungsstruktur](#)
[Wohnungsbelegung](#)
[Mietwohnungen \(Schaubild\)](#)

Bayerischer Zahlenspiegel

603 [Tabellen](#)

612 [Graphiken](#)

Neuerscheinungen

[3. Umschlagseite](#)

Kurzmitteilungen



Mikrozensus

Zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2016

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, gab es in Bayern 2016 insgesamt rund 1,45 Millionen Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 bis unter 25 Jahren. Anlässlich des Internationalen Tages der Jugend am 12. August, waren dies gut 11% der bayerischen Bevölkerung.

Von den in Privathaushalten lebenden ledigen 15- bis unter 25-Jährigen wohnten insgesamt knapp drei Viertel (73%) noch bei ihren Eltern. Im Vergleich zu Söhnen zogen Töchter früher aus dem elterlichen Haushalt aus. So lebten sieben von zehn jungen Frauen mit mindestens einem Elternteil zusammen (70%), bei den Männern waren es knapp acht von zehn (76%). In der Altersklasse der 20- bis unter 25-Jährigen fielen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern noch deutlicher aus: Von den jungen Frauen

dieser Alterskategorie lebte etwa die Hälfte (49%) bei den Eltern. Demgegenüber teilten sich knapp zwei Drittel der jungen Männer (62%) den Haushalt mit mindestens einem Elternteil.

2016 gingen von den Personen im Alter von 15 Jahren bis unter 25 Jahren insgesamt etwas mehr als die Hälfte (52%) einer Erwerbstätigkeit nach. Mit ansteigendem Alter war dabei eine deutliche Zunahme der Erwerbstätigenquote erkennbar. Während von den 15- bis unter 20-Jährigen nur knapp 36% berufstätig waren, traf dies auf 66% der 20- bis unter 25-Jährigen zu. Zu berücksichtigen gilt in diesem Zusammenhang, dass zu den Erwerbstätigen auch Auszubildende sowie Personen mit Nebenjobs bzw. einer geringfügigen Beschäftigung gerechnet werden. Im Vergleich dazu zählten rund 46% der jungen Menschen zu den Nichterwerbspersonen, das sind insbesondere Schüler oder

Studenten, die keine Erwerbstätigkeit ausüben und auch keine suchen.

Von den jungen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose im Alter von 15 Jahren bis unter 25 Jahren) waren im Jahr 2016 insgesamt mehr als 4% erwerbslos. Damit lag die Jugenderwerbslosenquote im Freistaat zwei Prozentpunkte höher als die Erwerbslosenquote der 25- bis unter 65-Jährigen (2%).*

* Zu beachten ist, dass die statistische Erfassung der Erwerbslosen und Erwerbstätigen auf der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beruht. Als erwerbslos gelten danach Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und innerhalb von zwei Wochen für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als Arbeitslose registriert sind oder nicht. Die von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Arbeitslosenquoten weichen insofern von den Erwerbslosenquoten ab.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Strukturdaten der Bevölkerung und der Haushalte in Bayern 2016; Teil I der Ergebnisse der 1%-Mikrozensushebung 2016“ (Bestellnummer: A6201C 201600, nur als Datei).*



Gebiet

„Mariä Himmelfahrt“ 2017 – Feiertag in 1 704 bayerischen Gemeinden

Gemäß Art. 1 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über den Schutz der Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz) ist in Bayern der 15. August – „Mariä Himmelfahrt“ – in einer Gemeinde dann ein gesetzlicher Feiertag, wenn dort mehr katholische als evangelische Einwohner ihren Hauptwohnsitz haben. Auf welche Kommunen dies zu-

trifft, stellt gemäß Art. 1 Abs. 3 Feiertagsgesetz das Bayerische Landesamt für Statistik auf Basis der letzten Volkszählung fest.

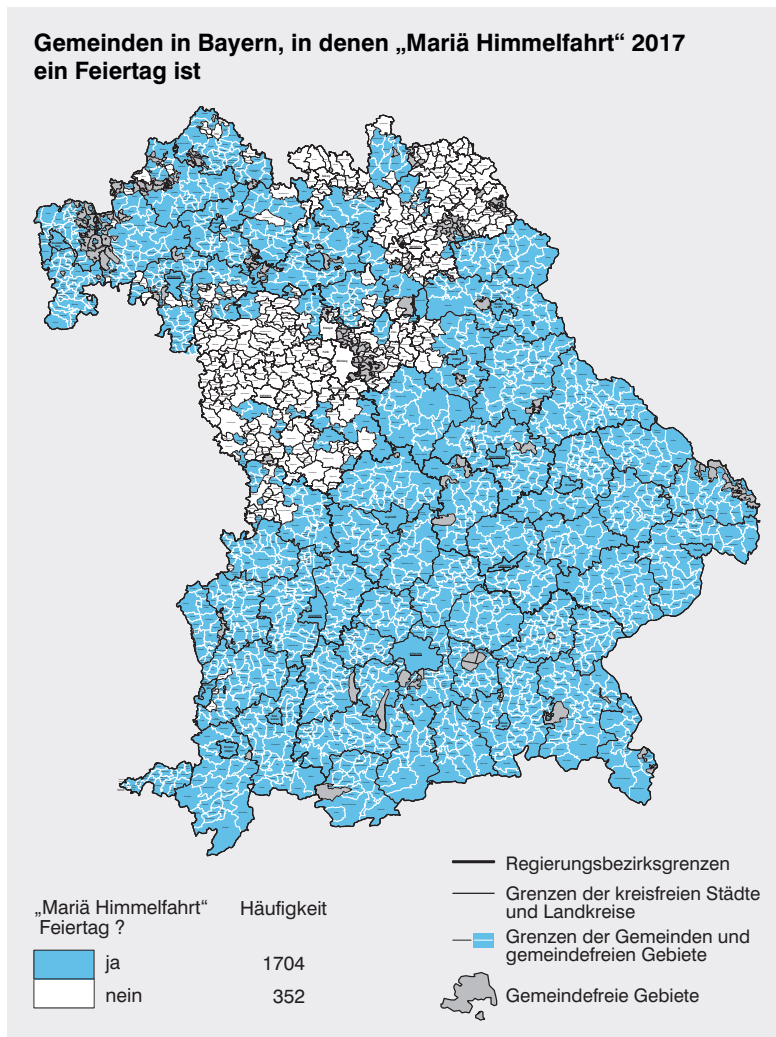
Die Festlegung, in welchen Gemeinden Bayerns „Mariä Himmelfahrt“ ein gesetzlicher Feiertag ist, beruht auf den Ergebnissen des Zensus 2011. Das Fest „Mariä Him-

melfahrt“ ist in 1 704 von insgesamt 2 056 Gemeinden Bayerns ein gesetzlicher Feiertag. In Oberbayern und Niederbayern ist der 15. August überall Feiertag, da dort in allen Gemeinden zum Zeitpunkt des Zensus 2011 die Zahl der Katholiken überwog.

Auch in der Oberpfalz (96,0% der Gemeinden überwiegend katholisch), in Schwaben (95,3%) sowie in Unterfranken (87,0%) ist der 15. August für die meisten Bürgerinnen und Bürger frei. In den meisten Gemeinden der evangelisch geprägten Regierungsbezirke Oberfranken bzw. Mittelfranken ist „Mariä Himmelfahrt“ dagegen kein Feiertag, dort sind nur 46,3% bzw. 18,1% der Gemeinden mehrheitlich katholisch.

Während in den bayerischen Großstädten München, Augsburg, Würzburg, Regensburg und Ingolstadt „Mariä Himmelfahrt“ ein gesetzlicher Feiertag ist, wird in den mittelfränkischen Großstädten Nürnberg, Fürth und Erlangen gearbeitet bzw. sind die Geschäfte geöffnet.

Eine Übersicht, in welchen bayerischen Kommunen das Fest „Mariä Himmelfahrt“ ein gesetzlicher Feiertag ist, kann dem Internetangebot des Bayerischen Landesamts für Statistik unter www.statistik.bayern.de/statistik/bevoelkerungsstand/00141.php entnommen werden.



Hochschulen, Hochschulfinanzierung

Zahl der Erstimmatrikulationen in Bayern 2016 weiter auf hohem Niveau

Die bayerischen Hochschulen verzeichneten im Wintersemester 2016/17 mit 378 320 Studierenden erneut einen Rekordwert. Deren Zahl stieg gegenüber dem vorangegangenen Wintersemester um 0,5%. Dabei hatten 65 353 junge Menschen erstmals ein Studium aufgenommen (-1,4%). Im gesamten Studienjahr 2016 (Sommersemester 2016 und Wintersemester 2016/17) betrug die Zahl

der Erstimmatrikulationen 73 437 (-1,1%).

Die Erstsemester des Studienjahres 2016 waren überwiegend deutsche Staatsbürger (55 320 oder 75,3%). Davon hatten 42 981 (77,7%) ihre Hochschulzugangsberechtigung in Bayern erworben, 11 406 oder 20,6% in einem anderen Bundesland und 933 im Ausland. Fast ein Viertel (18 117 oder

24,7%) der Erstimmatrikulierten besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Mehrheit dieser Studienanfängerinnen und -anfänger brachte ihre Hochschulzugangsberechtigung aus dem Ausland mit (15 562 oder 85,9%), etwa 11,6% hatten sie in Bayern erworben.

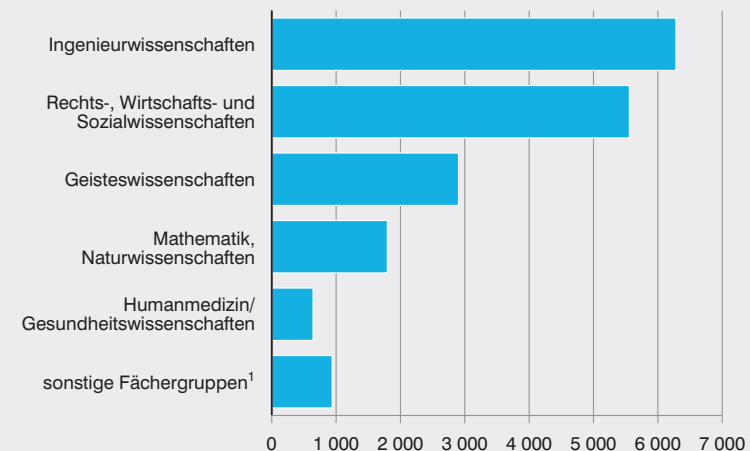
Die meisten ausländischen Erstimmatrikulierten (12 702) wählten im

Studienjahr 2016 eine Universität für ihr Studium aus, 5 154 von ihnen schrieben sich erstmalig an einer deutschen Fachhochschule ein. An den Kunsthochschulen waren 242 ausländische Studienanfängerinnen und -anfänger vertreten.

Bei den ausländischen Erstmatriculierten war im Studienjahr 2016 ein Studium im Bereich der Ingenieurwissenschaften bzw. im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am beliebtesten.

Ausführliche Ergebnisse finden Sie unter: www.statistik.bayern.de/statistik/hochschulen

Ausländische Studierende im 1. Hochschulsesemester an Hochschulen in Bayern 2016 nach Fächergruppen



¹ Beinhaltet die Fächergruppen Kunst, Kunstwissenschaft, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin, Sport.



Bodennutzung und Anbau

Tafeläpfel auf einem Drittel der Baumobstanbaufläche Bayerns 2017

Die bayerische Baumobstanbaufläche im Jahr 2017 umfasst insgesamt 2 824 Hektar. Diese Fläche wird von 957 Betrieben mit einer Mindestanbaufläche von 0,5 Hektar Baumobstfläche bewirtschaftet. Verglichen mit den Ergebnissen der Baumobstanbauerhebung 2012, stieg die Anbaufläche um 16,0%. Die durchschnittlich bewirtschaftete Anbaufläche ist innerhalb der letzten fünf Jahre von 2,4 Hektar je Betrieb auf 3,0 Hektar je Betrieb angewachsen.

42,7% der gesamten Baumobstfläche in Bayern wird für den Anbau von Äpfeln (1 207 Hektar) verwendet. Im Vergleich zu 2012 verringerte sich diese Fläche um 7,4%. Nach wie vor werden auch im Jahr 2017 überwiegend die Sorten Elstar (201 Hektar) und Jonagold (96 Hektar) angebaut.

20,0% der bayerischen Obstanbauflächen sind mit Süßkirschbäumen (564 Hektar) bepflanzt sowie weitere 13,1% mit Pflaumen- und Zwetschgenbäumen (369 Hektar). Außerdem entfallen 290 Hektar auf sonstiges Baumobst, 62 Hektar auf Sauerkirschen, 54 Hektar auf Mirabellen und Renekloden sowie 279 Hektar auf Birnen. 20,8% der Anbaufläche für Birnen entfällt auf die Williams Christbirne (58 Hektar).

Die Obstsorten der Äpfel, Süßkirschen und Pflaumen werden überwiegend als Tafelobst verwendet. 925 Hektar der Apfelanbauflächen und damit 76,6% aller Äpfel wurden für den Direktverzehr geerntet. Bezogen auf die gesamte Baumobstfläche macht der Tafelapfel 32,8%, also rund ein Drittel, aus. Bei den Süßkirschen entfallen 475 Hektar (84,2%) und bei den Pflau-

men 287 Hektar (77,8%) der Anbaufläche auf das Tafelobst. Jeweils rund drei Viertel der Sauerkirschen (44 Hektar) sowie der Mirabellen und Renekloden (40 Hektar) sind Verwertungsobst.

12,9% der bayerischen Baumobstbetriebe bewirtschaften Baumobstflächen nach ökologischen Kriterien (513 Hektar). Die ökologisch bewirtschaftete Apfelanbaufläche beträgt 282 Hektar und entspricht einem Anteil von rund einem Viertel der gesamten bayerischen Apfelanbaufläche.

Rund ein Drittel der Baumobstanbauflächen und damit 864 Hektar befinden sich in Unterfranken. Daneben sind Schwaben mit 766 Hektar und Oberfranken mit 622 Hektar bedeutende Regionen für den Baumobstanbau in Bayern.



Wachstumsstand und Ernte

Durchschnittliche Getreideernte in Bayern für 2017 erwartet

Die Getreidefläche (ohne Körnermais) betrug nach den vorläufigen Ergebnissen der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung 2017 nahezu unverändert zum Vorjahr rund 989 300 Hektar.

Bei der wichtigsten Getreideart, dem Winterweizen, sank die Anbaufläche um 15 800 Hektar (-3,0%) auf 508 600 Hektar. Rund 229 200 Hektar waren mit Wintergerste bestellt, was einen Rückgang um 8 800 Hektar (-3,7%) zum Vorjahr darstellt. Die Sommergerstenfläche weitete sich um 8 400 Hektar (9,4%) auf insgesamt 98 600 Hektar aus. Die Aussaat von Triticale wurde um 5 100 Hektar (6,9%) auf 79 600 Hektar erhöht und von Roggen (einschließlich Wintermenggetreide) um 1 800 Hektar (-5,1%) auf 33 600 Hektar verringert.

Im Frühjahr haben sich die Pflanzen aufgrund der warmen Witterung schnell entwickelt. Im April ist jedoch der Winter zurückgekehrt und hat das Pflanzenwachstum ge-

bremst. Das Getreide wurde allerdings im Gegensatz zum Obst durch die z. T. sehr kalten Temperaturen kaum geschädigt. Bevor Ende Juni/Anfang Juli die Trockenphase beendet war, prägten heiße Temperaturen das Wetter. Je nach Bodenqualität und Sorte können die Erträge aufgrund der Wetterbedingungen unterschiedlich ausfallen.

Nach den bisher ausgewerteten Ertragsmessungen im Rahmen der „Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung“ in Verbindung mit den Ertragsschätzungen der amtlichen Berichtersteller, wird in Bayern beim Getreide (ohne Körnermais) mit einem Durchschnittsertrag von 70,7 Dezitonnen je Hektar (dt/ha) gerechnet. Dies ist ein um 3,2% höherer Ertrag als im Vorjahr (68,5 dt/ha). Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2016 (67,6 dt/ha) ist dies sogar eine Ertragssteigerung um 4,7%. Der voraussichtliche Durchschnittsertrag bei der flächenstärksten Kultur, dem Winterweizen, liegt bei 75,6 dt/ha. Dies ist ähnlich

dem mehrjährigen Mittel (75,3 dt/ha). Für Wintergerste mit einem voraussichtlichen Durchschnittshektarertrag ebenfalls von 75,6 Dezitonnen wird im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2016 (64,4 dt/ha) ein um 17,4 Prozentpunkte höheres Ergebnis erwartet.

In diesem Jahr wird eine im mehrjährigen Vergleich betrachtete durchschnittliche Ernte von insgesamt rund 7,0 Millionen Tonnen erwartet. Dies sind allerdings 2,4% mehr im Vergleich zum Vorjahr (6,8 Millionen Tonnen).

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der im Frühjahr 2018 erscheinende Statistische Bericht „Ernte der Feldfrüchte und des Grünlandes in Bayern 2017“ (Bestellnummer: C2102C 201700, nur als Datei)*.

Voraussichtliche Erntemengen und durchschnittliche Hektarerträge für Bayern im Jahr 2017				
Getreidearten (ohne Körnermais)	Erntemengen		Durchschnittliche Hektarerträge	
	2017	Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2016	2017	Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2016
	1 000 Tonnen		Dezitonnen je Hektar (dt/ha)	
Weizen zusammen	3 912,6	3 977,1	75,3	75,0
darunter Winterweizen	3 844,8	3 927,2	75,6	75,3
Wintergerste	1 732,0	1 544,3	75,6	64,4
Sommergerste	556,5	583,8	56,4	54,2
Triticale	500,6	501,1	62,9	62,0
Hafer	114,6	131,1	44,6	48,5
Roggen und Wintermenggetreide	167,8	219,8	49,9	51,8
Sommernenggetreide	13,4	23,4	41,8	46,7
Insgesamt	6 997,6	6 980,6	70,7	67,6



Agrarstruktur

Noch über 90 000 landwirtschaftliche Betriebe in Bayern 2016

In der Agrarstrukturhebung 2016 wurden in Bayern 90 162 landwirtschaftliche Betriebe ermittelt, die mindestens fünf Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche bewirtschaften oder bestimmte Mindestgrößen an Tierbeständen oder Spezialkulturen überschreiten. Verglichen mit den Ergebnissen der Agrarstrukturhebung 2013 verringerte sich die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe im Durchschnitt jährlich um 1,1%. Der Strukturwandel hat sich in den letzten Jahren verlangsamt, da für den Zeitraum 2010 bis 2013 noch ein durchschnittlicher jährlicher Betriebsrückgang von 1,6% errechnet wurde.

Der Trend zu landwirtschaftlichen Betrieben mit einer größeren Flä-

Landwirtschaftliche Betriebe in Bayern 2010 bis 2016 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	2016	2013	2010
	Anzahl Betriebe		
unter 5	3 653	3 600	4 173
5 bis 9	16 155	16 300	17 435
10 bis 19	24 504	25 700	27 334
20 bis 49	26 817	29 100	30 968
50 bis 99	14 073	14 200	13 906
100 oder mehr	4 960	4 300	4 057
Insgesamt	90 162	93 300	97 873

chenausstattung setzt sich weiter fort. Die durchschnittliche Hektaranzahl je Betrieb ist im Vergleich zu 2013 um einen Hektar auf nun 35 Hektar gestiegen. Im Jahr 2007 bewirtschaftete ein landwirtschaftlicher Betrieb im Durchschnitt 30 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche, im Jahr 2010 waren es 32 Hektar. Die Anzahl der Be-

triebe mit unter 10 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche ist gegenüber dem Jahr 2010 um 8,3% gesunken (-1 800 Betriebe) und die Anzahl der Betriebe mit über 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche ist um 22,3% (+903 Betriebe) gestiegen.



Bauhauptgewerbe

Ende Juni 2017 im bayerischen Bauhauptgewerbe Auftragsbestände im Wert von 9,66 Milliarden Euro

Ende Juni 2017 verbuchte das bayerische Bauhauptgewerbe Auftragsbestände im Gesamtwert von 9,66 Milliarden Euro und damit ein Plus von 1,30 Milliarden Euro bzw. 15,5% im Vergleich zum Vorjahresergebnis. Aktuell waren insgesamt 1 485 Betriebe in die Berichterstattung einbezogen (+5,4% gegenüber Juni 2016), womit sich der aktuelle Auftragsbestand je bauhauptgewerblichen Betrieb im Landesmittel wertmäßig auf 6,5 Millionen Euro (+9,6%) beläuft.

Nach Bausparten gegliedert, bezifferte sich der Auftragsbestand

auch aktuell im gewerblichen und industriellen Hochbau (2,63 Milliarden Euro; +18,2%) sowie im Wohnungsbau (2,11 Milliarden Euro; +26,1%) am höchsten. Während allein der Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen schwach unter Vorjahresniveau abschnitt (-0,6% auf 1,36 Milliarden Euro), waren für alle anderen Bausparten um wenigstens 9,4% (gewerblicher und industrieller Tiefbau) höhere Auftragsbestände festzustellen.

Den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe Ende Juni 2017 regional

auf Ebene der Regierungsbezirke betrachtet, ergibt, dass dessen größte Anteile wiederum den in Oberbayern, Niederbayern bzw. der Oberpfalz ansässigen auskunftspflichtigen Betrieben der Branche zuzurechnen sind und der vergleichbar geringste Anteil mit insgesamt 779,0 Millionen Euro bzw. 8,1% den maßgeblichen Betrieben mit Sitz in Mittelfranken. Ein rückläufiger Auftragsbestand gegenüber Ende Juni 2016 errechnete sich in Summe alleine für die in Unterfranken angesiedelten bauhauptgewerblichen Betriebe

Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe in Bayern im Juni 2017							
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen							
Gebiet	Auftragsbestände insgesamt	davon					
		Wohnungsbau	gewerbl. u. industr. Hochbau ¹	gewerbl. u. industr. Tiefbau	öffentlicher Hochbau	Straßenbau	Tiefbau für Gebietskörperschaften u. Sozialvers.
1 000 €							
Ende Juni 2017							
Oberbayern	2 872 436	612 847	477 672	235 376	125 487	932 668	488 385
Niederbayern	1 558 308	437 465	448 996	120 200	125 071	161 476	265 099
Oberpfalz	1 469 580	193 552	594 591	181 706	118 152	216 557	165 022
Oberfranken	821 778	94 065	251 423	78 798	50 270	271 132	76 089
Mittelfranken	779 005	254 693	232 461	80 577	65 813	50 877	94 585
Unterfranken	892 676	125 621	252 997	154 725	91 464	95 616	172 252
Schwaben	1 262 014	392 043	372 981	134 460	106 549	155 763	100 218
Bayern	9 655 797	2 110 286	2 631 122	985 843	682 807	1 884 090	1 361 650
Veränderung gegenüber Ende Juni 2016 in Prozent							
Oberbayern	9,1	35,5	- 1,1	17,8	17,7	22,9	- 22,9
Niederbayern	23,3	31,8	17,3	65,4	26,4	21,2	8,7
Oberpfalz	15,6	9,5	21,2	- 5,5	- 7,7	32,1	37,4
Oberfranken	32,7	35,3	58,1	- 0,1	34,6	29,7	16,4
Mittelfranken	22,0	23,1	35,5	3,0	10,0	- 5,5	38,9
Unterfranken	- 3,8	18,9	- 11,3	- 6,7	- 18,6	- 8,7	11,9
Schwaben	25,5	18,9	47,3	18,4	33,9	8,0	18,1
Bayern	15,5	26,1	18,2	9,4	9,7	20,2	- 0,6

¹ Einschließlich landwirtschaftlicher Bau.

(-3,8% auf 892,7 Millionen Euro). Die bauhauptgewerblichen Betriebe mit Sitz in einem der sechs anderen bayerischen Regierungsbezirke legten beim Auftragsbestand insgesamt durchschnittlich zwischen 9,1% (Oberbayern) und 32,7% zu (Oberfranken).

Hinweis
Die Berichterstattung basiert auf den Ergebnissen der vierteljährlichen Erhebung des Auftragsbestands im Bauhauptgewerbe. Im Rahmen dieser Quartalerhebung werden die bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen befragt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Bauhauptgewerbe in Bayern im Juli 2017“ (Bestellnummer: E2100C 201707, nur als Datei).*



Außenhandel

Bayerns Exporte im ersten Halbjahr 2017 um fünf Prozent gestiegen, Importe mit acht Prozent im Plus

Die Exporte der bayerischen Wirtschaft stiegen in den ersten sechs Monaten 2017 nach vorläufigen Ergebnissen um 4,7% auf nahezu 95,7 Milliarden Euro. 56,5% der Exporte wurden in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU-28) versandt, davon wurden 35,6% aller Exporte in die Euro-Länder geliefert. Die Importe der bayerischen Wirtschaft stiegen im

ersten Halbjahr 2017 um 8,2% auf fast 88,6 Milliarden Euro. 61,1% der Importe bezog Bayerns Wirtschaft aus den Ländern der Europäischen Union, 35,2% aller Importe kamen aus den Ländern der Euro-Zone.

Die wichtigsten Exportländer für Bayerns Wirtschaft waren im ersten Halbjahr 2017 die USA, die Volks-

republik China, Österreich, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien. Die wichtigsten Importländer waren Österreich, die Volksrepublik China, die Tschechische Republik, die USA, Italien und Polen.

Mit „Personenkraftwagen und Wohnmobilen“, „Maschinen“, „Fahrgestellen, Karosserien,

Außenhandel Bayerns im Juni und von Januar bis Juni 2017

Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land Warenuntergruppe	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
Juni				
Europa	10 429 084	- 1,7	10 136 171	1,4
dar. EU-Länder (EU-28)	9 197 553	- 1,5	8 995 712	1,2
dar. Euro-Länder	5 856 866	1,2	5 210 297	- 0,2
dar. Frankreich	1 158 268	1,2	582 455	- 3,0
Italien	1 121 465	2,8	1 001 656	1,9
Österreich	1 264 249	- 5,7	1 351 343	2,2
Vereinigtes Königreich	1 116 695	- 18,1	483 219	0,7
Polen	595 571	2,5	869 722	11,2
Tschechische Republik	573 782	- 0,5	1 117 432	2,3
Afrika	248 870	1,8	238 109	7,1
Amerika	2 158 547	- 13,2	1 180 206	3,0
dar. USA	1 603 377	- 17,0	1 025 445	3,9
Asien	3 113 982	- 0,7	3 082 942	8,0
dar. Volksrepublik China	1 359 929	1,6	1 250 357	0,2
Australien-Ozeanien	128 107	- 21,9	12 279	2,3
Verschiedenes ¹	20 941	•	–	- 100,0
Insgesamt	16 099 531	- 3,3	14 649 707	2,9
dar. Personenkraftwagen und Wohnmobile	2 773 975	- 21,6	955 593	- 2,4
Maschinen ²	2 720 330	7,7	1 539 634	- 6,7
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren ³	1 242 866	- 8,9	1 172 186	- 13,7
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	961 664	0,8	932 602	0,9
Elektronische Bauelemente	259 133	- 5,6	960 585	11,7
Januar bis Juni				
Europa	61 169 282	3,9	61 411 651	6,4
dar. EU-Länder (EU-28)	54 100 527	4,1	54 083 424	7,1
dar. Euro-Länder	34 068 754	5,8	31 205 091	6,2
dar. Frankreich	6 505 130	2,9	3 561 085	10,6
Italien	6 354 308	7,2	5 833 413	4,9
Österreich	7 520 873	3,0	8 178 381	7,2
Vereinigtes Königreich	6 979 200	- 9,1	2 953 480	7,2
Polen	3 442 482	9,3	5 148 513	10,7
Tschechische Republik	3 277 298	4,8	7 016 477	9,5
Afrika	1 370 380	4,2	1 631 149	44,4
Amerika	14 234 123	8,2	7 317 050	6,0
dar. USA	10 917 775	7,9	6 204 112	6,0
Asien	18 067 113	5,2	18 138 974	13,1
dar. Volksrepublik China	7 725 534	2,7	7 364 114	4,0
Australien-Ozeanien	809 438	- 12,8	73 151	0,2
Verschiedenes ¹	30 084	216,0	2	- 99,1
Insgesamt	95 680 420	4,7	88 571 978	8,2
dar. Personenkraftwagen und Wohnmobile	18 358 351	- 7,7	5 444 981	0,8
Maschinen ²	15 469 126	11,0	9 621 856	7,0
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren ³	7 727 686	6,1	7 431 352	2,5
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	5 616 577	6,5	5 569 416	6,3
Elektronische Bauelemente	1 513 887	- 2,6	5 811 089	15,6

1 Schiffs- und Flugzeugbedarf, hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

2 Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW Rev. 2002) EGW841 bis EGW859.

3 Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen.

Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ und „Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ erzielte Bayerns Wirtschaft im ersten Halbjahr 2017 die höchsten Exportwerte. „Maschinen“, „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“, „elektronische Bau-

elemente“, „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ und „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ waren die wichtigsten Importgüter.

Im Juni 2017 wurden Waren im Wert von knapp 16,1 Milliarden Euro aus Bayern ausgeführt (-3,3% gegenüber dem Vorjahresmonat).

Der Wert der importierten Waren lag bei gut 14,6 Milliarden Euro (+2,9%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juni 2017“ (Bestellnummer: G3000C 201706, nur als Datei).*



Tourismus, Gastgewerbe

Bayerns Fremdenverkehr legt im ersten Halbjahr 2017 weiter zu

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Monatserhebung im Tourismus erhöhte sich die Zahl der Gästeankünfte in den Beherbergungsbetrieben* Bayerns im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,1% auf rund 16,6 Millionen, die Zahl der Über-

nachtungen stieg um 2,0% auf knapp 41,6 Millionen. Im Inländerreiseverkehr wuchs die Zahl der Gästeankünfte um 3,5% (Übernachtungen: +1,8%), im Ausländerreiseverkehr erhöhte sich die Zahl der Gästeankünfte um 5,8% (Übernachtungen: +2,7%).

Von wenigen Ausnahmen abgesehen stieg die Zahl der Gästeankünfte und Übernachtung aller Betriebsarten. Die Zahl der Gästeankünfte der Campingplätze erhöhte sich in den ersten sechs Monaten 2017 um 21,7% (Übernachtungen: +20,1%). Deutliche

Bayerns Fremdenverkehr im Juni und von Januar bis Juni 2017								
Vorläufige Ergebnisse								
Betriebsart	Juni				Januar bis Juni			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
Herkunft	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Gebiet								
Hotels	1 713 976	3,9	3 489 374	4,7	8 700 329	4,1	17 580 367	1,1
Hotels garnis	551 347	6,2	1 246 432	7,2	2 704 004	3,2	5 944 123	1,5
Gasthöfe	396 722	7,5	799 308	7,5	1 661 077	1,1	3 398 019	-0,2
Pensionen	156 039	10,5	458 788	12,5	678 687	-0,5	1 965 963	0,1
Hotellerie zusammen	2 818 084	5,2	5 993 902	6,1	13 744 097	3,3	28 888 472	1,0
Jugendherbergen und Hütten	127 755	11,7	272 884	7,5	481 924	1,8	1 136 575	1,4
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	133 829	-13,8	418 857	-5,1	774 551	-0,9	2 269 209	-1,0
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen ...	170 423	46,1	847 010	32,5	714 320	12,9	3 393 987	5,7
Campingplätze	307 625	83,2	910 536	101,7	642 856	21,7	1 924 683	20,1
Vorsorge- und Reha-Kliniken	40 377	1,9	681 235	-0,5	237 575	2,3	3 946 138	0,8
Insgesamt	3 598 093	9,9	9 124 424	12,4	16 595 323	4,1	41 559 064	2,0
davon aus dem Inland	2 753 418	11,3	7 473 455	14,3	12 616 019	3,5	33 547 313	1,8
Ausland	844 675	5,6	1 650 969	4,5	3 979 304	5,8	8 011 751	2,7
davon Oberbayern	1 591 866	6,8	3 714 289	8,2	7 652 750	4,2	17 327 550	1,7
darunter München	644 577	2,6	1 241 886	1,6	3 431 191	4,8	6 612 296	1,2
Niederbayern	305 240	14,7	1 136 705	11,9	1 440 778	2,4	5 422 859	0,0
Oberpfalz	205 408	6,9	533 591	13,4	925 019	0,9	2 340 682	0,9
Oberfranken	210 461	3,0	517 448	9,6	928 689	1,5	2 301 930	2,2
Mittelfranken	403 486	7,4	813 443	9,5	1 801 940	1,8	3 671 286	0,7
darunter Nürnberg	157 986	-2,7	275 297	-5,4	820 710	3,3	1 503 123	0,1
Unterfranken	306 265	6,9	736 189	10,1	1 339 973	3,0	3 261 962	1,5
Schwaben	575 367	25,6	1 672 759	27,2	2 506 174	9,3	7 232 795	5,4

Zunahmen verzeichneten auch die Ferienzentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen (Gästeankünfte: +12,9%; Übernachtungen: +5,7%).

Die Zahl der Gästeankünfte stieg im ersten Halbjahr 2017 in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken. Die Zahl der Übernachtungen nahm in Schwaben, Oberfranken, Oberbayern, Unter-

franken, der Oberpfalz und Mittelfranken ebenfalls zu. In Niederbayern blieb sie konstant.

Im Juni 2017 stieg die Zahl der Gästeankünfte der gut 12 000 geöffneten Beherbergungsbetriebe in Bayern gegenüber dem Vorjahresmonat um 9,9% auf rund 3,6 Millionen, die Zahl der Übernachtungen wuchs um 12,4% auf gut 9,1 Millionen. Ursächlich für die hohen Zu-

wachsraten sind vermutlich die späten Pfingstferien, die 2017 im Juni lagen, 2016 aber im Mai, und das günstige Wetter.

* Geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Juni 2017“ (Bestellnummer: G41003 201706, Preis der Druckausgabe 17,60 €).*



Straßen- und Schienenverkehr

Im Juni 2017 weniger Verunglückte auf Bayerns Straßen

Im Juni 2017 sank die Zahl der Straßenverkehrsunfälle um 5,2%. Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei 33 208 Unfälle (Juni 2016: 35 038). Bei 5 189 dieser Unfälle kamen Personen zu Schaden – gegenüber Juni 2016 ein Rückgang um 4,6%.

Wie bereits in den Vormonaten verunglückten auch im Juni 2017 weniger Verkehrsteilnehmer (6 550;

-6,6% gegenüber Juni 2016). Es ereigneten sich 51 Todesfälle (+4,1%), 1 232 Personen wurden schwer (+5,2%) und 5 267 leicht verletzt (-9,0%).

In allen Regierungsbezirken ging die Zahl der Verletzten gegenüber Juni 2016 zurück, am stärksten in der Oberpfalz mit einem Rückgang um 109 und in Mittelfranken mit einem Rückgang um 91 Verkehrs-

teilnehmer. Die meisten Verkehrstoten wurden im Juni 2017 in Oberbayern gezählt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juni 2017“ (Bestellnummer: H1101C 201706, nur als Datei).*

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im Juni und von Januar bis Juni 2017								
Vorläufige Ergebnisse								
Unfälle ----- Verunglückte	Juni		Veränderung		Januar bis Juni		Veränderung	
	2017 ¹	2016 ²			2017 ¹	2016 ²		
	Anzahl		%		Anzahl		%	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	33 208	35 038	- 1 830	- 5,2	193 865	192 422	1 443	0,7
dav. Unfälle mit Personenschaden	5 189	5 440	- 251	- 4,6	24 263	24 856	- 593	- 2,4
Unfälle mit nur Sachschaden	28 019	29 598	- 1 579	- 5,3	169 602	167 566	2 036	1,2
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	642	833	- 191	- 22,9	4 582	5 480	- 898	- 16,4
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	139	136	3	2,2	951	890	61	6,9
übrige Sachschadensunfälle	27 238	28 629	- 1 391	- 4,9	164 069	161 196	2 873	1,8
Verunglückte insgesamt	6 550	7 010	- 460	- 6,6	32 090	33 213	- 1 123	- 3,4
dav. Getötete	51	49	2	4,1	263	279	- 16	- 5,7
Verletzte	6 499	6 961	- 462	- 6,6	31 827	32 934	- 1 107	- 3,4
dav. Schwerverletzte	1 232	1 171	61	5,2	5 244	5 164	80	1,5
Leichtverletzte	5 267	5 790	- 523	- 9,0	26 583	27 770	- 1 187	- 4,3

1 Vorläufige Ergebnisse zum Stand 1. August 2017.
2 Endgültige Ergebnisse.



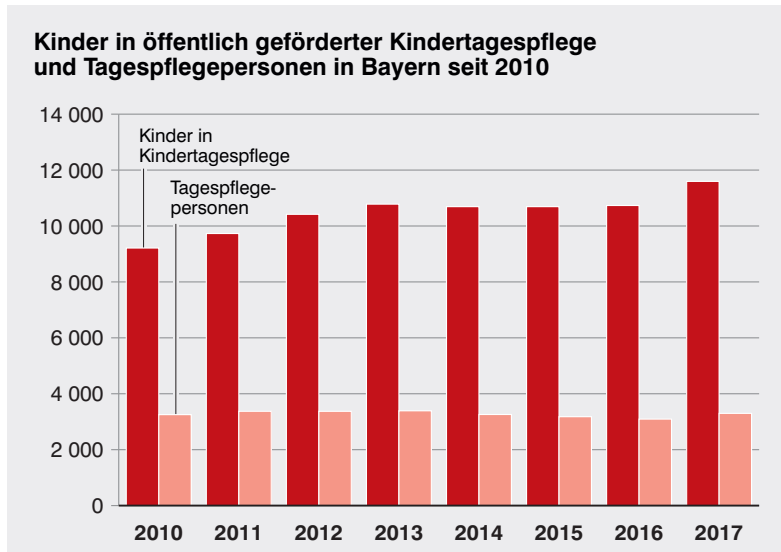
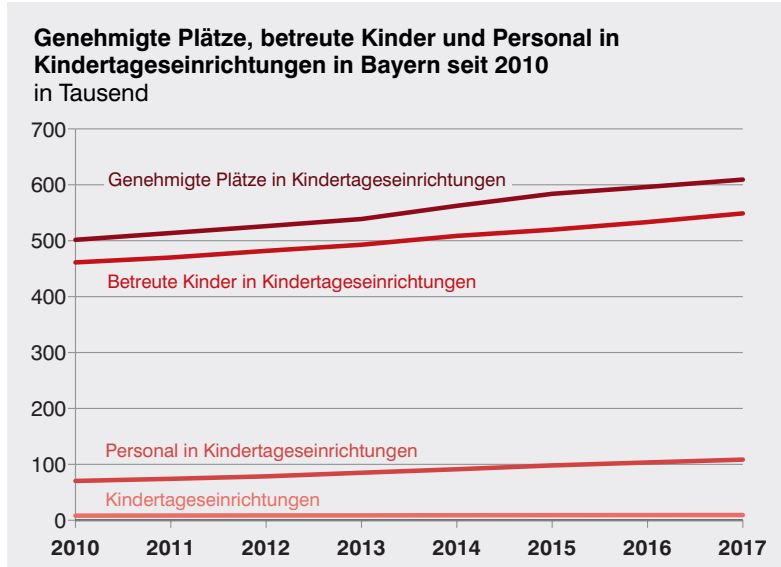
Kinder- und Jugendhilfe

Auch 2017 stieg in Bayern die Zahl der Kinder in Kindertagesbetreuung

Am 1. März 2017 gab es in Bayern 9 359 Kindertageseinrichtungen, gegenüber 2016 mit 9 272 Einrichtungen ein Plus von knapp einem Prozent. In den Einrichtungen standen 609 280 Plätze zur Verfügung (+2,3%). Gestiegen ist auch die Zahl der betreuten Kinder von 533 317 im März 2016 auf 548 822 im März dieses Jahres (+2,9%). 108 505 Personen waren in Kindertageseinrichtungen tätig, davon 88 989 überwiegend im pädagogischen Bereich, was einer Zunahme des pädagogischen Personals von 4,6% gegenüber dem Vorjahr entspricht.

In der öffentlich geförderten Kindertagespflege waren insgesamt 11 595 Kinder, die von 3 298 Tagespflegepersonen betreut wurden. Die Zahl der Kinder stieg somit gegenüber dem Vorjahr um 8%, die der Tagespflegepersonen um 6,6%.

Insgesamt waren am 1. März 2017 in Bayern 559 275 Kinder in Kindertagesbetreuung (Kinder, die sowohl in einer Kindertageseinrichtung als auch in der öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut wurden, werden dabei nur einmal gezählt). Gegenüber 2016 mit 542 596 Kindern, bedeutet dies ein Plus von rund 3,1%.



Bei den unter Dreijährigen war ein Plus von mehr als 5% auf 100 121 Kindern zu verzeichnen.

Hinweis
 Daten zu den aktuellen Besuchs- bzw. Betreuungsquoten werden zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht.
 Regionalisierte Zahlen finden Sie unter:
www.statistik.bayern.de/presse/archiv/201_2017.php



Preise und Preisindizes

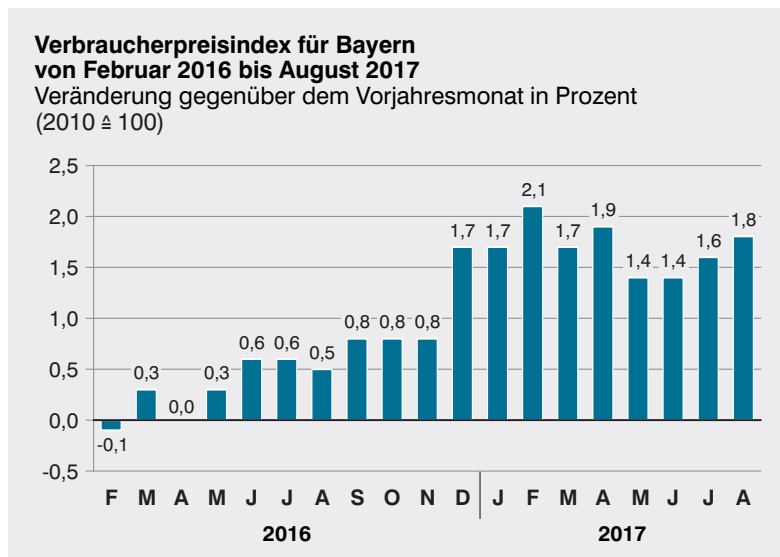
Inflationsrate in Bayern im August 2017 bei 1,8 Prozent

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im August 2017 bei +1,8%; im vorangegangenen Juli hatte sie bei +1,6% gelegen.

Die Preise für Nahrungsmittel sind im Jahresvergleich um 3,4% gestiegen. Bei den einzelnen Produkten verlief die Entwicklung teilweise wieder sehr unterschiedlich. Ausgesprochen stark haben sich die Preise für Butter (+56,5%) erhöht. Verteuert haben sich zudem einzelne Molkereiprodukte. So sind u. a. die Preise für Sahne (+34,7%) und Quark (+28,7%) spürbar gestiegen. Auch Vollmilch (+17,6%) hat sich deutlich verteuert. Ein überdurchschnittlicher Preisanstieg war auch bei Bohnenkaffee (+5,9%) zu beobachten. Die Preise für Gemüse (-5,1%) hingegen sind binnen Jahresfrist spürbar gefallen.

Am Energiemarkt sind die Preise für Heizöl gegenüber dem August des Vorjahres um 13,0% gestiegen. Die Preise für Kraftstoffe haben sich binnen Jahresfrist um 4,7% erhöht. Stärkere Preisnachlässe waren bei Gas (-5,1%) zu beobachten. Strom (+2,8%) hat sich binnen Jahresfrist hingegen verteuert.

Vergleichsweise entspannt verläuft im Landesdurchschnitt weiterhin



die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem August des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,7%. Niedriger als im Vorjahr waren wiederum auch im August die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. tragbare Computer (-5,0%) und digitale Kameras (-3,5%) günstiger beziehen als im Vorjahr. Im Vergleich zum Vormonat sind die Verbraucherpreise (+0,2%) im Gesamtniveau geringfügig gestiegen. Nur leicht verteuert haben sich binnen Monatsfrist Kraftstoffe (+0,6%) und Heizöl (+0,9%). Preisrückgänge waren hingegen bei Gemüse (-2,3%) zu beobachten. Nach Auslaufen der Schlussverkäufe haben sich mit der beginnenden Ein-

führung der Herbst- und Wintermode die Preise für Bekleidungsartikel (+5,0%) wieder deutlich erhöht.

Hinweis

Die Presseinformation zum Berichtsmonat August 2017 enthält vorläufige Ergebnisse. Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Endgültige und ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, August 2017 mit Jahreswerten von 2014 bis 2016 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201708) und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2012 bis August 2017 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201708, Preis der Druckausgabe 6,10 €).*

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

6. StatistikTage Bamberg|Fürth 2017

Wohnen in Deutschland: Daten, Fakten und Entwicklungen

Am 27. und 28. Juli 2017 fanden die 6. StatistikTage Bamberg|Fürth unter dem Titel „Wohnen in Deutschland: Daten, Fakten und Entwicklungen“ statt. Expertinnen und Experten der amtlichen Statistik, der empirischen Forschung und der Verwaltung sowie Referentinnen und Referenten aus angrenzenden Forschungs- und Praxisbereichen informierten Fachwelt und Öffentlichkeit rund um das Thema. Organisiert wurde die Tagung im Rahmen des Statistik Netzwerks Bayern vom Bayerischen Landesamt für Statistik und von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.



Programm

Grußworte

- Präsident Dr. Thomas Göbl
Bayerisches Landesamt für Statistik
- Präsident Prof. Godehard Ruppert
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Einführungsvortrag

- Prof. em. Jens S. Dangschat: *Wohnen: gestern, heute, morgen – Kontinuität und Wandel*

Datengrundlagen und Befunde zur

Wohnsituation und Wohnungsversorgung

- Elisabeth Seitz, Britta Heiles und Dr. Christina Wübbecke: *Amtliche Statistiken im Überblick*
- Prof. Jörg Blasius, Prof. em. Jürgen Friedrichs: *Das Wohnungspanel als Instrument der Stadtforschung*
- Alexander Schürt: *Vielfältige Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten – Befunde der regionalisierten Wohnungs- und Immobilienmarktbeobachtung des Bundes*

Wohnungspolitische Perspektiven

- Christian Rahm: *Die Wohnungsmärkte in Bayern – Zwischen Regulierung und Nichtregulierung*
- Prof. Göran Kauermann: *Statistische Methodik bei Mietspiegeln – Zwischen wissenschaftlichem Anspruch und Realität*

Wohnsituation spezifischer Bevölkerungsgruppen

- Dr. Philipp vom Berge: *Verteilung von Menschen mit niedrigen Löhnen in Großstädten – Eine räumliche Analyse für Deutschland*
- Prof. em. Jürgen Friedrichs, Felix Leßke und Vera Schwarzenberg: *Flüchtlinge in der Nachbarschaft. Eine vergleichende Analyse von zwei Wohngebieten in Hamburg*
- Prof. Katrin Auspurg und Andreas Schneck: *Ethnische Diskriminierung auf dem deutschen Wohnungsmarkt: Ergebnisse aus einem deutschlandweiten Feldexperiment*

Aktuelle und zukünftige Entwicklungen

- Matthias Waltersbacher: *Wie hoch ist bis 2030 der Bedarf an neuen Wohnungen? Erkenntnisse der BBSR-Wohnungsmarktprognose*
- Dr. Andrea Dittrich-Wesbuer, Dr. Tino Schlinzig: *Multilokales Wohnen – Quantitative und qualitative Erkenntnisse*
- Meike Haefker und Prof. Knut Tielking: *Partizipation im Spannungsfeld – Alternative Wohn- und Versorgungsformen für ältere Menschen in ländlichen Gebieten*



Statistik Netzwerk Bayern

Permanent wachsende Anforderungen an die Statistik sind ohne intensive Zusammenarbeit zwischen amtlicher und wissenschaftlicher Statistik nicht erfolgreich zu bewältigen. Das Bayerische Landesamt für Statistik erweitert seine Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung und fördert diese durch gemeinsame Veranstaltungen und Projekte. Zu diesem Zweck wurde im Februar 2013 das Statistik Netzwerk Bayern als Plattform für den gegenseitigen Austausch von Wissen und Erfahrung gegründet.

Mitglieder des Statistik Netzwerks Bayern sind:

- Bayerisches Landesamt für Statistik
- Otto-Friedrich-Universität Bamberg
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
- Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg
- Institut für Statistik der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Institut für Geographie und Geologie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
- Universität Augsburg
- Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
- Technische Hochschule Deggendorf
- Wilhelm Löhe Hochschule
- Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik – Munich Center for Economics of Aging
- Statistikabteilung der Bundesagentur für Arbeit

Weitere Netzwerkpartner können werden:

- Hochschulen und Fachhochschulen in Bayern sowie deren Einrichtungen und Lehrstühle/Professuren
- Forschungseinrichtungen mit Sitz in Bayern, auch soweit sie unselbstständige Teile einer juristischen Person des öffentlichen oder des privaten Rechts sind.

Institutionen mit Sitz außerhalb Bayerns können je nach Forschungsinteresse und Projektlage als kooperierende Institutionen in die Arbeit des Statistik Netzwerks Bayern einbezogen werden. Im Gegensatz zu Netzwerkpartnern nehmen sie nicht an der Steuerung des Netzwerks teil. Sie können aber an den Angeboten und Veranstaltungen des Netzwerks teilhaben und werden regelmäßig über dessen Aktivitäten informiert.

Wichtige Veranstaltungen des Statistik Netzwerks Bayern:

Im Rahmen des Statistik Netzwerks Bayern organisierte das Bayerische Landesamt für Statistik gemeinsam mit der Otto-Friedrich-Universität Bamberg am 27. und 28. Juli 2017 zum sechsten Mal die StatistikTage Bamberg|Fürth. Das Thema in diesem Jahr lautete „Wohnen in Deutschland: Daten, Fakten und Entwicklungen“. Experten der amtlichen Statistik, der empirischen Forschung und der Verwaltung präsentierten die Ergebnisse ihrer Arbeiten und stellten sie zur interdisziplinären Diskussion.

Die Themen der fünf vorangegangenen StatistikTage Bamberg|Fürth:

- 2012 „Methoden und Potenziale des Zensus 2011“
- 2013 „Ursachen und Folgen des demographischen Wandels“
- 2014 „Regionale Disparitäten: Lebensverhältnisse im Vergleich“
- 2015 „Empirische Bildungsforschung: Datengrundlagen und Ergebnisse“
- 2016 „Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland: Messung, Befunde und Maßnahmen“

Kontaktadresse bei Fragen oder Interesse an einer Beteiligung am Netzwerk:

Statistik Netzwerk Bayern, c/o Bayerisches Landesamt für Statistik, 81532 München
statistiknetzwerk@statistik.bayern.de



Grußworte des Präsidenten des Bayerischen Landesamts für Statistik, Dr. Thomas Göbl

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zu den StatistikTagen Bamberg|Fürth 2017. Ich freue mich sehr, dass wir – das Bayerische Landesamt für Statistik – gemeinsam mit der Otto-Friedrich-Universität Bamberg nun zum sechsten Mal diese Tagung ausrichten.

Dafür gilt mein Gruß und Dank dem Präsidenten der Universität Bamberg, Herrn Professor Ruppert, der die StatistikTage schon lange Jahre unterstützt. Ich begrüße herzlich die Initiatoren und Organisatoren der StatistikTage Frau Professor Susanne Rässler, Inhaberin des Bamberger Lehrstuhls für Statistik und Ökonometrie, und Herrn Dr. Michael Fürnrohr, Abteilungsleiter für Bevölkerung, Haushalte, Zensus und Erwerbstätigkeit im Bayerischen Landesamt für Statistik. Ich möchte Ihnen sowie Frau Dr. Zillmann, Frau Fenzl und Frau Bürner aus dem Landesamt für Statistik für die Konzeption des Tagungsprogramms und die Organisation dieser Veranstaltung meinen Dank aussprechen. Der Dank gilt selbstverständlich auch den weiteren zahlreichen Helferinnen und Helfern aus dem Landes-

amt für Statistik und der Universität Bamberg, die heute und morgen dafür sorgen, dass die Tagung so erfolgreich verläuft wie in den letzten Jahren.

Die StatistikTage leben von den Referaten, den Vorträgen. Daher möchte ich auch herzlich die Referentinnen und Referenten in meine Grüße einbeziehen, die uns ihre aktuellen Arbeiten und wissenschaftlichen Ergebnisse präsentieren und zur Diskussion stellen. Eine Tagung wird natürlich aber auch von einem interessierten Publikum getragen. Ich freue mich, dass wir auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Freunde von Wissenschaft und amtlicher Statistik begrüßen dürfen.

Bevor wir nun starten, möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen. Die letzten drei Jahre hat Sie an dieser Stelle meine Vorgängerin Frau Marion Frisch begrüßt, die ich heute erstmals als Teilnehmerin begrüßen kann. Sie hat im Frühjahr diesen Jahres die Abteilung Recht, Planung und Bautechnik in der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr übernommen, während ich seit März 2017 als Präsident das Baye-

rische Landesamt für Statistik leite. Ich habe Rechtswissenschaften und Geschichte in Regensburg, Boulder (Colorado/USA) und München studiert und in der inneren Verwaltung nach Stationen im Innenministerium und der Obersten Baubehörde, am Landratsamt Starnberg und am Bundesverfassungsgericht zuletzt das Sachgebiet IA4 im Innenministerium geleitet, das als Hauptthemen die Bayerische Versorgungskammer mit zwölf Einrichtungen der ersten und zweiten Säule der Altersversorgung, das Glücksspielrecht und die Statistik – d. h. die Angelegenheiten des Landesamts für Statistik und das Statistikrecht – betreut. Nun als Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik zu leiten baut thematisch auf meiner bisherigen Tätigkeit auf, ist jedoch in der Tiefe und Breite eine Herausforderung, der ich mich gerne stelle.

Dass systematisches Arbeiten und eine fächerübergreifende Zusammenarbeit Grundlage jeder guten Wissenschaft sind, hat mir schon mein Doktorvater, Professor Hans F. Zacher, damals Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht und dann Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, beigebracht. Dass eine Rückkoppelung zwischen Theorie und Praxis, Wissenschaft und amtlicher Statistik notwendig ist, liegt auf der Hand. Deshalb freue ich mich sehr auf den Austausch bei den Statistiktagen. Dies gibt mir und Ihnen die Möglichkeit, die Angebote der amtlichen Statistik und die wissenschaftlichen Ansätze zum Thema „Wohnen in Deutschland“ näher in den Blick zu nehmen und mit den Kolleginnen und Kollegen aus Wissenschaft und Praxis in Kontakt zu bleiben.

Für unseren zweiten Tag muss ich mich bereits jetzt entschuldigen, das ist der Vorbereitung der Bundestagswahl am 24. September 2017 geschuldet. Als Landeswahlleiter werde ich morgen die 1. Sitzung des Landeswahlausschusses leiten.

Die StatistikTage Bamberg|Fürth finden in diesem Jahr bereits zum sechsten Mal in Folge statt. Wir können also mit Fug und Recht behaupten, eine Tradition geschaffen zu haben. Angefangen hat alles im Jahr 2012. Damals ging es aus aktuellem Anlass um „Methoden und Potenziale des Zensus

2011“. In den Jahren darauf folgten die Themen „Demographischer Wandel“ und „Regionale Disparitäten“. 2015 waren die StatistikTage der „Empirischen Bildungsforschung“ gewidmet und im letzten Jahr dem nach wie vor aktuellen Thema der „Einkommensungleichheit“. Hochaktuell ist auch das diesjährige Thema „Wohnen in Deutschland“, das – zumal mit diesen Referaten – zu interessanten, vielleicht auch kontroversen Diskussionen führen wird. Ein besonderer Dank geht an Herrn Christian Rahm, stellvertretender Leiter der Abteilung Wohnungswesen und Städtebauförderung in der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, der dafür sorgen wird, dass wir nicht bei akademischen Diskussionen stehen bleiben, sondern uns ganz konkret über die Wohnungsmärkte in Bayern zwischen Regulierung und Nichtregulierung unterhalten werden.

Ich freue mich, dass wir auch in diesem Jahr wieder in der AULA der Universität Bamberg tagen dürfen. Dieser imposante und geschichtsträchtige Raum wird auch der immer weiter wachsenden Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an unserer Tagung gerecht.

Neben der Besucherzahl wächst auch das Statistik Netzwerk Bayern, in dessen Rahmen wir die StatistikTage organisieren. Das Netzwerk besteht derzeit aus 13 Mitgliedern, das sind neben den Gründungsmitgliedern – der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit und dem Bayerischen Landesamt für Statistik – nun die Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, das Institut für Statistik der Ludwig-Maximilians-Universität München, das Institut für Geographie und Geologie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, die Universität Augsburg, der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg, das ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V., die Technische Hochschule Deggendorf, die Wilhelm Löhe Hochschule in Fürth, das Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik – Munich Center for the Economics of Aging und seit Anfang des Jahres auch die Statistikabteilung der Bundesagentur für Arbeit.

Ziel des Statistik Netzwerks Bayern ist es, den Austausch zwischen amtlicher und wissenschaftlicher Statistik zu fördern und zu fordern. Das soll neben den StatistikTagen auch durch Workshops zu aktuellen Themen geschehen. In der letzten Vollversammlung des Statistik Netzwerks, die im März diesen Jahres stattfand, haben wir uns auf zwei Workshops im Jahr 2017 geeinigt.

- Ich freue mich, Sie alle am Mittwoch, den 18. Oktober 2017, in das ifo Institut München einladen zu können. Dort werden wir uns dem Thema „Regionales Bruttoinlandsprodukt“ widmen. Dieser Workshop wird in Kooperation mit dem ifo Institut München, ebenfalls Mitglied des Netzwerks, organisiert.
- Am Freitag, den 20. Oktober 2017, findet im Bayerischen Landesamt für Statistik in Fürth ein interner Workshop mit dem Titel „Nach dem Zensus ist vor dem Zensus – Der Weg zum Zensus 2021“ statt. Dieser Workshop ist nur für Mitglieder des Statistik Netzwerks gedacht.

Sollten Sie an unseren Veranstaltungen oder an einer Mitgliedschaft im Statistik Netzwerk Bayern Interesse haben, so können Sie gerne mich oder meine Kolleginnen und Kollegen ansprechen. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage www.statistiknetzwerk.bayern.de.

Nun wünsche ich uns allen eine interessante und gelungene Veranstaltung und übergebe das Wort an den Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Herrn Professor Ruppert.



Grußworte

des Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer!

Es ist mir eine große Freude, Sie auch in diesem Jahr wieder zu den StatistikTagen Bamberg|Fürth begrüßen zu dürfen – zum sechsten Mal also bereits und zum zweiten Mal in unserer „heiligen Halle“, der ehemaligen Dominikanerkirche Bamberg. Sie ist ein architektonischer Ausdruck unseres Selbstverständnisses: Ähnlich wie die Dominikaner in Abgrenzung zur vorhergehenden monastischen Bewegung gezielt in die Städte und unter die Leute gegangen sind, wollen wir Wissenschaft mitten im Leben betreiben. Mit dem großartigen Vorzug dieser Stadt ist unser Campus das Weltkulturerbe, im Mittelpunkt unserer Fächer steht der Mensch. Die Konzeption einer Universität in der Stadt in nahezu symbiotischer Beziehung zu dieser ganz besonderen Stadt findet einen schönen und feierlichen Ausdruck in dieser AULA, unter dem größten Dach der Bamberger Altstadt.

Ich freue mich daher, dass Sie wiederum hier Ihre Überlegungen und Diskussionen platzieren, denn

gegen alle üblichen Vorurteile ist Statistik nicht grundsätzlich ausschließlich etwas für Fachleute oder dient insbesondere zur Funktionalisierung in politischen Auseinandersetzungen. Erkenntnisse der Statistik liefern ein realistisches Bild über das, wie Menschen sich verhalten, was Menschen bewegt und beeinflusst.

Das diesjährige Thema zeigt das auch für Hochschulen sehr deutlich und treffend, denn bei keinem anderen Thema, das uns in ähnlicher Weise beschäftigt und bedrückt, stehen wir als Hochschulen ähnlich ohnmächtig da. Uns sind die Hände gebunden, weil wir nicht selber aktiv werden können.

Die Zunahme der Studierendenzahlen in den letzten Jahren hat nicht in allen Bereichen die dafür notwendigen Ressourcen nach sich gezogen. Der Wohnungsmarkt für Studierende kann nicht hinreichend gedeckt werden von den öffentlich geförderten Heimen und Wohnungen, erst recht nicht nur von den Studierendenwerken. Aber selbst hier sind wir als Hochschulen außen vor. Studierendenwerke sind Anstalten des öffentlichen Rechts, aber

in meiner Sicht viel zu unabhängig von den Hochschulen organisiert im paritätischen Wohlfahrtsverband. Der Einfluss der Hochschulen ist minimal. Der private Wohnungsmarkt ist uns selbstverständlich völlig entzogen. So sind wir darauf angewiesen, was andere unternehmen. Dass dies eine große Herausforderung ist, machen etwa unsere eigenen Zahlen klar: In einer Stadt mit inzwischen 75 530 Einwohnern (2016) sind allein 13 277 Studierende (2016/2017) ein Faktor. Noch deutlicher wird das mit Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre: Die Stadt hatte vor 15 Jahren 69 396 Einwohnern, die Universität aber nur 7 412 Studierende, eine ungleiche Steigerungsrate.

Nehmen Sie ein zweites Beispiel, das zeigt, wie wir im Bereich des Wohnens Opfer unseres eigenen Erfolgs werden. Vor 15 Jahren hatten wir Drittmittel in Höhe von rund 3,85 Millionen, umgerechnet in Euro. Heute haben wir 36,87 Millionen. Wenn Sie sich unsere Fächer ansehen, wird klar, dass bei uns nur wenig Drittmittel in Labors und materielle Forschungsinfrastruktur gehen, entsprechend groß ist der Anteil, der in Personal fließt. Dieser zusätzliche, erhebliche Personalbedarf drückt wiederum auf den Wohnungsmarkt, wir verschärfen somit den Druck, den wir selber schon schmerzhaft spüren. Mit Blick auf die Wohnsituation sind derartige Erfolge in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt nahezu Pyrrhussiege.

Wohnen in Deutschland – auch wir als Hochschulen verfolgen die Daten, Fakten und Entwicklungen mit großer Anteilnahme. Ich wünsche Ihnen eine ertragreiche Tagung und viele anregende Gespräche in diesem Raum, der einst für den Predigerorden gebaut wurde. Heute müssen Sie sich nicht auf das Hören beschränken, Sie dürfen und sollen auch ins Gespräch kommen.

Wohnen: gestern, heute, morgen – Kontinuität und Wandel

Prof. em. Jens S. Dangschat, Technische Universität Wien



Prof. em. Jens S. Dangschat

Zur Person:

Prof. Dr. Jens S. Dangschat, Emeritus, zuvor von 1998 bis 2016 Professor für Siedlungssoziologie und Demographie an der Technischen Universität Wien. Leiter des Fachbereichs „Soziologie“ (ISRA) im Department für Raumplanung sowie Professur für Allgemeine Soziologie sowie Stadt- und Regionalsoziologie an der Universität Hamburg (1992–1998).

Mitgliedschaften:

Orendentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (seit 1999), Mitglied im Konvent der Bundesstiftung Baukultur (seit 2006), Mitglied im Kuratorium des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (seit 2009); Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (2009–2011), Vize-Präsident (2011–2013).

Forschungsschwerpunkte:

Stadt- & Raumsoziologie, soziale Ungleichheit & Segregation, Migration & Integration, Mobilitäts- & Energiekonsumforschung, Demographie, Raum- & Planungstheorie.

Aktuelle Publikationen:

Dangschat, J.S. 2017: Urbaner sozialer Wandel – Von der sozial gemischten Stadt zur segregierten und fragmentierten Stadt? In: J. Krusche (Hrsg.): Die ambivalente Stadt. Gegenwart und Zukunft des öffentlichen Raums. Berlin: Jovis: 18–34.

Dangschat, J.S. 2017: Social Capital – Material for Social Bridging? In: E. Kapferer, I. Gstach, A. Koch & C. Sedmak (eds.): Rethinking Social Capital. Global Contributions from Theory and Practice. Cambridge: Cambridge Scholars Publishing: 40–60.

Dangschat, J.S. 2017: Zuwanderung und Integration im Kontext von Stadt und Raum. In: R. Scheuven & A. Kokalanova (Hrsg.): Öffentlicher Raum: Transformation des Städtischen. Werkstattbericht 170: Wien: MA18: 126–131.

Abstract:

Wie wir wohnen hat sich in den letzten Jahrzehnten in vieler Hinsicht verändert, befindet sich aktuell in starkem Wandel und wird sich künftig noch stärker verändern. Und dennoch: Manches hat sich kaum verändert und wird auch die nächsten Jahrzehnte überdauern. Die unterschiedlichen Geschwindigkeiten beruhen auf unterschiedlichen Facetten des menschlichen Lebens: Die biologischen, psychischen und grundlegenden sozialen Zusammenhänge verändern sich jedoch allenfalls sehr träge – Nahrungsaufnahme, Schlaf, Fortpflanzung, Reproduktionsarbeit, Rückzugsraum für die Kleinfamilie, Identifikation.

Die jüngste Vergangenheit, Gegenwart und absehbare Zukunft ist jedoch von zunehmenden ökonomischen Ungleichheiten sowie demografischen und kulturellen Unterschieden gekennzeichnet – es gibt kein „wir“ beim Wohnen mehr, weil sich die Nachfrage nach Standorten, Wohnungsmarktsegmenten, Größen und Zuschnitten zunehmend ausdifferenzieren. Funktionen des Wohnens werden zudem ausgelagert und andere eingelagert, ohne fixe Lösung, möglichst flexibel.

Die Zukunft des Wohnens wird noch stärker von der technologischen Entwicklung geprägt werden. Für verschiedene Funktionen gibt es bereits eine ausgefeilte Haustechnik, die über Apps gesteuert wird. Die komplette Einbettung in das Internet der Dinge verbindet die „smart meter“ mit der Waschmaschine, dem Smartphone, dem Auto und mit der Nachbarschaftsplattform. Sie unterstützt die Bequemlichkeit und den Komfort, sie überwacht das

Haus, sichert es und öffnet zugleich den Einbrechern und Hackern Tür und Tor.

Was wissen wir jedoch in ausreichender Differenzierung darüber, wer heute wie wohnt? Warum geben wir uns mit so wenig Informationen über das Wohnen zufrieden? Wie soll eine zielgerichtete Wohnungspolitik gestaltet werden, wenn die Datenlage so schlecht ist?

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Wohnen: gestern, heute, morgen – Kontinuität und Wandel“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter:
www.statistiknetzwerk.bayern.de/mam/themen/statistiktage/wohnen_in_deutschland/dangschat_wohnen_-_gestern_heute_morgen.pdf



1. Was bedeutet „wohnen“?



1. Wohnung

- „Dach über dem Kopf“
- Rückzug in's Private / ... in's Haus voller Gleichgesinnter
- Ort der Reproduktionsarbeit
- Ort der Identifikation

2. Wohnumfeld (Nutzungsaspekt)

- Nahversorgung / Erreichbarkeit
- Nachbarschaftliche Kontakte
- Ort der Freizeit
- Ort der Reproduktionsarbeit

Das gilt für
gestern,
heute und
morgen!

3. Standort (Effekt des Benefits)

- Merkmale des Wohnumfeldes (s.o.)
- Sozioökonomischer Status: Einkommen / Vermögen / Prestige
- Soziodemografischer Status: Haushaltstyp / Alter / Ethnie
- Soziokultureller Status: Lebensstil / Milieu

4.1 Wohnen morgen – smart home



Konnektivität: Energieersparnis, (Un)Sicherheit, Komfort, Bequemlichkeit (ALEXA)

5. Was können uns Amtliche Statistiken über das Wohnen heute und morgen sagen?



- Wohnungsbestands- und -fortschreibungs-Statistiken sind getrennt von Haushaltsstatistiken und werden nur regional aggregiert zusammengeführt
 - Weil die Wohnverhältnisse in den räumlichen Einheiten oft sehr unterschiedlich sind, gibt es keine ausreichend gute Information über die Wohnverhältnisse sozialer Gruppen
 - Warum geben wir (öffentliche Verwaltung, Wohnungswirtschaft, Wissenschaft) uns mit so schlechten Statistiken zufrieden?
- Soziale Gruppen werden in der Amtlichen Statistik (überwiegend) über demografische Merkmale definiert – diese sind für sozialwissenschaftliche Fragestellungen jedoch zunehmend irrelevant
 - Auf welcher Basis können sozial(räumlich)e Kategorien entwickelt werden, die relativ homogene Verhaltensweisen aufweisen?
 - Welches sind die Forderungen an die Sozialwissenschaften? Welche Möglichkeiten haben Gebietskörperschaften? Gibt es international bessere Bedingungen?

Amtliche Statistiken im Überblick

Elisabeth Seitz, Britta Heiles und Dr. Christina Wübbecke, Bayerisches Landesamt für Statistik



Elisabeth Seitz



Britta Heiles



Dr. Christina Wübbecke

Zu den Personen:

Elisabeth Seitz leitet seit 2005 die Dienststelle Schweinfurt des Bayerischen Landesamts für Statistik. Dort ist sie für ein Verwaltungs- und sechs Statistiksachgebiete zuständig.

Britta Heiles schloss ihr Studium als Diplom-Soziologin im Jahr 2012 ab. Im selben Jahr wurde Sie als Referentin im Bayerischen Landesamt für Statistik angestellt. Nach zweijähriger Tätigkeit im Bereich „Zensus“ wechselte Sie im Jahr 2014 in das Sachgebiet „Mikrozensus, Erwerbstätigkeit“.

Dr. Christina Wübbecke war von 2004 bis 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Seit 2015 arbeitet sie als Referentin im Sachgebiet „Freiwillige Haushaltsbefragungen und Rechtspflege“ des Bayerischen Landesamts für Statistik.

Abstract:

In unserem Vortrag möchten wir ausgewählte amtliche Erhebungen vorstellen, deren Ergebnisse für Analysen zur Wohnsituation und Wohnungsversorgung besonders ergiebig sind.

Die Bautätigkeitsstatistik (Baugenehmigungs-, Baufertigstellungs-, Bauüberhangs- sowie Bauabgangsstatistik) liefert Ergebnisse über die Struktur, den Umfang sowie die Entwicklung der Bautätigkeit und ist ein wichtiger Indikator für die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung im Bausektor. Zudem

dient sie der Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestands und stellt Daten für Gebietskörperschaften, Wirtschaft, Forschung und Städtebau bereit. Entscheidendes Kriterium ist die genehmigungspflichtige Baumaßnahme, bei der Wohn- oder Nutzraum geschaffen bzw. verändert wird. Die Erhebungen werden als dezentrale Bundesstatistiken mit Auskunftspflicht gemäß Hochbaustatistikgesetz durchgeführt. Berichtspflichtig sind die Bauherren und die mit der Baubetreuung Beauftragten sowie die Bauaufsichtsbehörden.

Der Mikrozensus und die „European Union Statistics on Income and Living Conditions“ (EU-SILC) sind amtliche Haushaltserhebungen, deren Fragenprogramme zum Thema „Wohnen“ sich in Teilen überschneiden. Im Vortrag soll in Form einer vergleichenden Gegenüberstellung verdeutlicht werden, worin sich beide Datensätze inhaltlich und methodisch voneinander unterscheiden und welche Potenziale sie jeweils für Analysen zum Thema „Wohnen“ bieten. Im Mikrozensus werden seit 1957 jährlich zentrale bevölkerungs- und erwerbsstatistische Strukturdaten ausschließlich in Deutschland erhoben. Dabei sind die Haushalte bei einem Großteil der Fragen zur Auskunft verpflichtet. Mit einer Stichprobengröße von deutschlandweit 370 000 Haushalten ist der Mikrozensus die größte jährlich stattfindende amtliche Haushaltserhebung. Durch die verpflichtende Zusatzerhebung „Wohnsituation“ werden in unregelmäßigen Abständen die als Totalzählung durchgeführten Gebäude- und Wohnungszählungen ergänzt und aktualisiert. Dabei werden neben Daten zum Bestand und zur Struktur der Wohnungen und Wohngebäude auch Informationen zur Wohnsituation von Haushalten erhoben. Dadurch können u.a. Aussagen zur Wohnfläche je Person, der Eigentümerquote, der Energieart oder auch der monatlichen Miete getroffen werden. EU-SILC ist eine EU-weit durchgeführte jährliche Panelbefragung, in deren Mittelpunkt das Einkommen und die Lebensbedingungen der privaten Haushalte stehen. Die Beantwortung der Fragen erfolgt freiwillig. Mit einer Nettostichprobe von jährlich rund 13 000 Haushalten in

Deutschland ist EU-SILC erheblich kleiner als der Mikrozensus, bietet dafür aber die Möglichkeit zu ländervergleichenden Analysen. Beim Thema „Wohnen“ stehen neben allgemeinen Fragen zur Wohnsituation vor allem die mit dem Wohnen zusammenhängenden Belastungen im Mittelpunkt. Dabei geht es u.a. um die finanzielle Belastung durch Wohnkosten, um Mängel in der Wohnung und um Beeinträchtigungen durch Lärm, Umweltverschmutzung, Kriminalität, Gewalt und Vandalismus im Wohnumfeld.

Die vorgestellten Datensätze der amtlichen Statistik stehen der Wissenschaft grundsätzlich auch über das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Amtliche Statistiken im Überblick“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter:
www.statistiknetzwerk.bayern.de/mam/themen/statistiktage/wohnen_in_deutschland/lfstat_amtliche_statistiken_im_ueberblick.pdf



Bayerisches Landesamt für Statistik

Überblick über amtliche Bautätigkeitsstatistiken

- ▶ Dezentrale Bundesstatistiken, Totalerhebungen
- ▶ mit monatlicher Periodizität
 - Baugenehmigungen
- ▶ mit jährlicher Periodizität
 - Baufertigstellungen
 - Bauabgänge
 - Bauüberhang
 - Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes

Statistik-Tage Bamberg, Fürth - Elisabeth Seitz - 27.07.2017 - Bamberg 4

Bayerisches Landesamt für Statistik

Datenangebot „Wohnen“

<p style="text-align: center; margin: 0;">Nur im Mikrozensus</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beheizung der Wohnräume: Beheizungs- und Energieart • Ist die gemietete Wohnung eine Eigentumswohnung? • Warmwasserversorgung: Energieart 	<p style="text-align: center; margin: 0;">Nur in EU-SILC</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wohnungsbezogene Sozialleistungen • Anzahl der Wohn- und Schlafräume • Mängel in der Wohnung / dem Haus • Beeinträchtigungen im Wohnumfeld • Materielle Belastungen und Entbehrungen • Sanitäre Ausstattung der Wohnung / des Hauses • Wohnkosten der Wohneigentümer; Baufinanzierung
<p>In beiden Erhebungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gebäudeart • Gebäudegröße (Anzahl der Wohnungen im Gebäude in Klassen) • Baualtersgruppe • Einzugsjahr des Haushalts • Nutzung der Wohnung als Eigentümer, Hauptmieter oder Untermieter • Fläche der gesamten Wohnung in qm • Nur für Mieter: Nettokaltmiete, kalte und warme Nebenkosten 	

Bayerisches Landesamt für Statistik

Ähnlich, aber nicht gleich: Mietbelastungsquoten 2014 in Mikrozensus und EU-SILC

	Mikrozensus	EU-SILC
Mittlere Mietbelastungsquote	27,2 %	22,5 %
Berechnung der Mietbelastungsquote	Bruttokaltmiete <i>Haushaltsnettoeinkommen</i>	Nettokaltmiete <i>Verfügbares Haushaltseinkommen</i>
Zähler	Bruttokaltmiete: Grundmiete und kalte Betriebskosten (ohne Heiz- und Warmwasserkosten)	Nettokaltmiete: Grundmiete ohne jegliche Nebenkosten
Nenner	Haushaltsnettoeinkommen, erhoben in Klassen Berechnungsvarianten mit unterer oder oberer Klassengrenze oder mit Klassenmitte Hier: Klassenmitte	Verfügbares Haushaltseinkommen: Haushaltsnettoeinkommen abzüglich • regelmäßige Vermögenssteuern • regelmäßige Geldtransfers an andere private Haushalte

Das Wohnungspanel als Instrument der Stadtforschung

Prof. Jörg Blasius, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. em. Jürgen Friedrichs, Universität zu Köln



Prof. Jörg Blasius



Prof. em. Jürgen Friedrichs

Zu den Personen:

Prof. Dr. Jörg Blasius ist seit 2001 im Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Abteilung Soziologie, der Universität Bonn (www.politik-soziologie.uni-bonn.de/de/institut/lehrkoerper/blasius/blasius). Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der Methoden der empirischen Sozialforschung, der angewandten Statistik, der Stadtsoziologie (hier in den Bereichen Gentrification, benachteiligte Wohngebiete) sowie der sozialen Ungleichheit und der Lebensstile. Jörg Blasius ist Mitherausgeber der Sage-Serie „Research Methods for Social Scientists“. Letzte Buchveröffentlichungen: (mit Victor Thiessen), *Assessing the Quality of Survey Data*. Sage, London, 2012; Hrsg. (mit Nina Baur), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 2014; Hrsg. (mit Jürgen Friedrichs), *Gentrifizierung in Köln*. Barbara Budrich Verlag, Opladen, 2016.

Prof. Dr. Jürgen Friedrichs, Emeritus, geb. 1938, Studium der Soziologie, Philosophie, Psychologie und Volkswirtschaftslehre. Nach der Promotion Assistentenstelle im Institut für Soziologie der Universität Hamburg, dort 1974 Berufung auf eine Professur für Soziologie; 1983 auf einen Lehrstuhl für Soziologie. Seit 1991 Lehrstuhl für Soziologie an der Universität zu Köln, Direktor des Forschungsinstitutes für Soziologie und Mitherausgeber der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“ (bis 2012). Seit 2007 emeritiert, aber weiterhin im In-

stitut für Soziologie und Sozialpsychologie in der Lehre und Forschung tätig. Aktuelle Forschungsprojekte: Integration von Flüchtlingen, Städtische Armutsgebiete, Gentrification. Website: www.iss-wiso.uni-koeln.de/personen/jfriedrichs/

Abstract:

Die Analyse sozialen Wandels von Wohngebieten wird in der Regel über statistische Daten oder – seltener – durch zwei oder mehr Querschnitts-Befragungen vorgenommen. Eine weitere Erhebung kann mit Hilfe von Panelstudien erfolgen, wie zum Beispiel dem sozio-ökonomischen Panel oder dem British Household Panel Survey. Während mit statistischen Daten und Querschnittserhebungen nur Veränderungen im Aggregat gezeigt werden können, haben Panelstudien den Vorteil, dass immer die gleichen Personen oder die gleichen Haushalte befragt werden. Sollen Veränderungen in einem Gebiet beschrieben werden, so ist der Nachteil, dass am Panel teilnehmende Haushalte aus dem Gebiet ausziehen; der Anteil der jährlichen Umzüge liegt bundesweit bei etwa 10%. Diese Haushalte können zwar im Gebiet ersetzt werden, aber die Ersetzung erfolgt unabhängig von dem ausziehenden Haushalt; ein äquivalenter Ersatz findet nicht statt, folglich ist mit diesen Daten schon nach wenigen Jahren keine repräsentative Beschreibung der Veränderung eines Gebietes mehr möglich.

Als Alternative schlagen wir ein Wohnungspanel vor, in dem die Wohnung die Paneleinheit ist. Kommt es zu einem Auszug, dann wird als Ersatz derjenige Haushalt befragt, der in die selbe Wohnung eingezogen ist. Damit ist die Grundgesamtheit die Wohnungen in einem definierten Gebiet, daraus wird die Stichprobe gezogen – und insofern es nicht zu Abrissen und Neubauten kommt, bleibt diese Grundgesamtheit konstant. Wir demonstrieren die methodologischen Vorteile eines Wohnungspanels am Beispiel einer Studie über Gentrification in zwei Wohngebieten von Köln. Auf der Basis einer face-to-face-Befragung in vier Wellen zeigen wir, wie sich die Haushalts- und die Bewohnerstruktur über einen Zeitraum von fünf Jah-

ren geändert hat. Abschließend erörtern wir die Anwendung des Verfahrens auf unterschiedliche Untersuchungsgegenstände.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Das Wohnungspanel als Instrument der Stadtforschung“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter:
www.statistiknetzwerk.bayern.de/mam/themen/statistik-tage/wohnen_in_deutschland/blasius+friedrichs_wohnungs-panel.pdf



Idee: Statt eines normalen Panels, bei denen Personen (Haushalte) als Untersuchungseinheit verwendet werden, sind es bei dem Wohnungspanel die Wohnungen (Häuser). Kommt es zu einem Umzug, dann wird nicht der Haushalt an dem neuen Standort befragt, sondern der Haushalt, der in die im Sample vorhandene Wohnung einzieht.

Vorteile des Wohnungspanels: Es können Veränderungen über Zeit in einem zuvor definierten Gebiet beschrieben werden, z.B. in Bezug auf Gentrification oder Abwertung eines Gebietes. Durch diese Veränderungen kommt es auch zu Veränderungen in der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung. Im klassischen Panel (z.B. im SOEP) müssten die ausziehenden Haushalte durch eine neu zu ziehende Stichprobe ersetzt werden, die allenfalls suboptimal die ausziehenden Haushalte ersetzen kann – und auch nur dann, wenn nur in dem gleichen Zeitraum neu in das Gebiet eingezogene Haushalte gezogen werden.

2

Kartenausschnitt von Köln mit den Untersuchungsgebieten Mülheim und Deutz (Quelle: Google Maps)

5

Zusammenfassung

Mit dem Wohnungspanel können Veränderungen im Gebiet deutlich besser beschrieben werden als mit Hilfe eines klassischen Panels.

Die Beschreibungen können sowohl auf der Ebene der sozio-demografischen Merkmale als auch auf der Ebene der Einstellungen zur Nachbarschaft erfolgen.

Damit ist es mit Hilfe des Wohnungspanels möglich städtische Prozesse über Zeit zu beschreiben, wie sie z.B. durch Gentrification entstehen.

Obwohl das ausgewählte Gebiet in Köln als Aufwertungsgebiet gilt, konnte lediglich ein geringer Prozess der Gentrifizierung nachgewiesen werden. Daraus folgt, dass es entweder tatsächlich keine Gentrifizierung im Untersuchungsgebiet gibt oder dass die aus der Literatur bekannten Indikatoren ungeeignet für die Beschreibung des Prozesses sind.

21

Vielfältige Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten – Befunde der regionalisierten Wohnungs- und Immobilienmarktbeobachtung des Bundes

Alexander Schürt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung



Alexander Schürt

Zur Person:

Alexander Schürt ist Dipl.-Geograf und arbeitet als Projektleiter im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) – anfangs im Bereich Raumentwicklung. Seit 2005 ist Herr Schürt im Referat Wohnungs- und Immobilienmärkte tätig. Dabei analysiert und bewertet er aktuelle Strukturen und Entwicklungen der Wohnungs- und Immobilienmärkte. Schwerpunkte liegen dabei in den Bereichen Immobilienpreise und Mieten, Bautätigkeit, Leerstände sowie markt- und preisbestimmende Rahmenbedingungen.

Abstract:

Viele Städte und Regionen in Deutschland gewinnen durch Binnenwanderungen und Zuzüge aus dem Ausland immer mehr Einwohner. Der Wohnungsneubau kann mit der stark wachsenden Nachfrage der letzten Jahre (noch) nicht mithalten. Die Folge sind deutliche Steigerungen von Immobilienpreisen und Wohnungsmieten bei angespannten Märkten. Eine Ausweitung des Wohnungsangebots ist dort unabdingbar, um die Bezahlbarkeit des Wohnens für verschiedene Haushaltsgruppen zu gewährleisten – im Gebäudebestand wie im Neubau. Bauwillige und Investoren stoßen hier allerdings auf vielfältige Hemmnisse bei der Umsetzung neuer Wohnungsbauprojekte.

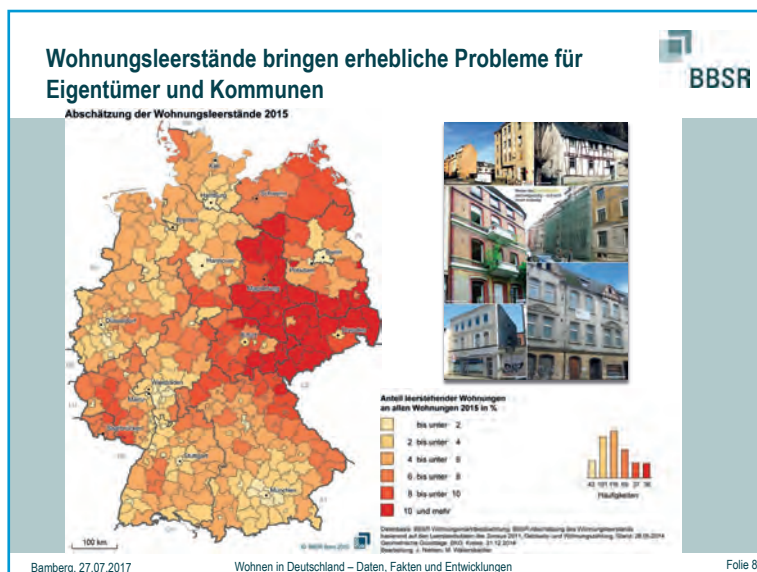
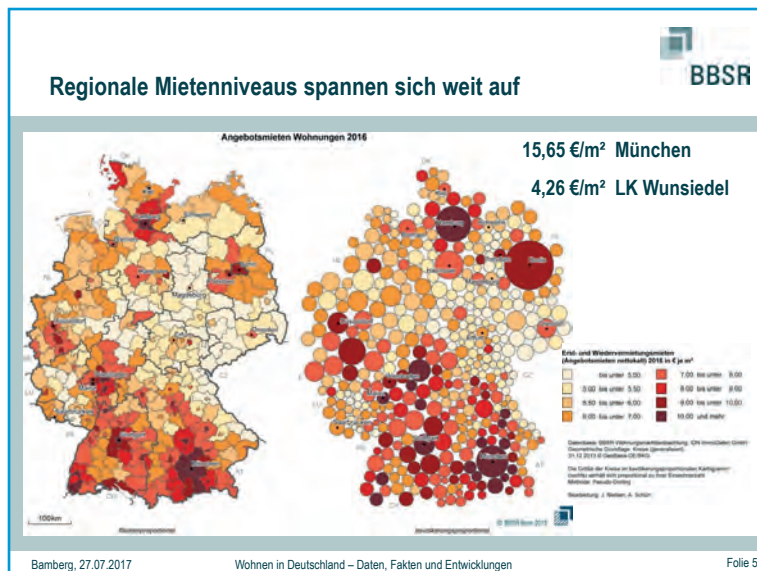
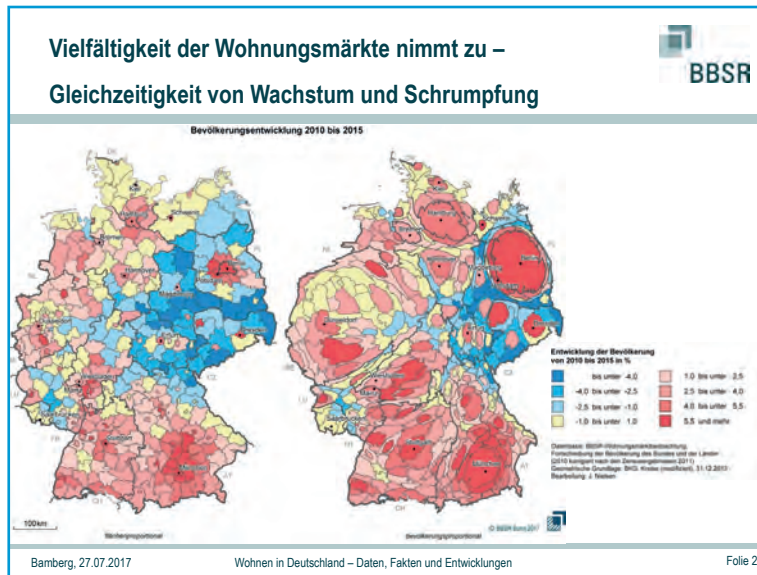
In zahlreichen Regionen abseits der Ballungsräume müssen sich Wohnungseigentümer und Kommunen bei aktuellen oder absehbaren Bevölkerungsrück-

gängen mit einer abnehmenden Nachfrage auseinandersetzen. Die Aufrechterhaltung notwendiger Infrastrukturen, der Umgang mit zunehmenden Wohnungsleerständen, die erschwerte Vermietung oder der Verkauf von Immobilien und damit in der Regel verbundene finanzielle Einbußen sind hier zentrale Herausforderungen.

Die BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung erstellt laufend durch Zusammenführung und Analysen verschiedenster amtlicher und nicht-amtlicher Datenquellen sowie durch Erkenntnisse aus Forschungsprojekten empirische Grundlagen für die Bauland-, Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik. Sie dienen als Basis für die vielfältigen fachlichen Diskussionen und Strategieentwicklungen auf allen räumlichen Ebenen sowie für wohnungspolitische Entscheidungen des Bundes.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Vielfältige Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten – Befunde der regionalisierten Wohnungs- und Immobilienmarktbeobachtung des Bundes“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter:
www.statistiknetzwerk.bayern.de/mam/themen/statistiktage/wohnen_in_deutschland/schuerter_entwicklungen_auf_den_wohnungsmarkten.pdf



Die Wohnungsmärkte in Bayern – Zwischen Regulierung und Nichtregulierung

Christian Rahm, Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr



Christian Rahm

Zur Person:

Christian Rahm studierte Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Nach Erstem und Zweitem Staatsexamen begann er seine Laufbahn als Verwaltungsjurist in Niederbayern. 1990 wechselte er in das Bayerische Staatsministerium des Innern. Seit 1995 ist er in der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern tätig, zunächst in der Abteilung Recht, Planung und Bautechnik, anschließend in der Abteilung Wohnungswesen und Städtebauförderung. Hier leitet er das Sachgebiet Öffentliches Wohnungsrecht. In seiner Zuständigkeit liegt die Federführung für die Erhebungsverfahren zur Bestimmung wohnungs- und mietrechtlicher Gebietskulissen in Bayern.

Abstract:


Die Anspannungen auf den bayerischen Wohnungsmärkten haben insbesondere infolge der Zuwanderung aus dem In- und Ausland spürbar zugenommen. Ziel des von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen Wohnungspakts Bayern ist es daher, in einer Allianz mit den kommunalen Spitzenverbänden, der Wohnungswirtschaft und weiteren Beteiligten mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Daneben gilt es, den bereits vorhandenen bezahlbaren Wohnraum mit den Instrumenten des Öffentlichen Wohnungsrechts und des Mietrechts zu erhalten. So lässt sich durch die wohnungsbindungsrechtliche Belegungssteuerung bezahlbarer Wohnraum gezielt für diejenigen bereitstellen, die

darauf besonders angewiesen sind, kann mit dem Zweckentfremdungsrecht umgenutzter Wohnraum wieder Wohnzwecken zugeführt werden, zielen die abgesenkte Kappungsgrenze und die Mietpreisbremse gegen übermäßig hohe Mieten und bewahrt die verlängerte Kündungssperrfrist bei Wohnungsumwandlungen die Mieter vor dem vorzeitigen Verlust einer für sie noch bezahlbaren Wohnung. Die angesprochenen Regelungen kommen nicht flächendeckend zur Anwendung, sondern knüpfen daran an, dass in einem bestimmten Gebiet ein erhöhter Wohnungsbedarf besteht oder die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. Als Grundlage für die Bestimmung der Gebiete, in denen diese Voraussetzungen vorliegen, wurde im Auftrag des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr und des Staatsministeriums der Justiz zuletzt im Jahr 2014 eine Erhebung zur Wohnungsversorgung in den Gemeinden Bayerns durch das Bayerische Landesamt für Statistik durchgeführt. Der Vortrag spannt den Bogen zwischen Wohnungspolitik, statistischer Grundlage und rechtlicher Umsetzung wohnungspolitischer Ziele.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Die Wohnungsmärkte in Bayern – Zwischen Regulierung und Nichtregulierung“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter:
www.statistiknetzwerk.bayern.de/mam/themen/statistiktage/wohnen_in_deutschland/rahm_wohnungsmärkte_in_bayern.pdf




Oberste Baubehörde im
Bayerischen Staatsministerium des
Innern, für Bau und Verkehr 

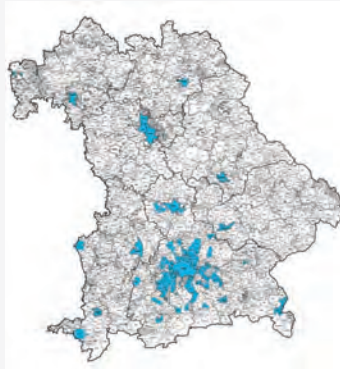
Miet-/wohnungsrechtliche Regelungen mit räumlich beschränkter Anwendung

- ▶ Mietpreisbremse (§ 556d BGB)
- ▶ Absenkung der Kappungsgrenze (§ 558 BGB)
- ▶ Verlängerung der Kündigungsfrist (§ 577a BGB)
- ▶ Wohnungsbindungsrechtliches Benennungsverfahren (Art. 5 BayWoBindG)
- ▶ Sonderfall: Zweckentfremdungsrecht (Art. 1 ZWEWG)

Statistik-Tage - Christian Rahm - 27. Juli 2017 - Bamberg 2


Oberste Baubehörde im
Bayerischen Staatsministerium des
Innern, für Bau und Verkehr 

Gebietskulisse Benennungsverfahren ab 2016



Gebiete mit erhöhtem
Wohnungsbedarf
© Bayerisches Landesamt für Statistik

Statistik-Tage - Christian Rahm - 27. Juli 2017 - Bamberg 12

Oberste Baubehörde im
Bayerischen Staatsministerium des
Innern, für Bau und Verkehr 

Beschluss der Bauministerkonferenz vom 20./21. Oktober 2016

- ▶ Aufnahme der Erhebungsmerkmale
 - Nettokaltmiete
 - Leerstandsgründe und Leerstandsdauer in die Gebäude- und Wohnungszählung des Zensus 2021 erforderlich
- ▶ Entsprechende Bitte an Bundesinnenminister und Vorsitzenden der Innenministerkonferenz

Statistik-Tage - Christian Rahm - 27. Juli 2017 - Bamberg 14

Statistische Methodik bei Mietspiegeln – Zwischen wissenschaftlichem Anspruch und Realität

Prof. Göran Kauermann, Ludwig-Maximilians-Universität München



Prof. Göran Kauermann

Zur Person:

Prof. Dr. Göran Kauermann studierte und promovierte an der TU Berlin im Bereich Statistik. Nach PostDoc in Chicago und Habilitation in München lehrte und forschte er an der University of Glasgow, Schottland, und an der Universität Bielefeld. Seit 2011 ist er an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Prof. Kauermann war von 2005 bis 2013 Vorsitzender der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Statistik, dem Dachverband der deutschen Statistiker. Neben methodischer Forschung im Bereich Glättungsverfahren und Netzwerkdaten-Analyse hat Prof. Kauermann die statistische Auswertung der Mietspiegel München 2013, 2015 und 2017 geleitet. Darüber hinaus hat Prof. Kauermann zahlreiche Beiträge sowohl in methodischen Fachjournalen als auch in Immobilienjournalen zum Thema Mietspiegel verfasst. Seine zentrale Forderung ist dabei, dass die Mietspiegel in Deutschland eine höhere statistische Qualität benötigen.

Abstract:

Der Vortrag diskutiert die statistischen Hürden und Herausforderungen bei der Erstellung von Mietspiegeln. Durch die eingeführte Mietpreisbremse und die anstehende „Mietspiegelverordnung“ haben Mietspiegel an Bedeutung gewonnen. Insofern ist zu hinterfragen, welche statistischen Standards bei der Mietspiegelerstellung gesetzt werden sollten. Der Vortrag vergleicht Tabellenmietspiegel und Regressionsmietspiegel, diskutiert den Um-

gang mit extremen Beobachtungen und zeigt auf, dass die Lage der Wohnung im Stadtgebiet gerade bei größeren Städten einen entscheidenden Einfluss auf die Miethöhe hat.

Im zweiten Teil des Vortrags werden exemplarisch Mietspiegel aus deutschen Städten in Bezug auf ihre Stärken, Schwächen und methodischen Fehler betrachtet. Dabei werden unter anderem die Mietspiegel aus Berlin, Hamburg, Freiburg und München herangezogen. Es zeigt sich, dass die statistische Qualität der Mietspiegel in Deutschland unterschiedlicher kaum sein kann. Eine kritische Diskussion, wie hierauf zu reagieren wäre, schließt den Vortrag ab.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Statistische Methodik bei Mietspiegeln – Zwischen wissenschaftlichem Anspruch und Realität“.

Den Artikel „Mietspiegel heute“ von Göran Kauermann und Michael Windmann finden Sie in „AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv“ vom Dezember 2016:
<https://link.springer.com/article/10.1007/s11943-016-0197-x>



Mietspiegel - Historie

- Einführung 1974
- 2002 **Hinweise zur Erstellung von Mietspiegeln**
- Qualifizierter Mietspiegel = Erstellung nach anerkannten **wissenschaftlichen** Grundsätzen
- 2015 „**Mietpreisbremse**“
- 2016 „**Mietspiegelverordnung**“ (Referentenentwurf)

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Prof. Dr. Göran Kauermann
27.7.2017

Vergleich Tabelle versus Regression

Tabellenmietspiegel	Regressionsmietspiegel
<ul style="list-style-type: none"> - Sprunghafte Mieten - Extremwertbereinigung problematisch - Keine Berücksichtigung von Ausstattung - keine Erweiterung möglich + wenig statistische Kompetenz notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> + Stetige Mieten + Kaum/keine Extremwerte + simultane Betrachtung von Ausstattungsmerkmalen + ortsübliche Miete liegt in der Mitte der Spanne + Erweiterung möglich (räumliche Komponente) - statistische Kompetenz notwendig

Prof. Dr. Göran Kauermann
27.7.2017

Zusammenfassung

- Mietspiegel sind mit **fundierte[n] Statistikkennnissen** eigentlich gut zu erstellen.
- Regressionsmietspiegel** sind besser als Tabellenmietspiegel.
- Alternative Mietspiegel sind **verzerrt**.
- Leider existieren **zahlreiche fehlerhafte Mietspiegel** bei denen die statistische Auswertung fehlerhaft bis fundamental falsch ist.

Prof. Dr. Göran Kauermann
27.7.2017

Verteilung von Menschen mit niedrigen Löhnen in Großstädten – Eine räumliche Analyse für Deutschland

Dr. Philipp vom Berge, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



Dr. Philipp vom Berge

Zur Person:

Dr. Philipp vom Berge studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg und schloss sein Studium 2007 als Diplom-Volkswirt ab. Bis 2012 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg. Seit 2011 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Regional- und Arbeitsmarktökonomik.

Abstract:

Zur Existenz und Verbreitung von Niedriglohnbeschäftigung liegen vielfältige Forschungsbefunde vor. Dagegen gibt es wenige wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, wo Niedriglohnbezieher ansässig sind. Georeferenzierte Daten erlauben es erstmals, ihre innerstädtische räumliche Verteilung über Städte hinweg vergleichend sichtbar zu machen und zu untersuchen.

Die Datenbasis für die vorliegende Analyse bilden die Integrierten Erwerbsbiographien (IEB) des IAB für das Jahr 2009. Die IEB enthalten unter anderem Informationen über sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, die in den administrativen Prozessen der Bundesagentur für Arbeit erzeugt werden.

Das Projekt „Nachbarschaftseffekte: Die Analyse individuell-rationalen Verhaltens im sozialen Kon-

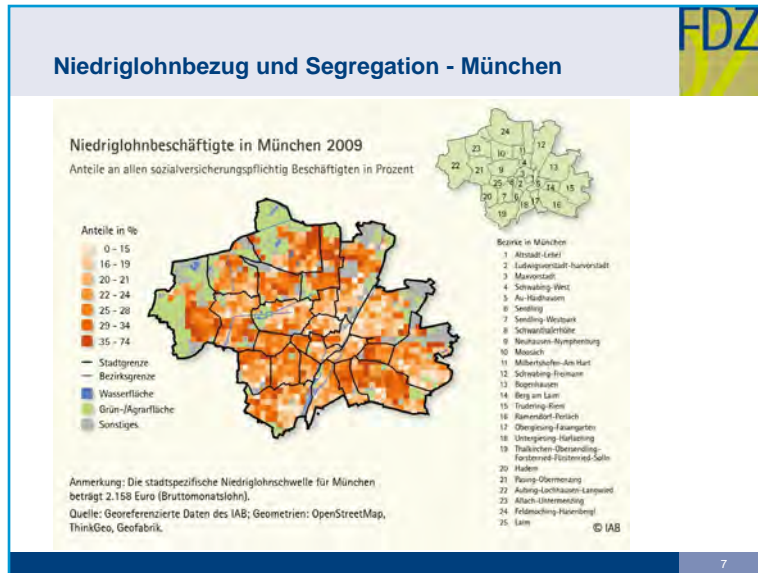
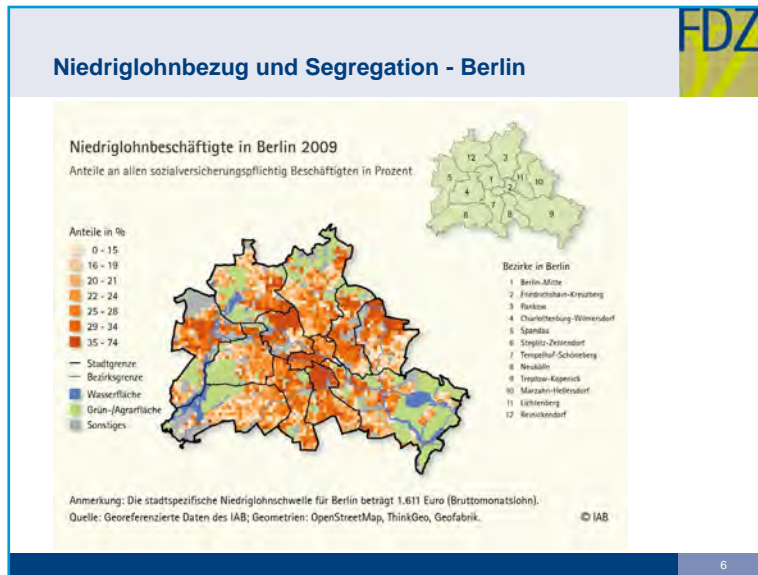
text“ wurde durch die Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz gefördert und in Kooperation mit dem RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt. Dabei wurde jede Person in der IEB zum 30.06.2009 mit einer Geokoordinate versehen, die ihren Wohnort beschreibt, und mit deren Hilfe einem kleinräumigen Gebiet (500x500 m) zugeordnet.

Der Segregationsindex (SI) misst die räumliche Ungleichverteilung der Niedriglohnbezieher innerhalb einer Stadt. Die Anzahl der Niedriglohnbezieher in einer Rasterzelle wird zu den Niedriglohnbezieher in der gesamten Stadt ins Verhältnis gesetzt und mit dem Verhältnis der Nicht-Niedriglohnbezieher in Rasterzelle und Stadt verglichen. Zu den Niedriglohnbezieher werden dabei alle Beschäftigten gezählt, die weniger als 2/3 des stadtsspezifischen Medianlohns verdienen. Diese Definition berücksichtigt, dass das allgemeine Einkommensniveau in den Städten sehr unterschiedlich sein kann.

Beispielhaft wird anhand mehrerer deutscher Großstädte gezeigt, wie sich die Niedriglohnbezieher kleinräumig innerhalb einer Stadt verteilen. Berlin und Hamburg gehören neben Frankfurt und Leipzig zu den am stärksten segregierten Großstädten. Der visuelle Vergleich von Berlin, Hamburg und München zeigt einige interessante Unterschiede. Berlin zeigt große Flächen, die von einem hohen Anteil an Niedriglohnbezieher bewohnt werden, während München die geringste Konzentration von Niedriglohnbezieher aufweist.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Verteilung von Menschen mit niedrigen Löhnen in Großstädten – Eine räumliche Analyse für Deutschland“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter: www.statistiknetzwerk.bayern.de/mam/themen/statistiktage/wohnen_in_deutschland/vom_berge_niedriglohn.pdf



- ### Fazit
- großflächige Konzentration in Berlin; etwas kleinräumiger in Hamburg; in München oft auf nur einzelne Straßenzüge beschränkt
 - Berlin und Hamburg neben Frankfurt und Leipzig am stärksten segregierte Großstädte
 - In München, Stuttgart und Essen sind die verschiedenen Einkommensgruppen weniger stark segregiert
 - erkennbarer Zusammenhang zwischen Segregation und Niedriglohnanteil in einer Stadt
 - Zusammenhang zwischen Stadtgröße/Lage und dem Ausmaß der Segregation unklar

Flüchtlinge in der Nachbarschaft. Eine vergleichende Analyse von zwei Wohngebieten in Hamburg

Prof. em. Jürgen Friedrichs, Felix Leßke und Vera Schwarzenberg, Universität zu Köln



Felix Leßke (Vortragender)

Vera Schwarzenberg (Vortragende)

Zu den Personen:

Prof. Dr. Jürgen Friedrichs, Emeritus, geb. 1938, Studium der Soziologie, Philosophie, Psychologie und Volkswirtschaftslehre. Nach der Promotion Assistentenstelle im Institut für Soziologie der Universität Hamburg, dort 1974 Berufung auf eine Professur für Soziologie, 1983 auf einen Lehrstuhl für Soziologie. Seit 1991 Lehrstuhl für Soziologie an der Universität zu Köln, Direktor des Forschungsinstitutes für Soziologie und Mitherausgeber der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“ (bis 2012). Seit 2007 emeritiert, aber weiterhin im Institut für Soziologie und Sozialpsychologie in der Lehre und Forschung tätig. Aktuelle Forschungsprojekte: Integration von Flüchtlingen, Städtische Armutgebiete, Gentrification. Website:

www.iss-wiso.uni-koeln.de/personen/jfriedrichs/

Felix Leßke, Master of Arts der Soziologie. Zwischen 04/2016 und 09/2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Jörg Blasius am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Seit 10/2016 Mitarbeiter in den „Kölner-Flüchtlingsstudien“ unter der Leitung von Prof. em. Dr. Jürgen Friedrichs. Zudem seit 10/2016 Lehrbeauftragter am Fachbereich Soziologie der Universität Bonn. Forschungsschwerpunkte: Quantitative empirische Sozialforschung, Migrations- und Flüchtlingsforschung, klassische soziologische Theorie sowie Sozialstruktur- und Ungleichheitsanalyse.

Vera Schwarzenberg, Master of Arts der Soziologie. Seit 04/2016 Mitarbeiterin in den „Kölner-Flüchtlingsstudien“ unter der Leitung von Prof. em. Dr. Jürgen Friedrichs. Zuvor zwischen 04/2013 und 07/2015 Hilfskraft beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik und beim Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit. Forschungsschwerpunkte: Qualitative empirische Sozialforschung, Flüchtlingsforschung, Entwicklungssoziologie sowie Entwicklungszusammenarbeit.

Abstract:

Mit dem stetigen Anstieg der Flüchtlingszahlen von 2011 bis in die zweite Jahreshälfte 2015 stellte sich die Frage nach einer geeigneten (vorläufigen) Unterbringung von Flüchtlingen. Deutschlandweit wurden in kurzer Zeit zahlreiche Flüchtlingsheime errichtet. Bis heute ist jedoch nur wenig bekannt über die Akzeptanz der Anwohner rund um solche Heime und ihre Einstellung zu ihren neuen Nachbarn.

Am Beispiel von zwei Wohngebieten in Hamburg untersuchen wir im Rahmen der Kölner-Flüchtlingsstudien die Einstellungen der Anwohner zu einer Flüchtlingsunterkunft im Wohngebiet. Die Hamburger Stadtteile Harvestehude und Bergedorf unterscheiden sich sowohl im Hinblick auf ihre soziodemographische Struktur, als auch in der Form und der Größe der Unterbringungen. Forschungsleitend ist für uns die Frage, wie die Sozialstruktur des Wohngebiets die Einstellung zu den Flüchtlingen prägt. Darüber hinaus berichten wir, welche Mischung von Deutschen und Flüchtlingen die Anwohner generell bereit sind, zu akzeptieren und welche individuellen und Kontext-Merkmale diese Akzeptanz determinieren.

Für eine erfolgreiche Integration ist die Akzeptanz der Flüchtlinge im Stadtteil von großer Bedeutung. Gerade in Zeiten einer starken Zuwanderung ist es notwendig die strukturellen Mechanismen hinter der Zustimmung oder der Ablehnung eines Flüchtlingsheims in unmittelbarer Nähe zu verstehen, nicht zuletzt, um Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Flüchtlinge in der Nachbarschaft. Eine vergleichende Analyse von zwei Wohngebieten in Hamburg“.

Die komplette Präsentation wird zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehen.

Studiendesign der Anwohnerbefragung

- Wahrscheinlichkeitsstichprobe über das Einwohnermeldeamt gezogen
 - Radius von ca. 2,5 km um die Flüchtlingseinrichtung
 - Jeweils ca. 1100 Adressen
- Vorab wurden Anschreiben versendet, die die zu Befragenden über die Studie informierten
- Durchführung der Interviews Face-to-Face
 - Standardisierter Fragebogen
 - Sowohl offene, als auch geschlossene Fragen
 - Befragungsdauer im Durchschnitt etwa 30 Minuten
 - Studierende als Interviewer/innen
- Zweite Befragungswelle geplant
 - Schriftliche Befragungen Ende 2017, Anfang 2018

FOLGERUNGEN

1. Die Ergebnisse zeigen, dass in beiden untersuchten Stadtteilen zunächst eine breite Akzeptanz der Flüchtlinge im Wohngebiet feststellbar ist.
2. Generell scheint die Zustimmung zum Flüchtlingsheim in Harvestehude höher zu liegen, als in Bergedorf. Dies lässt sich über mehrere Faktoren erklären:
 - Höherer Bildungsgrad innerhalb des statushohen Wohngebiets
 - Geringere wahrgenommene ökonomische Bedrohung durch höhere Einkommen
 - „Privilegierte“ Unterbringung in der Sophienterrasse → vorrangig Familien; normales Gebäude gegenüber Modulbauten
 - Die Einrichtung in der Sophienterrasse ist bedeutend kleiner als in der Brookkehr.
 - Methodische Effekte durch unterschiedliche soziale Milieus
3. Kulturelle und Ökonomische Bedrohung müssen als zwei eigenständige Dimensionen untersucht werden:
 - Mehr als die Hälfte der Befragten nimmt eine starke (34,4 %) oder mittlere (20,5 %) kulturelle Bedrohung wahr.
 - Ökonomisch stark (12,9%) oder mittel (16,6) bedroht fühlen sich dagegen nur knapp 30 %
 - Ökonomisch Bedrohte fühlen sich auch kulturell bedroht. Umgekehrt gilt dies jedoch nicht mit gleicher Regelmäßigkeit.

FOLGERUNGEN

4. Gerade etwas mehr als ein Viertel der Befragten (27,4 %) hat persönlichen Kontakt zu Flüchtlingen.
 - Kontakte zu Flüchtlingen steigern die Akzeptanz von Flüchtlingen im Wohngebiet
 - Auch indirekte Kontakte haben einen positiven Effekt auf die Einstellungen.
 - Der Kontakt zu Migranten besitzt hingegen keine signifikante Erklärungskraft
5. In der Multivariaten Analyse bestätigen sich die zentralen Ergebnisse.
 - Als wichtigste Einflussgrößen auf die Akzeptanz von Flüchtlingen im Wohngebiet müssen die wahrgenommene kulturelle und ökonomische Bedrohung angesehen werden.
 - Signifikante Ergebnisse liefern folgende Variablen:
 - Alter
 - Einkommen
 - Ökonomische Bedrohung
 - Kulturelle Bedrohung
 - Kontakt zu Flüchtlingen
 - Es findet sich hingegen weder ein signifikanter Effekt durch das Wohngebiet, noch durch das Geschlecht der Befragten.

Ethnische Diskriminierung auf dem deutschen Wohnungsmarkt: Ergebnisse aus einem deutschlandweiten Feldexperiment

Prof. Katrin Auspurg und Andreas Schneck, Ludwig-Maximilians-Universität München



Prof. Katrin Auspurg

Andreas Schneck

Zu den Personen:

Prof. Dr. Katrin Auspurg ist Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Methoden der empirischen Sozialforschung an der LMU München. Werdegang: Studium der Sozialen Arbeit (FH München) sowie Studium der Soziologie (LMU München); Promotion im Jahr 2010 im Fach Soziologie an der Universität Konstanz. Forschungsschwerpunkte: Methoden der empirischen Sozialforschung, soziale Ungleichheit, Diskriminierung, Bildungs- und Arbeitsmarktsoziologie. Publikationen zum Wohnungsmarkt: Contexts and conditions of ethnic discrimination: Evidence from a field experiment in a German housing market (zusammen mit Thomas Hinz und Laura Schmid), *Journal of Housing Economics* 2017: 26–36; Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt (zusammen mit Thomas Hinz), in: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Gökçen Yüksel, Emine (2017): *Handbuch Diskriminierung* Wiesbaden: Springer Fachmedien: 1–20.

Andreas Schneck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie mit dem Schwerpunkt Methoden der empirischen Sozialforschung bei Prof. Dr. Katrin Auspurg an der LMU München. Werdegang: Studium der Soziologie (BA/MA) an der Universität Konstanz. Forschungsschwerpunkte: Methoden der empirischen Sozialforschung, Diskriminierung, Wissenschaftssoziologie. Publikationen: Ausmaß und Risikofaktoren des Publication Bias in der deutschen Soziologie (zusammen

mit Katrin Auspurg und Thomas Hinz), *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 66: 549–573.

Abstract:

Zugang zu Wohnraum stellt einen zentralen Faktor zur Erklärung sozialer Ungleichheit dar, so beeinflusst der Wohnort den Zugang zu Infrastruktureinrichtungen oder Bildungs- und Arbeitsmarktchancen. Diskriminierung bei der Wohnungssuche trägt überdies zur Herausbildung segregierter Wohngegenden bei. Im vorliegenden Projekt wird insbesondere die ethnische Diskriminierung von Personen mit türkischem Migrationshintergrund auf dem deutschen Miet-Wohnungsmarkt untersucht: Haben Migranten einen erschwerten Zugang zu Mietwohnungen? Variiert eine mögliche Diskriminierung mit Kontextfaktoren, wie der ethnischen Zusammensetzung von Nachbarschaften oder der Angespanntheit des Wohnungsmarktes?

Datengrundlage ist ein 2015 durch E-Mail-Korrespondenz-Tests erhobenes Feldexperiment, mit dem das Ausmaß von Diskriminierung in unterschiedlichen Regionen in Deutschland abgeschätzt werden kann. Neben dem Einfluss von Merkmalen potenzieller Mieter interessieren Zusammenhänge mit Nachbarschaftsmerkmalen. Hierfür werden Daten auf unterschiedlichen Aggregationsebenen betrachtet: Daten auf Kreisebene, 1x1-km-Raster (beides Statistisches Bundesamt) sowie Microm-Daten für Bayern, welche bis auf die Häuserblockebene herunterreichen.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Ethnische Diskriminierung auf dem deutschen Wohnungsmarkt: Ergebnisse aus einem deutschlandweiten Feldexperiment“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter:
www.statistiknetzwerk.bayern.de/mam/themen/statistik-tage/wohnen_in_deutschland/auspurg+schneck_diskriminierung_auf_dem_dt_wohnungsmarkt.pdf



Motivation

- Umfragedaten und amtliche Statistik belegen schlechtere Wohnbedingungen bei Migranten (z.B. Clark/Drever 2001)
- Dies dürfte die Integration erschweren
 - Wohnbedingungen stehen mit anderen Formen sozialer Ungleichheit in Zusammenhang (Pager/Shepherd 2008; Buck 2001)
 - Segregation führt zu geringeren Kontaktmöglichkeiten
- Ethnische Diskriminierung als mögliche Ursache dieser Ungleichheiten mit Befragungsdaten nur schwer zu messen
- Daher: Feldexperiment zur Diskriminierung im deutschen Mietwohnungsmarkt

28. Juli 2017
Katrin Auspurg/Andreas Schneck
1

Durchführung

- Bewerbung auf insg. 5.000 Mietwohnungen in 2015
 - Within-Design: Jeweils Anfrage von T und D
 - Abstand von ca. 1 Stunde, leicht unterschiedliche Texte
 - Online Wohnungsmarkt, Zufallsauswahl von 2-4 Zi-Wohn.
- Geocodierung und Zuspiegelung von Umgebungsmerkmalen aus amtlicher Statistik
 - Etwa regionale Leerstandsquoten, Ausländeranteile
 - Daten insb. zu Bayern (amtl. Statistik, Microm)
- 4.862 verwertbare Fälle in Gesamtdeutschland (davon 502 in Bayern)

28. Juli 2017
Katrin Auspurg/Andreas Schneck
2

Ergebnisse: Antworten nach Nationalität

- Gesamtdeutschland (N = 4.862 Wohnungen)

		Deutscher Bewerber	
		Keine Antwort	Antwort
Türkischer Bewerber	Keine Antwort	1.589 (32,68%)	700 (14,4%)
	Antwort	209 (4,3%)	2.364 (48,62%)

 - Brutto-Diskriminierungsrate: 14,4%
 - Netto-Diskriminierungsrate: $14,4 - 4,3 = 10,1\%$
- Bayern (N = 502 Wohnungen)
 - Netto-Diskriminierungsrate: 8,4%

28. Juli 2017
Katrin Auspurg/Andreas Schneck
3

Wie hoch ist bis 2030 der Bedarf an neuen Wohnungen?

Erkenntnisse der BBSR-Wohnungsmarktprognose

Matthias Waltersbacher, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung



Matthias Waltersbacher

Zur Person:

Matthias Waltersbacher, Diplom-Geograph, ist Leiter des Referates „Wohnungs- und Immobilienmärkte“ im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn. Studium der Geographie an den Universitäten Mannheim und Würzburg. Berufliche Tätigkeiten in Beratungsinstituten und bei der öffentlichen Hand. Forschungsschwerpunkte: Wohnungsbedarfsprognosen, Bezahlbarer Wohnraum, Mieten und Immobilienpreise: Dynamik und Preisfaktoren, Mietspiegel und Transparenz am Wohnungsmarkt, Wirtschaftsimmobilien, Wohnungspolitische Rahmenbedingungen.

Abstract:

Die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum ist seit einiger Zeit wieder im Zentrum der wohnungspolitischen Diskussion. Angebotsengpässe insbesondere in den dynamischen Ballungsräumen machen sich mit steigenden Mieten und Immobilienpreisen deutlich bemerkbar. Angetrieben wird die Diskussion auch durch positive Zuwanderungssalden aus dem Ausland.

Die vor einigen Jahren eher rückläufigen Bevölkerungszahlen und die damit einhergehende Beruhigung an den Immobilienmärkten sind in vielen Regionen einer wieder wachsenden Bevölkerungs- und Nachfrageentwicklung gewichen. Allerdings vollziehen sich die Zuwanderung aus dem Ausland und die Wanderungen innerhalb Deutschlands stark selektiv in Richtung der wirtschafts-

starken Großstädte und Metropolen, ergänzt durch attraktive Städte mittlerer Größe. Diesem Zuzug in zahlreichen Regionen stehen Abwanderung und Schrumpfung in anderen Regionen gegenüber.


Der starken Dynamik der Wohnungsnachfrage kann in vielen Regionen nur durch eine deutliche Steigerung des Wohnungsneubaus begegnet werden. Damit stellt sich wieder verstärkt die Frage, wieviel Wohnungsbau in Deutschland in Zukunft notwendig ist. Der Neubaubedarf in den Zuzugsregionen lässt sich dabei mit bundesweiten Eckdaten und Prognosen nicht hinreichend beantworten. Auf die regionale Entwicklung der Nachfrage kommt es an. Hierzu stellt die BBSR-Wohnungsmarktprognose 2030 in Verbindung mit den demographischen Prognosen des BBSR wichtige Informationsgrundlagen bereit.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Wie hoch ist bis 2030 der Bedarf an neuen Wohnungen? Erkenntnisse der BBSR-Wohnungsmarktprognose“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter:
www.statistiknetzwerk.bayern.de/mam/themen/statistiktage/wohnen_in_deutschland/waltersbacher_wohnungsmarktprognose.pdf




Grundüberlegungen

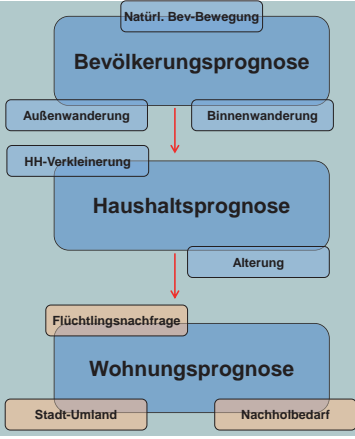


- Wohnungsnachfrage wird in erster Linie von demographischen Entwicklungen bestimmt
- Hinzu kommen ökonomische und konjunkturelle Faktoren sowie Präferenzen
- > Wohnungsnachfragemodell basiert auf demographischen Modellen (Bevölkerung, Haushalte)
- Wohnungsmärkte sind lokale/regionale Märkte.
- Aggregatsbetrachtungen (Gesamtdeutschland) sind Saldierungen von wachsenden und schrumpfenden Regionen.
- > Regionalisierte Berechnungen und bottom-up-Ansatz (Summe aus 402 Kreisen)
- Mismatch zwischen Angebot und Nachfrage erfordert weiteren Wohnungsneubau (Ersatzwohnungsbau, Abgangsraten, Leerstände etc.)

Dipl.Geograph Matthias Waltersbacher Statistiktage Bamberg, 28.07.2017 3

BBSR-Prognosen – die Modelle






- Bevölkerungszahl 2012 bis 2035
- Altersstruktur (1-Jahres-Klassen)
- Wanderungen:
 Binnenwanderung: 412 mal 412 Kreise
 Außenwanderung: Saldo aus Zu- und Abw.
- Haushaltszahl 2012 bis 2035
- Haushaltsgrößenstruktur
- Haushaltsaltersstruktur
- Wohnungsnachfrage: 15 HH-Typ nach Größe und Alter
- Nachfragende Haushalte 2012 bis 2030
- Wohnflächeninanspruchnahme je HH
- Wohneigentum je HH
- Ersatzbedarf und Leerstandsnutzung
- Neubaubedarf pro Jahr 2015 bis 2030

Dipl.Geograph Matthias Waltersbacher Statistiktage Bamberg, 28.07.2017 6

Zusammenfassung



- Die Wohnungsmarktprognose zeigt einen mittelfristigen Wohnungsbedarf von 350 Tsd. Wohnungen, einen langfristigen von knapp 300 Tsd. Wohnungen auf
- Die regionale Auseinanderentwicklung der Wohnungsmärkte wird weiterhin zunehmen
- Großstädte und Universitätsstädte müssen mit steigender Nachfrage rechnen
- Ländliche und periphere Regionen werden sich mit noch stärker schrumpfender Nachfrage weiterhin auseinandersetzen müssen
- Das Wohneigentum spielt immer noch eine große Rolle, die Eigentümerquote wird noch leicht zunehmen
- Der Pro-Kopf-Wohnflächen-Konsum wird ebenfalls noch leicht steigen
- Aufgrund der Wohnraumnachfrage der bisher nach Deutschland Geflüchteten (2014 bis 2016) erhöht sich der Neubaubedarf um ca. 20%

Dipl.Geograph Matthias Waltersbacher Statistiktage Bamberg, 28.07.2017 24

Multilokales Wohnen – Quantitative und qualitative Erkenntnisse

Dr. Andrea Dittrich-Wesbuer, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Dortmund

Dr. Tino Schlinzig, Technische Universität Dresden



Dr. Andrea Dittrich-Wesbuer



Dr. Tino Schlinzig

Zu den Personen:

Dr. Andrea Dittrich-Wesbuer ist Doktor-Ingenieurin der Raumplanung und arbeitet als Wissenschaftlerin im ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung. Sie leitet dort die Forschungsgruppe „Metropole und Region“ und ist als stellvertretende wissenschaftliche Direktorin tätig. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte liegen im Feld der räumlichen Mobilität, insbesondere in den Bereichen Mobilität und Siedlungsstruktur sowie Mobilität und Demografischer Wandel. Ein weiterer Fokus ihrer Arbeit besteht in transdisziplinären Forschungsarbeiten zur kommunalen und regionalen Flächen- und Infrastrukturentwicklung.

Dr. Tino Schlinzig forscht und lehrt am Institut für Soziologie der Technischen Universität Dresden. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der interpretativen Familiensoziologie, Wissenssoziologie, Forschungen zur Multilokalität und Mobilität sowie Methoden der qualitativ-rekonstruktiven und quantitativen Sozialforschung. Aktuell erschienen ist der gemeinsam mit Karl-Siegbert Rehberg und Franziska Kunz herausgegebene Band „PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ‚Wende‘-Enttäuschung? Analysen Im Überblick. Bielefeld: transcript“.

Aktuelle Publikationen:

Dittrich-Wesbuer, Andrea; Kramer, Caroline (2014): Heute hier – morgen dort – Residenzielle Multilo-

kalität in Deutschland. In: Geographische Rundschau, Jg. 66, H. 11, S. 46–52.

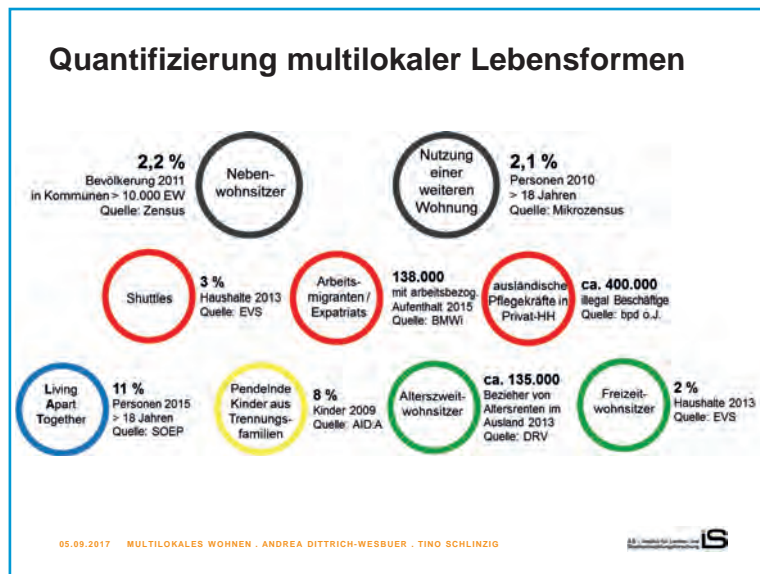
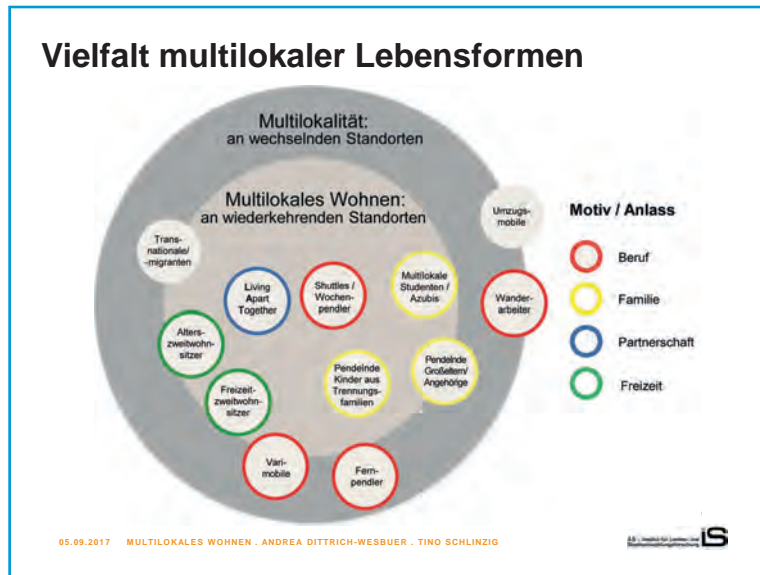
Schier, Michaela; Schlinzig, Tino (2016): Anwesenheit in Abwesenheit. Digitale Elternschaft in mobilen Gegenwartsgesellschaften. In: Friese, H.; Rebane, G., Nolden, M.; Schreiter, M. (Hrsg.): Handbuch Soziale Praktiken und Digitale Alltagswelten. Wiesbaden: Springer, S. 1–10.

Abstract:

Multilokales Wohnen wird in der fachwissenschaftlichen Diskussion zunehmend aufgegriffen. Arbeiten aus zahlreichen Forschungsdisziplinen beschäftigen sich mit aktuellen gesellschaftlichen und ökonomischen Umbrüchen, in deren Zuge räumliche Bezüge komplexer werden und immer mehr Menschen multilokal leben. In der Diskussion werden zur Frage der quantitativen Bedeutung nur einzelne Zahlen benannt, die zumeist (Teil-) Phänomene betreffen. Der Beitrag setzt sich mit den methodischen Möglichkeiten und praktischen Grenzen der Erfassung sowie der Qualität und Aussagekraft der Daten zur Multilokalität auseinander. Dabei wird der Blick sowohl auf die amtliche Statistik als auch eigene Erhebungen sowie zugängliche Forschungsdaten gerichtet. Die grundlegenden Überlegungen und Erkenntnisse zum multilokalen Wohnen werden im Weiteren um die Darstellung aktueller Forschungen zur mehrörtigen Lebensführung im Kontext der Familie am konkreten Beispiel multilokaler Nachtrennungsfamilien ergänzt. Diskutiert wird dabei u. a. der problematische Verweilungszusammenhang von Familie und Haushalt. Zudem wird eine Auswahl empirischer Befunde zu den besonderen Anforderungen an die in diesen Arrangements lebenden Eltern und Kinder vorgestellt.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Multilokales Wohnen – Quantitative und qualitative Erkenntnisse“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter:
www.statistiknetzwerk.bayern.de/mam/themen/statistiktage/wohnen_in_deutschland/adw_multilokalitaet.pdf
 und:
www.statistiknetzwerk.bayern.de/mam/themen/statistiktage/wohnen_in_deutschland/schlinzig_multilokalitaet.pdf



Partizipation im Spannungsfeld – Alternative Wohn- und Versorgungsformen für ältere Menschen in ländlichen Gebieten

Meike Haefker und Prof. Knut Tielking, Hochschule Emden/Leer



Meike Haefker (Vortragende)

Zu den Personen:

(M.A.) Meike Haefker war zwischen 2012 und 2016 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Emden/Leer – Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit – tätig und zuletzt im Spannungsfeld „Alternative Wohn- und Versorgungsformen für ältere Menschen“, dem Bundesmodellprojekt „transVer – transkulturelle Versorgung von Suchtkranken“ und dem Hochschulprojekt „BEST\$HEL“ beschäftigt. Des Weiteren gehören die staatlich anerkannte Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin und die berufliche Qualifikation zur staatlich anerkannten Heilerziehungspflegerin zu ihrem Berufsprofil.

Prof. Dr. Knut Tielking ist Professor für Soziale Arbeit an der Hochschule Emden/Leer. Forschungsschwerpunkte im Arbeitsfeld der Präventions- und Gesundheitsforschung. Seit 1996 in der Präventions- und Gesundheitsforschung, u. a. an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, der Universität Bremen, mit Gastprofessuren und Forschungsaufenthalten an der Babes-Bolyai-University of Cluj-Napoca/Rumänien und der San Diego State University/USA.

Abstract:

Demografische Entwicklungen führten zu gesetzlichen Novellierungen, z.B. im Bereich Wohnen und Partizipation für hilfs- und pflegebedürftige ältere Menschen. Zielsetzungen der Teilhabeförderungen sind insbesondere eine selbstständige

Lebensführung, den Zugang zu Partizipationsräumen trotz Einschränkungen zu erhalten sowie die Gesamtkosten im Bereich Wohnen/Versorgung zu minimieren. Parallel bildete sich der Anspruch älterer Menschen auf eine selbstbestimmte Wohn- und Versorgungsform, auch im Falle einer Hilfs- bzw. Pflegebedürftigkeit. In dem zwischen 2013 und 2016 von der Hochschule Emden/Leer, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, durchgeführten Forschungsprojekt „Alternative Wohn- und Versorgungsformen im Alter“ wurden vor diesem Hintergrund ambulante Wohn- und Versorgungsbedarfe und -angebote im ländlichen Raum Ostfrieslands untersucht. Im Vortrag werden unter Einbezug gesetzlicher Entwicklungen Vorstellungen älterer Menschen hinsichtlich Partizipations- und Wohnmöglichkeiten, Ansätze eines ambulanten Pflegedienstes zur Förderung eines selbstbestimmten Lebens sowie Möglichkeiten und Spannungsfelder in der Versorgung älterer Menschen – speziell im ländlichen Raum – vor- und zur Diskussion gestellt.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Partizipation im Spannungsfeld – Alternative Wohn- und Versorgungsformen für ältere Menschen in ländlichen Gebieten“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter:
www.statistiknetzwerk.bayern.de/mam/themen/statistik-tage/wohnen_in_deutschland/haefker+tielking_wohn-_und_versorgungsformen_fg.pdf



University of Applied Sciences
HOCHSCHULE EMDEN-LEER

2 Forschungsdesign/ Methodik

Forschungszeitraum:	Untersuchungsfelder:
2013 -2016	<ul style="list-style-type: none"> • Alternative Wohn- und Versorgungsformen (U 1) • Ambulanter Pflegedienst (U 2)

Erkenntnisinteresse/ leitende Forschungsfrage:

- *Den Lebensabend in einer Wohngruppe verbringen: ...romantischer Lebensstil oder praktikable Realität als Alternative zur Institutionsversorgung*

Kernfragen:

- Welcher Leistungsbedarf besteht und wird benötigt?
- Wohnprojekte: Alternative oder Ergänzung?
- Wie unterscheidet sich die rechtliche Ausstattung zu institutionellen Einrichtungen?

(Tieling/Kittel/Hentschel, 2014; Tieling/Kittel, 2015; Haefker/Tieling, 2017; Ambulant helfen, 2016)

◊ Statistiktage Bamberg/ Führt 2017 ◊ 27./28.07.2017 ◊
 ◊ Partizipation im Spannungsfeld - „Alternative Wohn- und Versorgungsformen für ältere Menschen in ländlichen Gebieten“ ◊
 ◊ Meike Haefker ◊ Knut Tieling ◊

University of Applied Sciences
HOCHSCHULE EMDEN-LEER

2. Forschungsdesign/ Methodik

Forschungsziele

- a) Theoretische Fundierung der Versorgung z.B. Ansätze von Ganzheitlichkeit, Partizipation, Gesundheitsförderung/Prävention (u.a. Sen, Nussbaum, Lowy, Antonovsky).
- b) Neue Erkenntnisse über Wohn- und Lebensqualität im Alter (ländliche Region).
- c) Etablierung der *partizipativen Qualitätsentwicklung* (Wright, 2010).
- d) Erkenntnisse zu gesundheitsbezogenen Versorgungsbedarfen/ Anforderungen an Versorgungsangebote für ältere Menschen im ländlichen Raum.
- e) Abbildung von (gesundheitlichen) Bedürfnissen/ Anforderungen an Beschäftigte in Pflegeberufen.
- f) Implementierung/ Evaluation von Handlungsansätzen.
- g) Zusammenstellung von Alleinstellungsmerkmalen - ambulante, innovativen Wohn- und Versorgungsstruktur (Modellcharakter).

(Haefker/Tieling, 2017, S.126)

◊ Statistiktage Bamberg/ Führt 2017 ◊ 27./28.07.2017 ◊
 ◊ Partizipation im Spannungsfeld - „Alternative Wohn- und Versorgungsformen für ältere Menschen in ländlichen Gebieten“ ◊
 ◊ Meike Haefker ◊ Knut Tieling ◊

University of Applied Sciences
HOCHSCHULE EMDEN-LEER

4 Partizipation im Fokus

Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten








Fotos: Michael Hentschel, Fotoatelier Wismühle, Burgstraße 38, 26529 Mariemünde

◊ Statistiktage Bamberg/ Führt 2017 ◊ 27./28.07.2017 ◊
 ◊ Partizipation im Spannungsfeld - „Alternative Wohn- und Versorgungsformen für ältere Menschen in ländlichen Gebieten“ ◊
 ◊ Meike Haefker ◊ Knut Tieling ◊

Impressionen von den StatistikTagen Bamberg|Fürth 2017







Die Wohnverhältnisse in Bayern im Herbst 1956

Ergebnisse der Wohnungsstatistik am 25. September 1956

Durch die Wohnungsstatistik im Herbst 1956 wurden in Bayern 2.23 Millionen Normalwohnungen und 0.11 Millionen Notwohnungen festgestellt und 2.94 Millionen Wohnparteien gezählt. Von den Wohnparteien lebten 33 vH als Eigentümer, 43 vH als Hauptmieter und 20 vH als Untermieter in Normalwohnungen.

Gegenüber der Zählung von 1950 hat der Wohnungsbestand um 30 vH, die Zahl der Wohnparteien dagegen nur um 3 vH zugenommen, so daß die Wohndichte erheblich abnahm.

Am 25. September 1956 sind in Bayern, wie auch in der übrigen Bundesrepublik, alle Wohnungen und ihre Bewohner gezählt worden. Dieser Erfassung lagen im wesentlichen die gleichen Zählbegriffe zugrunde wie der Wohnungszählung 1950.

Somit galt als Wohnung die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung einer Wohnpartei bestimmt war und in der Regel eine bauplanmäßig vorgesehene Küche oder Kochnische sowie einen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum aufwies.

Als Wohnpartei zählte jede Personengemeinschaft, die eine gemeinsame Hauswirtschaft führte, also ihre Lebensbedürfnisse gemeinsam finanzierte und insbesondere zusammen wohnte. Dazu gehörten auch alle aus beruflichen oder ähnlichen Gründen am Zähltag abwesenden, jedoch in der Ausgangswohnung noch wohnberechtigten Personen. Für sich allein wirtschaftende Einzelpersonen, wie Untermieter und Schlafgänger, galten gleichfalls als eigene, selbständige Wohnparteien.

Ein Viertel aller Wohnungen in den 5 Großstädten

In Bayern wurden im September 1956 rd. 2.335 000 Wohnungen gezählt. Gut ein Drittel davon lag in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern. Die Großstädte umfaßten nahezu ein Viertel des gesamten Bestandes.

Gut 95 vH aller Wohnungen, die im großen und ganzen dem eingangs dargelegten Wohnungsbegriff entsprachen, wurden als Normalwohnungen bezeichnet. Hierzu zählten z.T. auch alte, oft den heutigen Wohnbedürfnissen der Bevölkerung nicht mehr gerecht werdende Wohnunterkünfte. So lagen rd. 21 000 aller Normalwohnungen (knapp 1 vH) in Behelfsheimen mit 30 und mehr qm und in baupolizeilich als einsturzgefährdet und abbruchreif erklärten Gebäuden.

Übersicht 1. Der Wohnungsbestand in Bayern

Gemeindegroßenklasse (Gemeinden mit ... Einwohnern)	Wohnungen insgesamt am 25. Sept. 1956		davon				Normalwohnungen insgesamt am 13. Sept. 1950		Zunahme der Normalwohnungen 1956 gegen 1950 in vH
			Normalwohnungen		Notwohnungen				
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	
weniger als 2 000	812 600	34.8	784 300	96.5	28 300	3.5	660 800	38.4	18.7
2 000 bis unter 5 000	322 450	13.8	306 450	95.0	16 000	5.0	239 600	14.0	27.9
5 000 " " 20 000	361 850	15.5	341 600	94.4	20 300	5.6	253 300	14.8	34.8
20 000 " " 50 000	170 250	7.3	159 750	93.8	10 500	6.2	127 650	7.4	25.2
50 000 " " 100 000	132 000	5.7	125 300	94.9	6 700	5.1	66 750	3.9	87.7
100 000 " " 500 000	246 400	10.6	234 550	95.2	11 800	4.8	174 150	10.2	34.7
500 000 und mehr	289 400	12.3	273 000	94.3	16 400	5.7	193 900	11.3	40.8
Bayern insgesamt	2 334 950	100	2 224 950	95.3	110 000	4.7	1 716 150	100	29.6
davon kreisfreie Städte	898 650	38.5	850 250	94.6	48 400	5.4	618 300	36.0	38.5
Landkreise	1 436 300	61.5	1 374 700	95.7	61 600	4.3	1 097 850	64.0	25.2

30 vH mehr Normalwohnungen als vor 6 Jahren

Wie die Gegenüberstellung der Ergebnisse der Wohnungszählung 1950 und der Wohnungsstatistik 1956 zeigt, hat der gesamte Bestand in genau 6 Jahren um rd. 509 000 Normalwohnungen, d. s. 30 vH zugenommen. In den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern erhöhte sich der Wohnungsbestand nur um rd. 19 vH, in allen größeren Gemeinden und Städten dagegen erheblich mehr.

Der verhältnismäßig geringe Wohnungszuwachs in den Gemeinden mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern beruht auf der Zuordnung der beiden unterfränkischen Städte Schweinfurt und Aschaffenburg, die 1950 noch keine 50 000 Einwohner hatten, in die nächst höhere Gemeindegroßenklasse bei der Zählung im Jahre 1956. Durch diese Verschiebung und durch den Austausch der in der Einwohnerzahl etwas abgefallenen Stadt Fürth mit der inzwischen wieder zur Großstadt gewordenen Stadt Würzburg haben die Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern einen erheblichen Wohnungszuwachs erhalten.

Die Zählungsergebnisse zeigen, daß in den 6 Jahren der Bestand an Normalwohnungen in allen kreisfreien Städten zusammen um 50 vH mehr gestiegen ist als der Wohnungsbestand in sämtlichen Landkreisen.

110 000 Wohnungen, d. s. knapp 5 vH des Bestandes überhaupt, waren mehr oder weniger behelfsmäßige

Behausungen in Baracken, Gartenhäuschen, aber auch in massiven Gebäuden; sie galten als Notwohnungen.

Bei der Zählung im Herbst 1950 wurden nur 73 000 Notwohnungen festgestellt. Die Zunahme ist auf folgende Gründe zurückzuführen:

Die Notwohngebäude haben zugenommen, hauptsächlich weil nach Lagerauflösungen zunächst freigewordene Baracken z. T. bald wieder privat bezogen worden sind (die Behausungen geschlossener Lager wurden 1950 wie auch 1956 nicht erfaßt).

Dachgeschoßwohnungen sind weit häufiger als bei der Zählung im Jahre 1950 als nicht geeignet zum dauernden Wohngebrauch bezeichnet worden.

Einzelne oder auch mehrere in Hauptmiete vergebene Räume ohne eine dazugehörige Küche oder Kochnische in normalen Gebäuden konnten keinen benachbarten Wohnungen zugeordnet werden; sie wurden daher als Notwohnungen bezeichnet.

Der zuletzt genannte Grund hat am häufigsten zu dem Anstieg der Zahl der Notwohnungen geführt. Inwieweit diese Zählangaben mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen, werden erst die später zur Verfügung stehenden Ergebnisse der repräsentativen Zusatzerhebung erkennen lassen.

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 1/1958

Zunahme der kleineren Wohnungen

Im Landesdurchschnitt hatte eine Normalwohnung einschließlich der Küche knapp 4 Räume. Fast jede 4. Wohnung bestand aus 4 Räumen, 29 vH aller Wohnungen wiesen 5 und mehr Räume auf; der gleiche Anteil fiel auf die 3räumigen Wohnungen und jede 50. Wohnung bestand aus einem einzigen Raum.

Die kreisfreien Städte umfaßten Wohnungen mit wesentlich geringerer Raumzahl als die Landkreise. Die Anteile der 1- bis 4räumigen Wohnungen lagen in den Städten wesentlich höher, dagegen wiesen die kleineren Gemeinden nahezu den doppelt so hohen Prozentsatz an Wohnungen mit 5 und mehr Räumen auf.

Gegenüber dem Stand von 1950 ist die durchschnittliche Raumzahl je Wohnung von 4.3 auf 3.9 zurückgegangen. Während sich der Anteil der 4räumigen Wohnungen auf gleicher Höhe hielt, nahmen die kleineren Wohnungen beachtlich zu und dafür im gleichen Maße der Prozentsatz der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen ab.

Übersicht 2. Die Wohnungen nach der Raumzahl

Gebiet	Von 100 Normalwohnungen hatten					Durchschnittliche Zahl der Räume ¹⁾	
	... Räume						
	1	2	3	4	5 und mehr		
25. September 1956							
Bayern insgesamt	2	16	29	24	29	4	3.9
davon							
kreisfreie Städte	2	18	36	27	17	5	3.5
Landkreise	1	15	26	22	36	2	4.2
13. September 1950							
Bayern insgesamt	0	12	26	24	38	0	4.3
davon							
kreisfreie Städte	1	15	34	28	22	0	3.7
Landkreise	0	11	21	21	47	0	4.6

1950 gab es nur sehr vereinzelt Wohnungen, die anstelle einer Küche eine Kochnische hatten. Im Herbst 1956 dagegen waren von 100 Normalwohnungen bereits 4 mit Kochnischen ausgestattet.

Übersicht 3. Die Zahl der Wohnparteien in Bayern

Gemeindegroßenklasse (Gemeinden mit ... Einwohnern)	Wohnparteien insgesamt am 25. Sept. 1956		davon						Wohnparteien außerhalb von Normal- wohnungen		Wohnparteien insgesamt am 13. Sept. 1950		Ände- rung der Zahl der Wohn- parteien 1956 ge- genüber 1950 in vH
			Eigentümer			Hauptmieter							
	in Normalwohnungen												
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	
weniger als 2 000	1 005 400	34.2	551 850	54.9	226 600	22.5	194 250	19.3	32 700	3.3	1 083 500	37.8	- 7.2
2 000 bis unter 5 000	398 500	13.5	150 300	37.7	153 800	38.6	75 700	19.0	18 700	4.7	401 700	14.0	- 0.8
5 000 " " 20 000	447 300	15.2	121 250	27.1	218 300	48.8	83 650	18.7	24 100	5.4	418 850	14.6	+ 6.8
20 000 " " 50 000	216 050	7.4	37 850	17.5	120 900	56.0	45 200	20.9	12 100	5.6	216 200	7.6	- 0.1
50 000 " " 100 000	165 850	5.6	23 350	14.1	101 100	61.0	33 750	20.3	7 650	4.6	115 450	4.0	+43.7
100 000 " " 500 000	316 550	10.8	34 400	10.9	198 850	62.8	68 600	21.7	14 700	4.6	292 850	10.2	+ 8.1
500 000 und mehr	390 800	13.3	39 850	10.2	231 700	59.3	98 250	25.1	21 000	5.4	337 000	11.8	+16.0
Bayern insgesamt	2 940 450	100	958 850	32.6	1 251 250	42.5	599 400	20.4	130 950	4.5	2 865 550	100	+ 2.6
davon kreisfreie Städte	1 163 350	39.6	151 650	13.0	693 700	59.7	258 250	22.2	59 750	5.1	1 051 650	36.7	+ 8.7
Landkreise	1 777 100	60.4	807 200	45.4	557 550	31.4	341 150	19.2	71 200	4.0	1 813 900	63.3	- 2.0

Jede 5. Wohnpartei in Untermiete

Bei der Wohnungsstatistik 1956 wurden in Bayern insgesamt 2 940 000 Wohnparteien gezählt. Ein Drittel davon bezeichnete sich als Eigentümer des bewohnten Hauses oder der Wohnung, 43 vH als Hauptmieter und 20 vH als Untermieter. Daneben lebten noch rd. 5 vH aller Wohnparteien in Notwohnungen und Lagern oder ähnlichen Unterküften.

Nahezu im gleichen Verhältnis wie die Wohnungen verteilten sich auch die Wohnparteien auf Stadt und Land: von 100 Wohnparteien insgesamt lebten 40 in kreisfreien Städten und 60 in den Landkreisen.

Der Anteil der Eigentümer-Wohnparteien war am höchsten auf dem flachen Lande, er betrug in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern rd. 55 vH. Mit wachsender Gemeindegroße nahm das Gewicht der Eigentümerparteien stetig ab, das der Hauptmieter etwa im gleichen Maße zu. Weit weniger wichen die Anteile der Untermieter in den einzelnen Gemeindegroßenklassen voneinander ab.

3 vH mehr Wohnparteien als 1950

Verglichen mit dem Ergebnis der Wohnungszählung 1950 hat die Zahl der Wohnparteien insgesamt in den 6 Jahren um 75 000 oder knapp 3 vH zugenommen, obwohl die Zahl der wohnberechtigten Bevölkerung leicht zurückging. Der Sog der Städte zeigte sich hier darin, daß die Wohnparteien in den kreisfreien Städten von 1950 bis 1956 um nahezu 9 vH zugenommen, in den Landkreisen um 2 vH abgenommen haben.

Die Größe der nach der wohnrechtlichen Stellung gegliederten Wohnparteiengruppen ist recht unterschiedlich. Während im Landesdurchschnitt einer Eigentümer-Wohnpartei nahezu 4 Personen angehörten, bestand dagegen

Übersicht 4. Wohnparteien in Bayern nach der Zahl der Personen

Wohnrechtliche Stellung der Wohnparteien	Von 100 Wohnparteien halten ... Personen					Durch- schnitt- liche Zahl der Per- sonen je Wohn- partei
	...					
	1	2	3	4	5 und mehr	
25. September 1956						
Bayern						
Eigentümer	7	18	21	20	34	3.9
Hauptmieter	12	29	27	18	14	3.0
Untermieter	48	24	16	8	4	2.0
Übrige Wohnparteien ²⁾	29	25	19	13	14	2.8
Wohnparteien insg.	19	24	22	17	18	3.1
davon kreisfreie Städte						
Eigentümer	13	29	24	17	17	3.1
Hauptmieter	14	31	27	17	11	2.9
Untermieter	60	21	12	5	2	1.4
Übrige Wohnparteien ²⁾	35	25	18	11	11	2.5
Wohnparteien insg.	25	28	23	14	10	2.6
Landkreise						
Eigentümer	6	16	20	21	37	4.1
Hauptmieter	9	26	28	20	17	3.2
Untermieter	38	26	19	11	6	2.2
Übrige Wohnparteien ²⁾	23	25	21	15	16	2.9
Wohnparteien insg.	14	22	22	18	24	3.4
13. September 1950						
Wohnparteien insgesamt	19	22	22	17	20	3.2
Bayern	27	27	23	13	10	2.7
dav. kreisfreie Städte	14	20	22	18	26	3.6

¹⁾ Wohnräume mit 6 und mehr qm einschl. Küchen. — ²⁾ Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen.

die Hauptmietpartei aus 3, die Untermietpartei aus 2 Personen. Bei den Eigentümern lag der Schwerpunkt mit weitem Abstand auf Wohnparteien mit 5 und mehr Personen, bei Hauptmietern auf 2 Personen und bei Untermietern sowie Wohnparteien in Notwohnungen und in ähnlichen behelfsmäßigen Unterkünften auf Einzelpersonen.

Wohnparteien werden kleiner, besonders auf dem Lande

In den Städten, in denen die Wohnparteien aller Gruppen von jeher durchwegs kleiner sind, ging in den Jahren 1950 bis 1956 die durchschnittliche Zahl der Personen je Wohnpartei weniger stark zurück (um 3.7 vH) als in den Landkreisen (um 5.5 vH).

Dieses Ergebnis läßt eine typische Entwicklung im Zeitalter der rasch um sich greifenden Mechanisierung und Verkehrserschließung erkennen, bei der die strukturellen Unterschiede zwischen Stadt und Land immer mehr schwinden.

Die durchschnittliche Größe der Untermietpartei hat gegenüber 1950 stärker abgenommen als die der Wohnungsinhaber, das zeigen folgende Zahlen für den Landesdurchschnitt:

	Personen je Wohnpartei am	
	25. Sept. 1956	13. Sept. 1950
Wohnparteien insgesamt	3.1	3.2
dav. Wohnungsinhaber	3.4	3.7
Untermieter	2.0	2.4

Im Jahre 1950 gab es noch verhältnismäßig zahlreiche Familien, die infolge des damals sehr großen Wohnungsmangels als 2. oder weitere Partei in einer Wohnung auf kleinstem Raum leben mußten. Diese mißlichen Verhältnisse hatten sich bis zum Herbst 1956 entschieden gebessert: vor gut einem Jahr bestand nahezu jede 2. Untermietpartei nur aus einer Person.

Nur noch 21 vH aller Wohnparteien in Untermiete

Der intensive Wohnungsbau seit 1950 hat eine im allgemeinen sehr erhebliche Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ermöglicht.

Von je 100 Wohnparteien in Bayern insgesamt wohnten

als	am	
	25. Sept. 1956	13. Sept. 1950
Inhaber in Normalwohnungen	75	60
Untermieter	21	36
Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen	4	4

Im Herbst 1950 lebte noch gut jede 3. Wohnpartei in Untermiete, 1956 dagegen nur noch jede 5. Der Anteil der nicht in Normalwohnungen untergebrachten Wohnparteien ist — obwohl zahlreiche Wohnlager aufgelöst worden sind — infolge der Zunahme der Notwohnungen konstant geblieben.

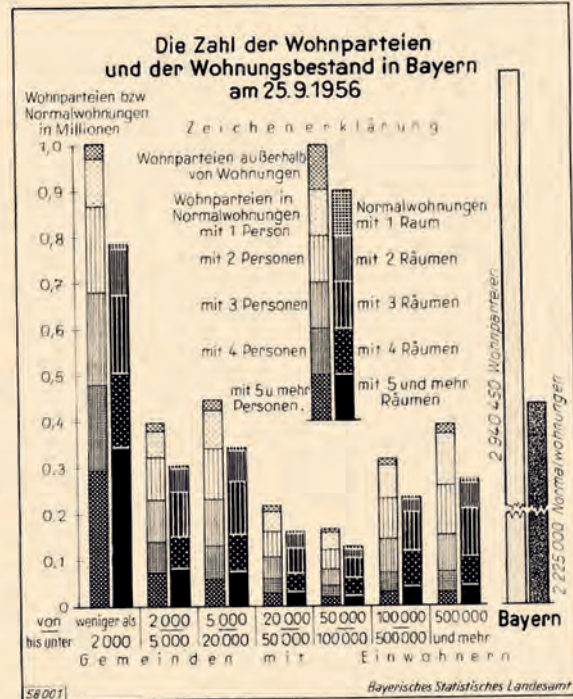
Für jede Person einen Raum

Die im Jahre 1950 noch auf Schritt und Tritt zu beobachtende Überbelegung von Wohnungen ist zurückgegangen. Die Auflockerung der Wohndichte zeigen folgende Zahlen:

	25. Sept. 1956		13. Sept. 1950	
	Personen ¹⁾ in Mill.	Räume ²⁾ je Pers.	Personen ¹⁾ in Mill.	Räume ²⁾ je Pers.
Bayern	8.73	0.86	8.74	0.86
dav. kreisfreie Städte	2.89	1.04	2.58	0.90
Landkreise	5.84	0.99	6.16	0.83

Im Jahre 1950 verfügte eine Person im Durchschnitt über keinen ganzen Raum, 1956 dagegen wurde dieses Ziel erreicht. Die Wohndichte in den Städten war etwas günstiger als in den Landkreisen. Bei Abzug der Küchen,

die hier als vollwertige Räume zählen, würde die Wohndichte in den kreisfreien Städten wie auch in den Landkreisen 0.75 Räume je Person betragen. Der dabei eintretende Ausgleich zwischen Stadt und Land beruht auf dem stärkeren Gewicht der Küche als Raum bei den durchschnittlich kleineren städtischen Wohnungen.



410 000 mehrköpfige Wohnparteien ohne eigene Wohnung

Die folgende Übersicht zeigt, wieviel Wohnparteien zum Zählungszeitpunkt noch keine eigene Normalwohnung hatten.

Übersicht 5. Die wohnungsmäßige Versorgung der Wohnparteien in Bayern

Gebiet	Wohnparteien					
	insgesamt mit ... Pers.		mit eigener Normalwohnung mit ... Pers.		ohne eigene Normalwohnung mit ... Pers.	
	2 und mehr	1	2 und mehr	1	2 und mehr	1
in Millionen						
Bayern	2.40	0.54	1.99	0.22	0.41	0.32
dav. kreisfreie Städte	0.91	0.25	0.73	0.12	0.18	0.13
Landkreise	1.49	0.29	1.26	0.10	0.23	0.19

Danach verfügten vor gut einem Jahr 410 000 Mehrpersonen-Parteien noch über keine eigene Wohnung. Von den Einzelperson-Wohnparteien wohnten 320 000 vor allem als Untermieter bei den Wohnungsinhaber-Parteien. Wieviel Wohnparteien tatsächlich ausreichend und zufriedenstellend untergebracht sind, ist aus den vorstehenden Zahlen nicht zu entnehmen. Um aber auch hierüber Anhaltspunkte zu gewinnen, ist im Anschluß an die Wohnungsstatistik 1956, im Frühjahr 1957, eine repräsentative Zusatzerhebung im Interviewverfahren durchgeführt worden.

Dr. F. Engel

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 1/1958

Die Wohnverhältnisse bestimmter Bevölkerungsteile in Bayern

Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956

Von den im September 1956 festgestellten 2,94 Millionen Wohnparteien in Bayern waren 0,91 Millionen oder 31 vH Wohnungsgeschädigte. 20 vH aller Wohnparteienvorstände wurden als Vertriebene, 9 vH als Bombengeschädigte gezählt.

Über keine eigene Wohnung verfügten von sämtlichen geschädigten Wohnparteien 37 vH, von den übrigen dagegen rund 19 vH.

Gegenüber 1950 sind die Wohnverhältnisse der Vertriebenen erheblich günstiger geworden.

Zahlreiche Menschen hatten im letzten Kriege oder durch die Kriegsfolgen ihr Zuhause, ihre einstige Wohnung verloren oder aufgeben müssen. Die im September 1956 durchgeführte Wohnungsstatistik gibt nun Aufschluß über die Wohnverhältnisse bestimmter Bevölkerungsteile.

Durch die Zählung wurde festgestellt, ob der Wohnparteienvorstand einen Bundesvertriebenenausweis besaß oder beantragt hatte, oder wo er am 1. September 1939 gewohnt hatte, ob er infolge von Kriegsereignissen um eine eigene Wohnung oder einen Wohnungsteil gekommen war. Diese Angaben ermöglichten die Bildung der folgenden Wohnparteiengruppen:

1. **Vertriebene.** Wohnparteien, deren Vorstand einen Bundesvertriebenenausweis A oder B bereits besaß oder beantragt hatte.
2. **Sowjetzonenflüchtlinge.** Wohnparteien, deren Vorstand einen Bundesvertriebenenausweis C besaß.
3. **Zugewanderte.** Deutsche Wohnparteien, deren Vorstand seinen Wohnsitz am 1. September 1939 im Gebiet der derzeitigen sowjetischen Besatzungszone oder Ostberlin hatte, später in das Bundesgebiet übersiedelte, ohne daß er aus politischen Gründen in eine persönliche Zwangslage geraten, dazu gezwungen war.
4. **Sonstige Wohnungsgeschädigte.** Übrige deutsche Wohnparteien, deren Vorstand infolge der Kriegsereignisse — beispielsweise durch Flieger-

angriffe — eine eigene Wohnung oder als Mieter oder Familienmitglied einen Wohnungsteil verloren hatte.

5. **Nichtwohnungsgeschädigte.** Wohnparteien, deren Vorstand keiner der oben angeführten Gruppen einzuordnen war. Hierzu zählen also auch Wohnparteien, deren Wohnungen im Kriege wohl beschädigt wurden, jedoch weiter bewohnbar blieben. Ebenso umfaßt diese Gruppe evakuierte Wohnparteien, deren damalige Wohnungen nicht zerstört wurden.

Trafen für einen Wohnparteienvorstand zwei Merkmale zu, so ist dieser dennoch zusammen mit seinen Angehörigen nur einmal als Geschädigter ausgewiesen; die Einstufung hierbei wurde in nachstehender Rangfolge vorgenommen: Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge, Zugewanderte, sonstige Wohnungsgeschädigte.

Alle zu einer Wohnpartei gehörenden Personen wurden grundsätzlich nach der Geschädigteneigenschaft des jeweiligen Vorstandes eingereiht. Bei der Darstellung der Zahl der Personen erscheint hier beispielsweise die bayerische Ehefrau eines aus Schlesien geflüchteten Wohnungsinhabers als Familienmitglied eines Vertriebenen, wie auch im umgekehrten Falle die vertriebene Ehefrau eines bayerischen Bauern als Angehörige einer nicht-geschädigten Wohnpartei zählt.

31 vH aller Wohnparteien wohnungsgeschädigt

Von den im Herbst 1956 erfaßten 2,94 Millionen Wohnparteien waren 0,91 Millionen Wohnungsgeschädigte. Es hatten also gut 31 vH aller Wohnparteienvorstände infolge der Kriegsereignisse die damalige Wohnung, den Wohnungsteil oder die Wohnung der Eltern verloren. Weitaus die größte Geschädigtengruppe wurde von den Vertriebenen gebildet. Zu ihr zählten 0,57 Millionen oder rd. 20 vH sämtlicher Wohnparteien. Die Gruppe der sonstigen Wohnungsgeschädigten, deren Heim hauptsächlich durch Fliegerbomben zerstört worden war, umfaßte 0,26 Millionen oder 9 vH aller Wohnparteien. Die restlichen Geschädigten waren rd. 53 000 aus der Sowjetzone zugewanderte Wohnparteien und rd. 17 000 Sowjetzonenflüchtlinge mit ihren Angehörigen.

Übersicht 1. Wohnparteien nach der Zugehörigkeit ihrer Vorstände zu bestimmten Bevölkerungsgruppen in Bayern

Gemeindegroßenklasse (Gemeinden mit . . . Einwohnern)	Wohnparteien insgesamt am 25. Sept. 1956		davon Vorstände									
			Nichtwohnungs- geschädigte		Vertriebene		Sowjetzonen- flüchtlinge		Zugewanderte ^{*)}		Sonstige Woh- nungsgeschädigte	
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
weniger als 50 000	2 067 250	70,3	1 375 950	66,6	459 050	22,2	10 450	0,5	30 550	1,5	191 250	9,2
50 000 bis unter 100 000 . .	165 850	5,6	114 350	68,9	27 700	16,7	1 400	0,8	4 900	3,0	17 500	10,6
100 000 " " 500 000 . . .	316 550	10,8	188 800	59,6	39 500	12,5	2 500	0,9	7 150	2,2	78 600	24,8
500 000 und mehr	390 800	13,3	253 450	64,9	48 250	12,3	2 850	0,7	10 150	2,6	76 100	19,5
Bayern zusammen	2 940 450	100	2 032 550	69,1	574 500	19,5	17 200	0,6	52 750	1,8	263 450	9,0
davon kreisfreie Städte	1 163 350	39,6	754 400	64,8	178 700	15,4	9 400	0,8	29 200	2,5	191 650	16,5
Landkreise	1 777 100	60,4	1 278 150	71,9	395 800	22,3	7 800	0,4	23 550	1,3	71 800	4,1

Die Anteile der einzelnen Geschädigtengruppen in Stadt und Land sind recht unterschiedlich. Die Vertriebenen, die zum erheblichen Teil auch in ihrer Heimat in kleinen Gemeinden gewohnt hatten, sind in den Land-

kreisen häufiger anzutreffen als in den kreisfreien Städten. Die übrigen Geschädigten, vor allem die sonstigen Wohnungsgeschädigten, also hauptsächlich die durch Fliegerangriffe um Haus und Gut gebrachten Bewohner

^{*)} Wohnräume mit 6 und mehr qm einschl. Küchen — ^{*)} Aus der sowjetisch besetzten Zone und Ostberlin Zugewanderte, jedoch ohne Sowjetzonenflüchtlinge.

größerer Städte, überwiegen naturgemäß in den kreisfreien Städten. Insbesondere wurde in den Großstädten ein auffallend hoher Anteil der sonstigen Wohnungsgeschädigten festgestellt: in den Städten mit 100 000 bis 500 000 Einwohnern, wozu das im Krieg stark zerstörte Würzburg und auch Nürnberg zählen, rechnete sich jede vierte Wohnpartei zu dieser Gruppe.

37 vH aller geschädigten Wohnparteien ohne eigene Wohnung

Die Gliederung der unterschiedlichen Wohnparteiengruppen nach ihrer wohnrechtlichen Stellung zeigt, daß sich von 100 nichtgeschädigten Wohnparteienvorständen 42 als Eigentümer — dies beruht auf dem hohen Gewicht der bäuerlichen Wohnparteien — und rd. 39 als Hauptmieter ihrer Wohnungen bezeichnen. Demnach verfügten 81 vH dieser Gruppe über eine eigene Wohnung

und nur 16 vH lebten als Untermieter in Normalwohnungen sowie 3 vH in Notwohnungen oder lagerähnlichen Unterkünften.

Die Wohnparteien der Vertriebenen besaßen weit weniger häufig eine eigene Wohnung: von ihnen war jede zehnte Wohnpartei Wohnungseigentümerin und nahezu jede zweite Hauptmieterin. Jede dritte vertriebene Partei lebte in Untermiete und gut 8 vH waren auf Notwohnungen oder Lager angewiesen. Rund 42 vH der Vertriebenen verfügten demnach noch nicht über eine eigene Wohnung.

Fast die gleichen Wohnverhältnisse wie bei den Vertriebenen waren auch bei den Zugewanderten anzutreffen. Auch sie lebten nur zu 57 vH als Hauptmieter und Eigentümer in einer Normalwohnung. 36 vH von ihnen waren Untermieter in Normalwohnungen und 7 vH Bewohner von Notwohnungen sowie Lagern.

Übersicht 2. Wohnparteiengruppen nach der wohnrechtlichen Stellung in Bayern

Wohnparteiengruppe	Wohnparteien insgesamt am 25. Sept. 1956		davon							
			Eigentümer		Hauptmieter		Untermieter		Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen	
			in Normalwohnungen							
Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	
Nichtwohnungsgeschädigte	2 032 550	69.1	856 350	42.1	785 850	38.7	326 250	16.1	64 100	3.1
Vertriebene	574 500	19.5	57 100	9.9	278 650	48.5	191 450	33.3	47 300	8.2
Sowjetzonenflüchtlinge	17 200	0.6	2 000	11.6	9 650	56.1	4 350	25.3	1 200	7.0
Zugewanderte ¹⁾	52 750	1.8	4 200	8.0	25 600	48.6	19 200	36.4	3 750	7.0
Sonstige Wohnungsgeschädigte	263 450	9.0	39 200	14.9	151 500	57.5	58 150	22.1	14 600	5.5
Wohnparteien zusammen	2 940 450	100	958 850	32.6	1 251 250	42.5	599 400	20.4	130 950	4.5

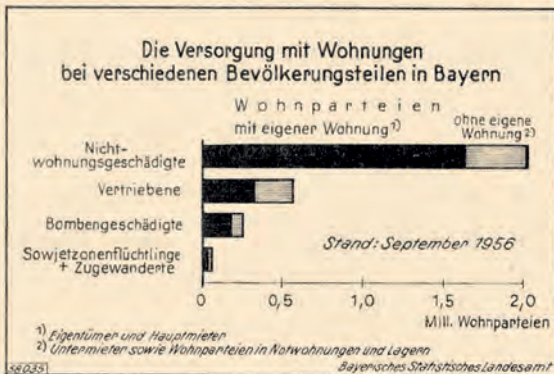
Günstiger war die Wohnungsversorgung bei den Sowjetzonenflüchtlingen; nur ein Drittel von ihnen lebte nicht als Wohnungsinhaber in Normalwohnungen. Noch günstiger lagen die Anteile bei den sonstigen Wohnungsgeschädigten, von denen 27 vH in Untermiete sowie in Notwohnungen und Lagern gezählt wurden.

Im Vergleich der einzelnen Wohnparteiengruppen zueinander sind die Vertriebenen im Verhältnis am stärksten in Notwohnungen und Lagern (8 vH) vertreten, die Zugewanderten am häufigsten als Untermieter (36 vH) anzutreffen, die Nichtwohnungsgeschädigten auch anteilmäßig am meisten in Eigentumswohnungen untergebracht.

ren durchschnittlich kleiner, insbesondere die sicherlich in zahlreichen Fällen aus ursprünglich größeren Familien abgespaltenen Zugewanderten sowie die sonstigen Wohnungsgeschädigten.

Durchschnittliche Zahl der Personen je Wohnpartei bei

	Wohnparteien insgesamt	Eigentümern und Hauptmietern		Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen
		in Normalwohnungen		
Nichtwohnungsgeschädigte	3.2	3.5	2.0	2.7
Vertriebene	2.9	3.4	2.1	2.9
Sowjetzonenflüchtlinge	2.9	3.4	1.9	2.8
Zugewanderte	2.6	3.2	1.7	2.7
Sonstige Wohnungsgeschädigte	2.7	3.0	1.8	2.6
Wohnparteien zus.	3.1	3.4	2.0	2.7



Geschädigte Wohnpartei kleiner als nichtgeschädigte

Im Zusammenhang mit den soeben aufgezeigten Verhältnissen ist die durchschnittliche Zahl der Personen je Wohnpartei in den einzelnen Gruppen recht aufschlußreich.

Die Eigentümer- und Hauptmietparteien wiesen in allen Gruppen normalerweise die meisten Mitglieder auf. An der Spitze lagen die vom allgemeinen Umschichtungsprozeß in den vergangenen Jahren verhältnismäßig am wenigsten betroffenen Nichtwohnungsgeschädigten. Die geschädigten Wohnparteien mit eigenen Wohnungen wa-

ren durchschnittlich größer, insbesondere die sicherlich im Durchschnitt mit gut zwei Personen die größten Wohnparteien. In allen anderen Gruppen waren die Parteien in dieser wohnrechtlichen Stellung kleiner, vor allem die viel häufiger als Einzeluntermieter untergekommenen Zugewanderten und sonstigen Wohnungsgeschädigten.

Die in Notwohnungen und Lagern lebenden Wohnparteien waren durchschnittlich größer als die in Untermiete, jedoch kleiner als die Wohnungsinhaberparteien. Sie dürften zu einem bedeutenden Teil aus Familienbeständen haben, die noch zu keiner eigenen Normalwohnung gelangten oder auch wegen ihrer Größe kein Unterkommen als Untermieter fanden. Im Durchschnitt am meisten Personen dieser Wohnparteiart wurden bei Vertriebenen festgestellt.

Wohnverhältnisse der Vertriebenen gegenüber 1950 gebessert

Die wohnungsmäßige Unterbringung der Vertriebenen wurde erstmals bei der Zählung der Gebäude und Woh-

¹⁾ Aus der sowjetisch besetzten Zone und Ostberlin Zugewanderte, jedoch ohne Sowjetzonenflüchtlinge.

Übersicht 3. Verbesserung der Wohnverhältnisse der Vertriebenen in Bayern

Zählungstichtag	Wohnparteiengruppe	Wohnparteien insgesamt		davon lebten					
				in Normalwohnungen als				außerhalb von Normalwohnungen	
		Eigentümer und Hauptmieter		Untermieter					
Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
25. September 1956	Nichtvertriebene	2 365 950	80.5	1 874 350	79.2	407 950	17.2	83 650	3.6
	Vertriebene	574 500	19.5	335 750	58.5	191 450	33.3	47 300	8.2
	Zusammen	2 940 450	100	2 210 100	75.1	599 400	20.4	130 950	4.5
13. September 1950	Nichtvertriebene	2 248 250	78.5	1 581 150	70.3	600 900	26.7	66 200	3.0
	Vertriebene	617 300	21.5	130 350	21.1	417 800	67.7	69 150	11.2
	Zusammen	2 865 550	100	1 711 500	59.7	1 018 700	35.5	135 350	4.8

nungen im Herbst 1950 ermittelt. Allerdings gab es damals noch keinen Bundesvertriebenenausweis, sondern lediglich einen Landes-Flüchtlingsausweis, so daß ein Vergleich der 1950 festgestellten absoluten Zahl über die vertriebenen Wohnparteienvorstände mit der der Wohnungsstatistik 1956 nur angenähert möglich ist.

Danach haben in Bayern die Vertriebenen in genau 6 Jahren um 43 000 Wohnparteien abgenommen. Während sich 1950 noch rd. 22 vH aller Wohnparteien als Vertriebene bezeichneten, waren es 1956 nur noch knapp 20 vH. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf die Abwanderung in andere Bundesländer zurückzuführen und dürfte nur in geringem Maße im Verzicht auf Erlangung des Bundesvertriebenenausweises zu suchen sein.

Im Jahre 1950 waren nur 21 vH aller vertriebenen Wohnparteien Inhaber einer eigenen Wohnung, 68 vH Untermieter und 11 vH Bewohner in Notwohnungen und Lagern. 1956 dagegen verfügten bereits rd. 59 vH dieser Gruppe über eine eigene Wohnung, nur jede dritte Wohnpartei lebte in Untermiete und lediglich 8 vH wohnten in behelfsmäßigen Unterkünften.

In den 6 Jahren, in denen auch die Wohnverhältnisse der nicht zu den Vertriebenen zählenden Wohnparteien günstiger geworden sind, haben gut 200 000 vertriebene Wohnparteien eine eigene Wohnung erhalten und damit im Vergleich zu ihrer Unterbringung im Herbst 1950 eine erhebliche Verbesserung erzielt.

Dr. F. Engel

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 2/1958

Die Wohnungsstruktur in Bayern

Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956

Von den im Herbst 1956 gezählten 2.2 Millionen Normalwohnungen in Bayern sind 57 vH Mietwohnungen und 43 vH Eigentümerwohnungen. 42 vH aller Wohnungen wurden in Mehrfamilienhäusern, 40 vH in Ein- und Zweifamilienhäusern, 17 vH in Bauernhäusern festgestellt.

Jede zweite Wohnung ist bereits vor dem 1. Weltkrieg entstanden, jede 4. Wohnung dagegen wurde

Mit der allgemeinen Wohnungsstatistik am 25. September 1956 war eine 10⁰/₁₀ige Repräsentativerhebung in der Weise verbunden, daß in jeder zehnten Wohnung außer den wenigen überall gezählten Merkmalen noch weitere Tatsachen, insbesondere über die Wohnungsnutzung erfaßt wurden; in ganz Bayern sind rd. 222 500 Normalwohnungen oder genau 10 vH des Gesamtbestandes in die erweiterte Erhebung gefallen. Diese systematisch ausgewählten Wohnungen geben für größere Verwaltungsbereiche ein getreues Abbild des Ganzen; sie spiegeln die Eigenheiten der regionalen Struktur um so genauer im echten Verhältnis wider, je größer die gewonnenen Zahlen sind.

In den Übersichten sind die absoluten Werte der repräsentativen Erhebung verzehnfacht, um der Wirklichkeit entsprechende, gebrauchsfertige Ergebnisse zu erzielen.

Gut die Hälfte aller Wohnungen sind Mietwohnungen

Von den in Bayern gezählten 2 225 000 Normalwohnungen waren rd. 57 vH Mietwohnungen und 43 vH Eigentümerwohnungen. Für die Inhaber von 25 000 Miet-

nach der Währungsreform gebaut, 10 vH aller Wohnungen sind mit öffentlichen Mitteln gefördert worden.

Die Hälfte der Eigentümerwohnungen umfaßt 5 und mehr Räume, bei den Mietwohnungen dagegen überwiegen die Wohnungen mit 3 Räumen.

wohnungen bestand ein im Grundbuch eingetragenes Dauerwohnrecht, so daß diese Wohnungen nach dem Nutzungscharakter den Eigentümerwohnungen gleichzustellen sind. Von den Eigentümerwohnungen waren rd. 11 000 im Eigentumsrecht erworben; ihre Inhaber besitzen das Sondereigentum an der Wohnung, das Miteigentum am Grundstück und den gemeinsam benutzten Teilen des Hauses.

In den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern, wo naturgemäß die Bauernwohnungen weitaus überwiegen, betrug der durchschnittliche Anteil an Eigentümerwohnungen rd. 71 vH. Gemeinden zwischen 2 000 und 5 000 Einwohnern enthielten zur Hälfte, die Großstädte nur 15 vH Eigentümerwohnungen. Die Häufigkeit der Eigentümerwohnungen geht mit zunehmender Gemeindegröße stetig zurück. Die im Eigentumsrecht erworbenen Wohnungen erreichten in der obersten Gemeindegrößenklasse, in München, den höchsten (0.7 vH des dortigen Bestandes) und auf dem Lande den niedrigsten Anteil (0.3 vH). Die im Dauerwohnrecht vergebenen Mietwohnungen sind am häufigsten in den Mittelstädten anzutreffen.

Übersicht I. Die Wohnungen in Bayern nach dem Besitzverhältnis

Gemeindegroßenklasse Gemeinden mit ... Einwohnern	Normalwohnungen insgesamt		davon							
			Eigentümerwohnungen				Mietwohnungen ²⁾			
			insgesamt		dar. im Wohnungseigentum ¹⁾		insgesamt		dar. im Dauerwohnrecht	
			Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1
weniger als 2 000	784 290	35.3	554 620	70.7	2 450	0.3	229 670	29.3	6 630	0.8
2 000 bis unter 5 000	306 460	13.8	151 200	49.4	1 930	0.6	155 260	50.6	4 290	1.4
5 000 " " 20 000	341 580	15.3	121 850	35.7	2 000	0.6	219 730	64.3	5 040	1.5
20 000 " " 50 000	159 760	7.2	38 060	23.8	820	0.5	121 700	76.2	2 630	1.6
50 000 " " 100 000	125 310	5.6	23 470	18.7	580	0.5	101 840	81.3	1 890	1.5
100 000 " " 500 000	234 540	10.5	34 590	14.7	1 370	0.6	199 950	85.3	2 230	1.0
500 000 und mehr	273 010	12.3	40 040	14.7	1 800	0.7	232 970	85.3	2 320	0.8
Bayern zusammen	2 224 950	100	963 830	43.3	10 950	0.5	1 261 120	56.7	25 030	1.1

¹⁾ Sondereigentum an der Wohnung gemäß Wohnungseigentumsgesetz vom 15. März 1951. — ²⁾ Einschl. Dienst- und Werkwohnungen, Berufs- und Geschäftsmietwohnungen sowie Mietwohnungen ohne Mietanzagen.

40 vH der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern

Eine Gliederung der Wohnungen nach Gebäuden, in denen sie gezählt wurden, zeigt, daß im Landesdurchschnitt rd. 42 vH aller Wohnungen in Wohngebäuden mit 3 und mehr Wohnungen, also in Mehrfamilienhäusern lagen. Etwas weniger, rd. 40 vH, befanden sich in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen, demnach in Ein- und Zweifamilienhäusern. 17 vH der Wohnungen wurden in Bauernhäusern und die restlichen knappen 2 vH in Nichtwohngebäuden festgestellt.

In den Mehrfamilienhäusern, der typischen Gebäudeart für Mietwohnungen, war jede 11. eine Eigentümerwohnung. Die Wohnungen in den Ein- und Zweifami-

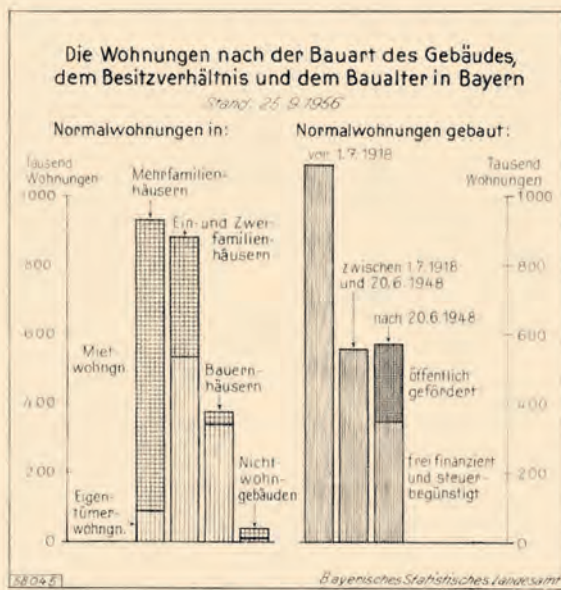
lienhäusern wurden zu rd. 61 vH von den Eigentümern bewohnt. Die Bauernhäuser, die grundsätzlich in jedem Falle eine Eigentümerwohnung enthielten, hatten zum Teil weitere, Hauptmietern überlassene Wohnungen: jede 10. in dieser Gebäudeart gelegene Wohnung wurde als Mietwohnung gezählt. Die in Nichtwohngebäuden festgestellten Wohnungen waren zu 17 vH Eigentümerwohnungen. Dieser verhältnismäßig hohe Anteil ist auf die Einbeziehung der Gasthäuser und Hotels, in denen meistens auch der jeweilige Eigentümer wohnt, in diese Gebäudeart zurückzuführen. Die meisten im Wohnungseigentum befindlichen Wohnungen wie auch die Mietwohnungen im Dauerwohnrecht wurden in Ein- und Zweifamilienhäusern festgestellt.

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 3/1958

Übersicht 2. Die Wohnungen nach dem Besitzverhältnis und der Gebäudeart in Bayern

Gebäudeart	Normalwohnungen insgesamt		davon							
			Eigentümerwohnungen				Mietwohnungen ²⁾			
	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1
Wohnungen in Wohngebäuden mit 3 und mehr Wohnungen	928 680	41.8	85 910	9.3	4 960	0.5	842 770	90.7	11 790	1.3
Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	879 550	39.6	532 400	60.5	5 810	0.7	347 150	39.5	13 000	1.5
Bauernhäusern	377 220	17.0	338 710	89.8			38 510	10.2		
Nichtwohngebäuden	39 500	1.8	6 810	17.3	180	0.5	32 690	82.7	240	0.6
Bayern zusammen	2 224 950	100	963 830	43.3	10 950	0.5	1 261 120	56.7	25 030	1.1

¹⁾ Sondereigentum an der Wohnung gemäß Wohnungseigentumsgesetz vom 15. März 1951. — ²⁾ Einschl. Dienst- und Werkwohnungen, Berufs- und Geschäftsmietwohnungen sowie Mietwohnungen ohne Mietangaben.



In den Städten 77 vH sämtlicher Wohnungen in Mehrfamilienhäusern

Die Verteilung der Wohnungen auf die einzelnen Gebäudearten ist in Stadt und Land recht unterschiedlich, wie die folgende Aufstellung veranschaulicht:

Von 100 Wohnungen in Gemeinden

	mit 20 000 und mehr Einwohner	unter 20 000 Einwohner
entfielen auf		
Mehrfamilienhäuser	76.8	22.3
Ein- und Zweifamilienhäuser	20.8	49.9
Bauernhäuser	0.7	26.0
Nichtwohngebäude	1.7	1.8

In den größeren Städten befanden sich rd. 77 vH aller Normalwohnungen in meist vielgeschossig gebauten Mehrfamilienhäusern und immerhin ein Fünftel in Ein- und Zweifamilienhäusern. Bei Gemeinden unter 20 000 Einwohnern wurde die Masse der Wohnungen, nämlich rd. die Hälfte in Ein- und Zweifamilienhäusern, gut ein Viertel in Bauernhäusern und nur ein reichliches Fünftel in größeren Wohnhäusern gezählt.

Jede 4. Wohnung nach der Währungsreform gebaut

Rund die Hälfte aller Wohnungen Bayerns ist schon vor Ende des 1. Weltkrieges gebaut worden. Die übrigen entstanden zu gleichen Teilen zwischen 1918 und der Währungsreform 1948 sowie nach der Währungsreform.

Übersicht 3. Die Wohnungen in Bayern nach dem Baualter

Regierungsbezirk bzw. Gemeindegrößenklasse	Normalwohnungen insgesamt		davon gebaut							
			vor dem 1. Juli 1918		zwischen 1. Juli 1918 und 20. Juni 1948		nach dem 20. Juni 1948			
	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1
Oberbayern	630 160	28.3	265 360	42.1	183 390	29.1	181 410	28.8	65 820	10.4
Niederbayern	221 110	10.0	126 510	57.2	48 780	22.1	45 820	20.7	13 280	6.0
Oberpfalz	208 490	9.4	101 480	48.7	55 130	26.4	51 880	24.9	18 020	8.6
Oberfranken	263 230	11.8	140 660	53.4	67 940	25.8	54 630	20.8	21 830	8.3
Mittelfranken	337 540	15.2	167 040	49.5	78 800	23.3	91 700	27.2	44 880	13.3
Unterfranken	252 140	11.3	126 300	50.1	59 530	23.6	66 310	26.3	25 500	10.1
Schwaben	312 280	14.0	167 390	53.6	65 560	21.0	79 330	25.4	33 190	10.6
Bayern zusammen	2 224 950	100	1 094 740	49.2	559 130	25.1	571 080	25.7	222 520	10.0
Gemeinden mit										
Einwohnern										
weniger als 2 000	783 400	35.2	483 890	61.8	165 630	21.1	133 880	17.1	18 910	2.4
2 000 bis unter 5 000	307 710	13.8	142 170	46.2	80 990	26.3	84 550	27.5	26 650	8.7
5 000 " " 20 000	341 070	15.3	143 980	42.2	97 890	28.7	99 200	29.1	44 280	13.0
20 000 " " 50 000	160 060	7.2	71 640	44.8	40 660	25.4	47 760	29.8	27 660	17.3
50 000 " " 100 000	125 100	5.6	58 540	46.8	33 610	26.9	32 950	26.3	18 380	14.7
100 000 " " 500 000	234 590	10.6	91 010	38.8	58 180	24.8	85 400	36.4	49 340	21.0
500 000 und mehr	273 020	12.3	103 510	37.9	82 170	30.1	87 340	32.0	37 300	13.7

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 3/1958

Die höchsten Anteile an Neubauwohnungen haben die Regierungsbezirke Oberbayern (28.8 vH) und Mittelfranken (27.2 vH) aufzuweisen, die niedrigsten die beiden Regierungsbezirke ohne Großstädte, Niederbayern (20.7 vH) und Oberfranken (20.8 vH). In den ländlichen Gemeinden machten die Neubauwohnungen 17 vH des dortigen Wohnungsbestandes aus, in den Großstädten bereits nahezu ein Drittel.

10 vH der Wohnungen öffentlich gefördert

Im Landesdurchschnitt ist jede zehnte Wohnung als öffentlich gefördert festgestellt worden. Die Anteile an Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues unterscheiden sich in den einzelnen Regierungsbezirken erheblich. In Mittelfranken wurden gut 13 vH aller dortigen Wohnungen mit öffentlichen Bauloanen geschaffen. Es folgen Schwaben, Oberbayern und Unterfranken mit je rd. 10 vH. Den geringsten Anteil hat mit 6 vH Niederbayern aufzuweisen. Betrachtet man die Gemeindegrößenklassen des gesamten Landes, dann zeigt sich, daß in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern nur 2.4 vH aller Normalwohnungen mit öffent-

licher Förderung entstanden, in den 4 Großstädten Nürnberg, Augsburg, Regensburg und Würzburg zusammen betrug dieser Anteil 21 vH.

Mehr Neubau von Mietwohnungen

Das Baualter der nach dem Besitzverhältnis gruppierten Wohnungen weicht erheblich voneinander ab. Während von den Eigentümerwohnungen nur jede 5. nach der Währungsreform gebaut worden ist, betrug der Anteil der neugebauten Mietwohnungen 30 vH. Die Altersstruktur der Mietwohnungen im Dauerwohnrecht unterscheidet sich nur wenig von den eigentlichen Mietwohnungen; bei dieser Wohnungsart sind die Wohnungen jüngeren Baualters etwas stärker vertreten. Der überwiegende Teil, nämlich 40 vH der im Wohnungseigentum befindlichen Wohnungen dagegen ist erst nach der Währungsreform entstanden. Mit öffentlicher Förderung wurden in Bayern in 8 Jahren nach der Währungsreform rd. 194 800 Mietwohnungen und 27 700 Eigentümerwohnungen gebaut. Demnach sind öffentliche Mittel für den Bau von nahezu 16 vH aller Mietwohnungen und knapp 3 vH sämtlicher Eigentümerwohnun-

Übersicht 4. Die Wohnungen in Bayern nach dem Baualter und Besitzverhältnis

Besitzverhältnis	Normal- wohnungen insgesamt	davon gebaut							
		vordem 1. Juli 1918		zwischen 1. Juli 1918 und 20. Juni 1948		nach dem 20. Juni 1948			
						insgesamt		dar. öffentlich gefördert	
		Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1	Zahl	vH v. Sp. 1
Eigentümerwohnungen	963 830	518 320	53.8	254 300	26.4	191 210	19.8	27 690	2.9
dar. im Wohnungseigentum ¹⁾	10 950	3 920	35.8	2 660	24.3	4 370	39.9	1 220	11.1
Mietwohnungen	1 261 120	576 420	45.7	304 830	24.2	379 870	30.1	194 830	15.4
dar. im Dauerwohnrecht	25 030	11 020	44.0	6 200	24.8	7 810	31.2	4 150	16.6
Bayern zusammen	2 224 950	1 094 740	49.2	559 130	25.1	571 080	25.7	222 520	10.0

gen gegeben worden. Von den im Wohnungseigentum befindlichen Wohnungen erhielten 11 vH öffentliche Bauzuschüsse.

Zahl der Räume ²⁾	Eigentümer- wohnungen insgesamt	Wohnungen im Woh- nungs- eigentum ¹⁾	Miet- wohnungen insgesamt	Miet- wohnungen im Dauer- wohnrecht
1	0.6	1.6	2.0	2.6
2	5.8	21.8	23.6	25.1
3	18.5	36.6	38.0	38.6
4	24.0	25.2	23.7	22.3
5 und mehr	51.1	14.8	12.7	11.4

Die durchschnittlichen Größen der nach dem Besitzverhältnis unterschiedenen Wohnungen für Bayern insgesamt zeigt die nebenstehende Aufstellung.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Eigentümerwohnungen durchschnittlich mit weitem Abstand größer sind als die Mietwohnungen. Gut die Hälfte der Eigentümerwohnungen enthielt 5 und mehr Räume. Bei den im Wohnungseigentum befindlichen Wohnungen traten die dreiräumigen Wohnungen am häufigsten auf (rd. 37 vH). Auch bei den Mietwohnungen lag der Schwerpunkt auf Wohnungen mit 3 Räumen (38 vH). Eine sehr ähnliche Größenstruktur wie die Mietwohnungen insgesamt wiesen auch die Mietwohnungen im Dauerwohnrecht auf.

Dr. F. Engel.

¹⁾ Sondereigentum an der Wohnung gemäß Wohnungseigentumsgesetz vom 15. März 1951. — ²⁾ Räume mit 6 und mehr qm einschließlich Küche.

Die Wohnungsbelegung in Bayern

Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956

Von den im Herbst 1956 erfaßten 2 225 000 Normalwohnungen waren über die Hälfte (rd. 52 vH) mit 4 und mehr Personen bewohnt. Von einer Person waren rd. 6 vH der Wohnungen bewohnt. Knapp 1 vH aller Wohnungen stand vorübergehend leer.

In den bis 4 Personen belegten Wohnungen entfiel auf jede Person im Durchschnitt mindestens 1 ganzer Raum.

2 und mehr Haushalte je Wohnung wurden in rd. 22 vH sämtlicher Wohnungen ermittelt.

Die mit der allgemeinen Wohnungsstatistik 1956 verbundene 10%ige Repräsentativerhebung gibt Aufschluß über die Belegung der nach dem Besitzverhältnis und der Art des dazugehörigen Gebäudes unterschiedenen Wohnungen mit Haushalten und Personen. Die wichtigsten Ergebnisse hierüber sind in dem folgenden Überblick zusammengestellt. Die absoluten Werte der repräsentativen Erhebung erscheinen hier verzehnfacht, um dem Leser der Wirklichkeit entsprechende, gebrauchsfertige Ergebnisse vor Augen zu führen.

Die Belegung der Wohnungen mit Personen unabhängig von der Trennung nach Haushalten zeigt folgende Verhältnisse: in 5.6 vH sämtlicher Normalwohnungen lebten alleinstehende Personen, in 19 vH lebten 2 Per-

sonen, in gut jeder zweiten Wohnung 4 und mehr Personen. Gliedert man die Wohnungen nach der Größe in Verbindung mit der Belegungsichte, so ergibt sich, daß 58 vH aller von alleinstehenden Personen bewohnten Wohnungen 1 oder 2 Räume, die übrigen 42 vH dagegen 3 und mehr Räume aufwiesen. Nur mit einem einzigen Raum ausgestattet war jede zehnte von Einzelpersonen bewohnte Wohnung. Die mit 2 Personen belegten Wohnungen umfaßten zu 42 vH 3 Räume und zu 26 vH 4 und mehr Räume. Mit zunehmender Zahl der Personen je Wohnung erhöhte sich der Anteil an Wohnungen mit 5 und mehr Räumen wesentlich. Hierzu ist zu bemerken, daß nur bewohnte Zimmer mit mindestens 6 qm Wohnfläche und Küchen als Räume aufgeführt worden sind, dagegen nicht Kammern unter 6 qm sowie Nebenräume wie z. B. Dielen, fensterlose Räume, Badezimmer. Eine Wohnung konnte demnach außer den hier angegebenen Räumen auch noch zum Wohnen geeignete Kammern enthalten. Ferner ist zu erwähnen, daß in der Wohnungsstatistik stets die wohnberechtigten Personen erscheinen, also all die Personen, die das Wohnrecht in der jeweiligen Wohnung hatten. Es mußten demnach nicht immer alle angeführten Personen tatsächlich in der betrachteten Wohnung leben. So konnten beispielsweise in Ausbildung befindliche größere Kinder an einem anderen Ort wohnen und dennoch als Wohnberechtigte in der elterlichen Wohnung mitgezählt sein.

Übersicht 1. Die Belegung der nach der Raumzahl und dem Besitzverhältnis unterschiedenen Normalwohnungen in Bayern 1956

Personen je Wohnung	Normalwohnungen ¹⁾		davon mit . . . Räumen ²⁾								Durchschnittliche Zahl der Räume ²⁾ je Wohnung
			1 und 2		3		4		5 und mehr		
	insgesamt	vH	Zahl	vH von Sp. 1	Zahl	vH von Sp. 1	Zahl	vH von Sp. 1	Zahl	vH von Sp. 1	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Eigentümerwohnungen											
0	5 030	0.5	1 040	20.7	2 100	41.8	1 320	26.2	570	11.3	3.4
1	35 920	3.6	14 280	39.8	13 010	36.2	5 670	15.8	2 960	8.2	2.9
2	124 770	12.6	21 000	16.8	48 440	38.8	34 330	27.5	21 000	16.9	3.5
3	176 000	17.8	11 790	6.7	48 680	27.7	59 290	33.7	56 240	31.9	4.1
4	193 070	19.6	7 580	3.9	35 660	18.5	56 960	29.5	92 870	48.1	4.6
5	164 610	16.7	3 760	2.3	19 170	11.6	39 040	23.7	102 640	62.4	5.1
6	117 950	12.0	1 940	1.6	9 390	8.0	22 540	19.1	84 080	71.3	5.5
7 und mehr	169 560	17.2	1 360	0.8	6 430	3.8	17 960	10.6	143 810	84.8	6.5
Zusammen	986 910	100	62 750	6.4	182 880	18.5	237 110	24.0	504 170	51.1	4.8
Mietwohnungen											
0	9 820	0.8	2 990	30.4	4 440	45.2	1 970	20.1	420	4.3	3.0
1	88 000	7.1	57 920	65.8	23 110	26.3	5 360	6.1	1 610	1.8	2.3
2	300 790	24.3	115 770	38.5	128 120	42.6	45 190	15.0	11 710	3.9	2.8
3	336 320	27.2	79 820	23.8	147 010	43.7	85 470	25.4	24 020	7.1	3.2
4	248 150	20.0	38 430	15.5	98 160	39.6	76 040	30.6	35 520	14.3	3.5
5	130 780	10.6	13 930	10.6	42 810	32.7	42 860	32.8	31 180	23.9	3.8
6	63 080	5.1	4 980	7.9	16 490	26.1	20 600	32.7	21 010	33.3	4.2
7 und mehr	61 100	4.9	2 860	4.6	10 480	17.2	15 410	25.2	32 350	53.0	5.0
Zusammen	1 238 040	100	316 700	25.6	470 620	38.0	292 900	23.7	157 820	12.7	3.3
Alle Wohnungen											
0	14 850	0.7	4 030	27.1	6 540	44.0	3 290	22.2	990	6.7	3.1
1	123 920	5.6	72 200	58.3	36 120	29.1	11 030	8.9	4 570	3.7	2.5
2	425 560	19.1	136 770	32.2	176 560	41.5	79 520	18.7	32 710	7.6	3.0
3	512 320	23.0	91 610	17.9	195 690	38.2	144 760	28.3	80 260	15.6	3.5
4	441 220	19.8	46 010	10.4	133 820	30.3	133 000	30.2	128 390	29.1	4.0
5	295 390	13.3	17 690	6.0	61 980	21.0	81 900	27.7	133 820	45.3	4.5
6	181 030	8.1	6 920	3.8	25 880	14.3	43 140	23.8	105 090	58.1	5.0
7 und mehr	230 660	10.4	4 220	1.8	16 910	7.3	33 370	14.5	176 160	76.4	6.1
Zusammen	2 224 950	100	379 450	17.2	653 500	29.3	530 010	23.8	661 990	29.7	4.0

¹⁾ Die absoluten Ergebnisse der 10-vH-Erhebung sind hochgerechnet. — ²⁾ Wohnräume mit 6 und mehr qm einschließlich Küche.

Die unterschiedliche Belegungsdichte der Wohnungen ist recht anschaulich an der durchschnittlichen Zahl der Räume je Wohnung abzulesen. Die von alleinstehenden Personen bewohnten Wohnungen enthielten im Durchschnitt 2,5 Räume, das bedeutet, eine Person verfügte über 2 1/2 Räume. Die mit zwei Personen belegten Wohnungen bestanden im Landesdurchschnitt aus 3 Räumen. Auch in diesen Fällen verfügte jede Person über mehr als einen Raum. Ebenso traf bei den mit 3 Personen besetzten Wohnungen auf jede Person etwas mehr als 1 Raum. Danach erst setzt die Umkehrung ein: die Wohnungen, in denen 5 und mehr Personen wohnten, enthielten keinen ganzen Raum für jede Person.

Gruppiert man die Wohnungen nach dem Besitzverhältnis, so zeigt sich als Ergebnis, daß die durchschnittlich größeren Eigentümerwohnungen mehr Personen je Wohnung faßten als die in der Regel kleineren Mietwohnungen. Von sämtlichen Eigentümerwohnungen waren 3,6 vH mit alleinstehenden Personen besetzt, bei den Mietwohnungen dagegen betrug der entsprechende Anteil 7,1 vH. Nahezu jede zweite Eigentümerwohnung diente 5 und mehr Personen als Unterkunft, bei den Mietwohnungen dagegen nur jede fünfte.

Die in Eigentümerwohnungen lebenden Personen verfügten durchschnittlich über mehr Wohnräume als die in Mietwohnungen. Während bei Eigentümerwohnungen bis zu einer Belegung mit 5 Personen auf jede Person mehr als ein Raum entfiel, traf dies bei den Mietwohnungen nur bis zu einer Belegung mit 3 Personen zu.

Die Eigentümer- sowie Mietwohnungen sind in der Hauptsache in Mehrfamilien-, Einfamilien- und Bauernhäusern gezählt worden. Über die Häufigkeit der festgestellten Gebäudearten geben die folgenden Zahlen Aufschluß:

Von den erfaßten Wohnungen insgesamt lagen

in	Zahl	vH
Mehrfamilienhäusern	928 680	41,7
Einfamilienhäusern	879 550	39,5
Bauernhäusern	377 220	17,0
Nichtwohngebäuden	39 500	1,8

Die Zahl der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern überstieg die der in Einfamilienhäusern nur um rd. 50 000. Die Bauernhäuser umfaßten 17 vH aller Wohnungen. Die Nichtwohngebäude, die naturgemäß nur wenige Wohnungen enthielten, fielen kaum ins Gewicht. Die Belegung dieser nach Gebäudearten gruppierten Wohnungen ist recht unterschiedlich.

Von je 100 bewohnten Wohnungen waren

belegt mit	Mehrfamilien-	Einfamilien-	Bauern-
	in		
	häusern		
1 Person	7,8	5,0	1,8
2 bis 4 Personen	72,9	61,8	37,9
5 und mehr Personen	19,3	33,2	60,3

Während in den Mehrfamilienhäusern die Mietwohnungen weit überwiegen, herrschen in den Bauernhäusern und auch in den Einfamilienhäusern die Eigentümerwohnungen vor. Dementsprechend ergeben sich ähnliche Belegungsverhältnisse, wie dies bereits weiter oben bei den nach Besitzverhältnissen unterschiedenen Wohnungen zum Ausdruck kommt. Fast drei Viertel aller Wohnungen in Mehrfamilienhäusern waren mit 2 bis 4 Personen belegt, nahezu 8 vH mit einer einzelnen Person. Im Gegensatz dazu wurden in 60 vH sämtlicher Bauernwohnungen 5 und mehr Personen gezählt und in nur knapp 2 vH alleinstehende Personen. Die in Einfamilienhäusern befindlichen Wohnungen haben eine ausgeglichene Belegungsverteilung aufzuweisen.

Über die Größe der Wohnungen in Abhängigkeit zu den darin untergebrachten Personen haben sich folgende Werte ergeben:

Es waren an Räumen je Wohnung

belegt mit	Mehrfamilien-	Einfamilien-	Bauern-
	in		
	häusern		
1 Person	2,4	2,7	2,8
2 bis 4 Personen	3,2	3,7	4,3
5 und mehr Personen	4,2	5,1	5,9
Zusammen	3,3	4,1	5,3

Die aufgelockertste Belegung ist in den Bauernhäusern festgestellt worden. Die in den Einfamilienhäusern auf eine Person entfallende Raumzahl war dagegen bemerkenswert niedriger. Die höchste Dichte zeigte sich jedoch in den Mehrfamilienhäusern.

In dem bisher gegebenen Überblick sind die Belegungen mit Personen je Wohnung ohne Berücksichtigung der Haushaltsabgrenzung dargestellt. Lebt ein Haushalt allein in der Wohnung, dann wird eher ein engeres Zusammenwohnen der miteinander verbundenen Mitglieder möglich sein als zwischen Personen, die verschiedenen Haushalten angehören. Hierüber ergab die Erhebung folgendes:

Von je 100 bewohnten Wohnungen waren

belegt mit	Mehr-	Ein-	Bauern-	Gebäuden
	in			
	familien-	familien-	häusern	insgesamt
	häusern	häusern		
1 Haushalt	80,1	75,8	78,7	78,2
2 und mehr Haushalten	19,9	24,2	21,3	21,8

In rd. 22 vH aller Wohnungen war neben dem Wohnungsinhaber-Haushalt mindestens ein weiterer Haushalt untergebracht. Die zweite Wohnpartei, der als Untermieter ein oder mehrere Zimmer der Wohnung zur Verfügung standen, konnte aus einigen Mitgliedern oder aus nur einer Person bestehen. Die durchschnittlich kleineren Mehrfamilienhaus-Wohnungen boten nicht so häufig mehreren Haushalten eine gemeinsame Unterkunft wie die Bauernhaus-Wohnungen und insbesondere die Einfamilienhaus-Wohnungen. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu bemerken, daß der weitere Haushalt in der Wohnung mit einem Mitglied der Wohnungsinhaberpartei verwandt sein konnte. Nicht selten ist der Bruder, die Schwiegermutter oder ein erwachsener Nachkomme des Wohnungsinhabers als Untermieter bezeichnet worden.

Gliedert man die nur von einem Haushalt bewohnten Wohnungen aus und ermittelt sodann für die getrennten Gruppen die Belegungsverhältnisse, so ergibt sich folgendes Bild:

Von 100 Wohnungen insgesamt waren

belegt mit	bewohnt von	
	1 Haushalt	2 und mehr Haushalten
1 Person	7,2	-
2 Personen	22,7	6,8
3 "	25,2	15,9
4 "	20,4	18,2
5 und mehr Personen	24,5	59,1

Bei der ersten Gruppe — nur von einem Haushalt bewohnte Wohnungen — waren gut 7 vH von einer alleinstehenden Person belegt. Der größte Teil, nämlich jede 4. Wohnung, beherbergte einen aus 3 Personen bestehenden Haushalt. Dagegen sind wesentlich andere Belegungsverhältnisse bei der zweiten Wohnungsgruppe zu beobachten: fast 7 vH waren mit 2 Einperson-Haushalten belegt, 16 vH mit 1 Zweipersonen- und 1 Einperson-Haushalt oder mit 3 Einperson-Haushalten. Weit über die Hälfte dieser Wohnungsgruppe jedoch bot 5 und mehr Personen eine Unterkunft.

Die Zahl der Räume je Wohnung steigt nicht nur mit der Zahl der untergebrachten Personen, sondern ebenso auch mit der Zahl der Haushalte, wie die folgenden Werte zeigen:

Es waren an Räumen je Wohnung

belegt mit	von 1 Haushalt	von 2 und mehr
	bewohnt	
	bewohnt	
1 Person	2,5	-
2 Personen	3,0	3,4
3 "	3,1	3,9
4 "	3,9	4,4
5 und mehr Personen	4,8	5,6
Zusammen	3,7	5,0

Die Belegungsdichte unterschied sich wesentlich bei Wohnungen, die nur einem Haushalt als Unterkunft dienten, von solchen, in denen mehrere Haushalte untergebracht waren. Bei sonst gleicher Personenzahl entfiel in Wohnungen, die von mehreren Haushalten bewohnt waren, auf eine Person mehr Wohnraum als bei der ersten Gruppe. Die Mitglieder eines Haushaltes — in

der Regel die Familie — wohnten enger zusammen als die zu verschiedenen Haushalten gehörenden Personen. Die vorstehenden Betrachtungen bezogen sich bisher auf den Landesdurchschnitt. Im folgenden sollen nun einige wenige Ergebnisse auch die Belegungsverhältnisse in den Gemeindegrößenklassen andeuten.

Übersicht 2. Die Belegungsverhältnisse in den Gemeindegrößenklassen Bayerns 1956

Gemeindegrößenklasse (Gemeinden mit ... Einwohnern)	Von 100 bewohnten Wohnungen insgesamt waren belegt mit ... Personen			Durchschnittliche Zahl der Räume je Wohnung bei Wohnungen, die mit ... Personen belegt waren			
	1	2 bis 4	5 und mehr	1	2 bis 4	5 und mehr	Zus.
	weniger als 2 000	3.6	50.0	46.4	2.7	3.8	5.5
2 000 b. unt. 5 000	5.1	62.8	31.7	2.5	3.5	5.0	3.9
5 000 " " 10 000	5.9	67.1	27.0	2.5	3.4	4.8	3.7
10 000 " " 20 000	7.4	68.9	23.7	2.5	3.4	4.7	3.6
20 000 " " 50 000	6.5	69.2	24.3	2.4	3.3	4.6	3.6
50 000 " " 100 000	7.2	70.5	22.3	2.5	3.4	4.6	3.6
100 000 " " 500 000	6.5	73.6	19.9	2.4	3.5	4.6	3.6
500 000 und mehr	8.2	73.4	18.4	2.3	3.2	4.0	3.4
Insgesamt	5.6	62.4	32.0	2.5	3.5	5.2	4.0

Nimmt man alle Wohnungen zusammen und gruppiert sie allein nach der Belegung mit Personen, so ergibt sich, daß in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern im Verhältnis weniger mit 1 bis 4 Personen belegte Wohnungen festgestellt wurden als in den größeren Gemeinden. Auf dem Lande, in den dort verhältnismäßig größeren Wohnungen, lebten 5 und mehr Personen in einer Wohnung weit häufiger als in den größeren Gemeinden. Mit zunehmender Gemeindegröße wachsen durchschnittlich die Anteile der mit 1 bis 4 Personen belegten Wohnungen. Die durchschnittliche Zahl der Räume je Wohnung wird kleiner mit zunehmender Gemeindegröße. Die auf eine Person entfallende Raumzahl war in den kleineren Gemeinden günstiger als in den größeren.

Über das Verhältnis der mit einer und mehreren Haushalten belegten Wohnungen in Stadt und Land geben folgende Zahlen einen Überblick.

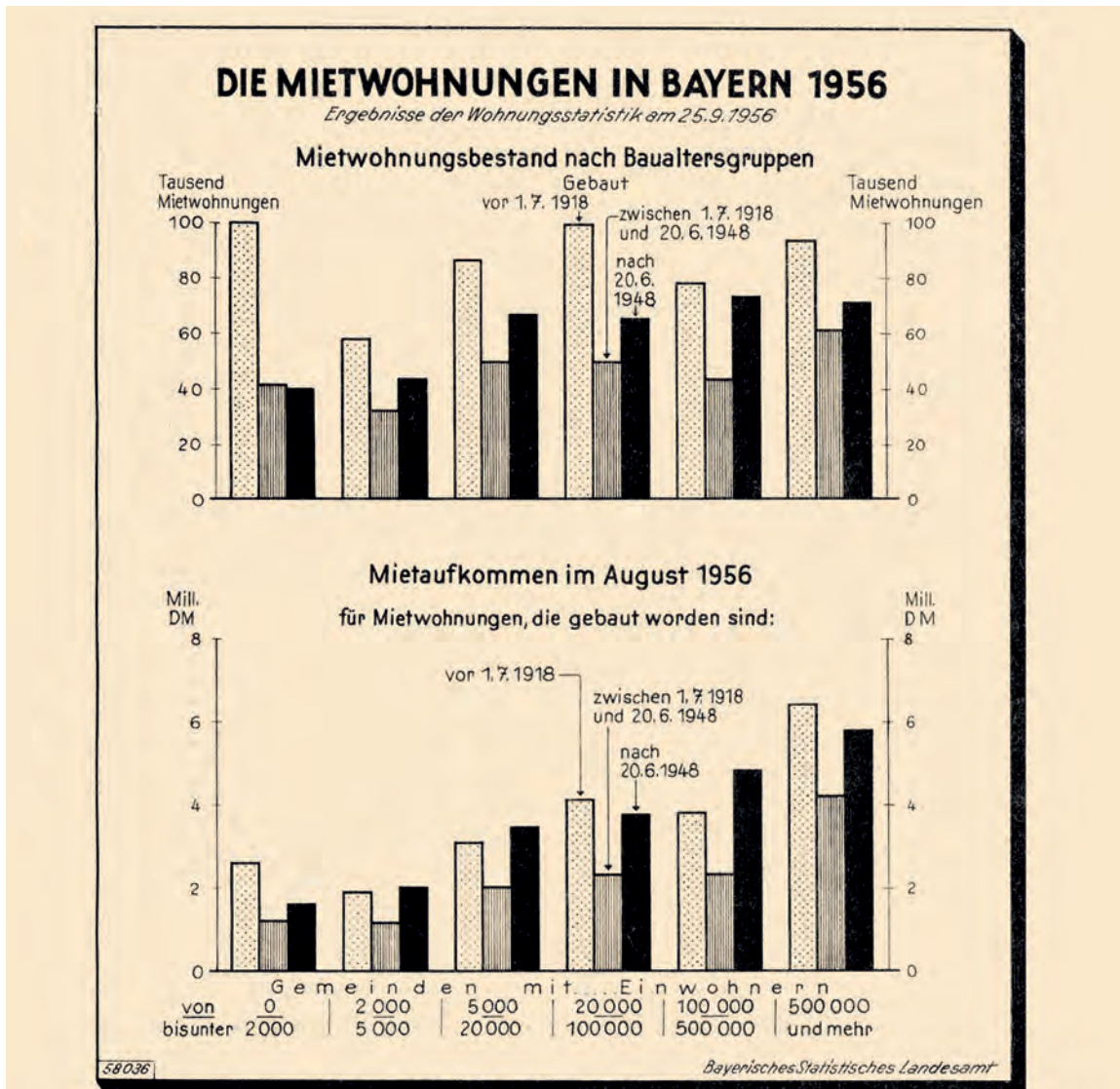
Von 100 Wohnungen waren belegt

in Gemeinden	mit 1 Haushalt	mit 2 und mehr Haushalten
unter 2 000 Einwohnern	79.5	20.5
über 20 000 Einwohner	76.0	24.0

Von mehreren Haushalten benutzte Wohnungen traten in der Stadt häufiger auf als auf dem Lande.

Dr. F. Engel

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 7/1958



Von den im September 1956 in Bayern gezählten 2,25 Millionen Normalwohnungen waren 1,16 Millionen Mietwohnungen. 45 vH aller Mietwohnungen sind vor dem 1. Weltkrieg, 31 vH nach der Währungsreform (1948) gebaut worden.

Für die Mietwohnungen wurden im August 1956 insgesamt rund 57,1 Millionen DM an Mieten gezahlt. 39 vH des gesamten Mietaufkommens erhielten die Eigentümer der vor 1918 gebauten Wohnungen; nahezu der gleiche Anteil (38 vH) wurde für alle Neubauwohnungen aufgebracht.

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 2/1958

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015				2016	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Sept.	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Bevölkerung¹ und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 604	12 692	12 844	12 696	12 795	12 830	12 844
Natürliche Bevölkerungsbewegung¹										
* Eheschließungen ²	Anzahl	4 969	5 194	5 428	1 447	6 911	3 530	6 455
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,9	5,1	1,3	6,6	3,3	5,9
* Lebendgeborene ³	Anzahl	9 131	9 496	9 855	6 798	10 836	9 296	12 746
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,7	9,0	9,3	6,3	10,3	8,8	11,7
* Gestorbene ⁴	Anzahl	10 575	10 344	11 128	10 849	10 118	10 428	12 249
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	10,1	9,8	10,5	10,1	9,6	9,9	11,2
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	25	26	27	30	27	32	36
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,7	2,8	2,8	4,4	2,5	3,4	2,8
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	13	16	15	13	16	19	25
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,4	1,6	2	1,9	1,5	2,0	2,0
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 444	- 848	-1 194	-4 051	718	- 173	497
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,4	- 0,8	- 1,2	- 3,8	0,7	- 0,2	0,5
* Totgeborene ⁵	Anzahl	29	31	33	18	36	25	45
Wanderungen¹ (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	30 527	33 365	39 584	32 197	55 376	40 029	37 561
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	20 014	23 008	29 142	22 582	41 260	29 786	29 112
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	22 390	25 639	25 920	23 565	32 617	26 663	24 636
* darunter in das Ausland	Anzahl	13 050	15 839	15 813	14 196	18 785	16 904	16 651
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 514	10 356	10 441	9 615	14 116	10 243	8 449
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 340	9 800	10 107	9 369	13 382	9 759	7 985
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	8 137	7 726	13 663	8 632	22 759	13 366	12 925
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵	Anzahl	43 522	44 525	44 486	44 064	55 700	45 893	42 452
		2014	2015	2016	2015		2016			
		Jahresdurchschnitt			Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Arbeitsmarkt⁶										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁷	1 000	5 065,9	5 189,0	5 321,4	5 281,8	5 234,4	5 259,6	5 308,7	5 412,9	5 374,6
* Frauen	1 000	2 318,4	2 382,7	2 443,1	2 416,6	2 413,6	2 420,2	2 431,4	2 476,2	2 475,7
* Ausländer	1 000	534,0	597,8	664,1	630,6	620,4	639,7	670,0	693,7	685,7
* Teilzeitbeschäftigte ⁸	1 000	1 267,0	1 338,1	1 400,9	1 361,3	1 369,5	1 381,3	1 400,9	1 421,2	1 430,8
* darunter Frauen ⁸	1 000	1 049,7	1 100,6	1 144,7	1 116,1	1 124,3	1 132,3	1 142,5	1 158,0	1 167,5
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	25,8	27,2	27,8	29,3	24,4	27,0	29,5	30,1	25,1
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 697,8	1 722,0	1 744,8	1 750,7	1 721,2	1 726,4	1 742,3	1 774,8	1 750,4
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 414,9	1 433,2	1 447,1	1 447,0	1 439,5	1 437,6	1 440,1	1 462,2	1 457,3
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 343,9	1 362,3	1 375,6	1 375,3	1 368,8	1 366,8	1 368,6	1 389,8	1 385,9
* F Baugewerbe	1 000	282,9	288,8	297,7	303,8	281,7	288,8	302,2	312,6	293,1
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 342,1	3 439,8	3 548,7	3 501,6	3 488,8	3 506,2	3 536,9	3 607,9	3 599,1
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 097,8	1 124,2	1 152,7	1 144,6	1 137,0	1 138,4	1 148,4	1 173,1	1 164,5
* J Information und Kommunikation	1 000	178,5	187,1	195,6	190,0	189,6	192,6	195,5	199,3	200,3
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	189,4	189,8	188,2	191,1	189,9	188,1	186,9	189,1	187,5
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	30,1	31,6	33,1	32,2	32,4	32,9	32,9	33,5	33,7
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	618,4	647,8	681,8	670,4	659,7	668,6	682,5	699,4	693,5
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 054,9	1 083,5	1 118,0	1 095,4	1 103,7	1 107,6	1 109,8	1 132,0	1 141,4
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	172,9	175,7	179,4	177,8	176,5	178,0	180,9	181,6	178,2
		2014	2015	2016	2016		2017			
		Jahresdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Arbeitslose	1 000	264,6	256,5	250,6	236,4	249,5	221,0	216,5	219,0	234,3
* darunter Frauen	1 000	123,2	117,7	112,0	109,0	116,3	101,7	100,2	102,3	110,6
* Arbeitslosenquote insgesamt ^{9 10}	%	3,8	3,6	3,5	3,3	3,5	3,0	3,0	3,0	3,2
* Frauen	%	3,7	3,5	3,3	3,2	3,4	3,0	2,9	3,0	3,2
* Männer	%	3,8	3,7	3,7	3,3	3,5	3,1	3,0	3,0	3,2
* Ausländer	%	8,7	8,6	8,9	8,2	8,6	7,4	7,3	7,2	7,6
* Jugendliche	%	3,2	3,1	3,2	3,2	4,1	2,5	2,4	2,9	3,8
* Kurzarbeiter ¹¹	1 000	21,5	20,3	19,5	6,5	4,4
* Gemeldete Stellen ¹²	1 000	73,1	87,8	103,9	107,5	110,2	116,1	118,1	122,5	125,5

1 Durch neues technisches Aufbereitungsverfahren und Änderungen des Standard der Datenlieferungen Verzögerungen bei der Softwareerstellung.
2 Nach dem Ereignisort.

3 Nach der Wohngemeinde der Mutter;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
4 Ohne Totgeborene, nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
5 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
6 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurde bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.

7 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
8 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
9 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
10 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
11 Die Bundesagentur für Arbeit hat die Zahlen zu den Kurzarbeitern im Mai 2017 rückwirkend bis November 2011 revidiert.
12 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016		2017			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000	519,3	511,6	495,6	499,2	468,2	467,2	499,8	479,4	480,9
darunter Rinder	1 000	75,9	77,3	77,6	76,0	70,6	69,3	76,7	70,5	72,7
darunter Kälber ²	1 000	1,6	1,5	1,5	1,2	1,3	1,9	1,4	1,1	1,1
Jungrinder ³	1 000	0,6	0,5	0,4	0,5	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3
Schweine	1 000	432,9	423,9	407,4	413,8	387,9	381,6	414,5	399,2	398,7
Schafe	1 000	9,8	9,6	9,9	8,6	9,0	15,1	7,9	9,1	8,8
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	514,2	506,8	493,1	497,8	467,0	464,9	498,4	476,4	479,7
darunter Rinder	1 000	75,1	76,5	77,2	75,6	70,4	68,9	76,3	70,0	72,4
darunter Kälber ²	1 000	1,5	1,4	1,4	1,2	1,2	1,8	1,3	1,0	1,1
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3
Schweine	1 000	429,9	421,2	405,9	413,1	387,4	380,6	413,9	398,2	398,2
Schafe	1 000	8,6	8,5	9,3	8,2	9,0	14,4	7,6	7,6	8,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	343,9	344,1	343,3	344,8	340,8	344,5	348,5	346,1	344,0
darunter Kälber ²	kg	112,5	108,4	111,2	117,9	113,1	104,8	115,3	118,8	114,0
Jungrinder ³	kg	183,3	177,9	184,1	184,7	180,9	164,2	168,9	170,1	194,2
Schweine	kg	95,8	96,0	96,1	95,6	94,5	96,2	96,4	96,0	95,0
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	67,7	67,5	66,0	65,9	60,9	60,9	66,8	62,9	63,1
darunter Rinder	1 000 t	26,0	26,6	26,6	26,2	24,1	23,8	26,7	24,4	25,0
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,0
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	41,5	40,7	39,2	39,5	36,7	36,7	40,0	38,3	37,9
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
* darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ..	1 000 t	67,2	67,0	65,7	65,7	60,8	60,7	66,7	62,6	62,9
* darunter Rinder	1 000 t	25,8	26,4	26,5	26,1	24,0	23,7	26,6	24,2	24,9
* darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
* Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	41,2	40,4	39,0	39,5	36,6	36,6	39,9	38,2	37,8
* Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,1	0,1	0,2
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	4 730	5 091	5 227	5 225	5 236	5 361	5 363	5 363	5 361
Legehennenbestand ⁶	1 000	4 153	4 499	3 648	3 363	3 447	3 798	3 878	3 713	3 868
* Konsumeier ⁶	1 000	101 881	114 059	89 906	83 220	85 312	97 592	95 605	91 647	91 882
* Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	14,5	13,7	14,1	16,3	15,0	15,7	16,7	15,2	15,7
Getreideanlieferungen ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	4,5	3,9	4,0	1,8	3,7	1,8	1,4	1,7	8,0
Weizen	1 000 t	39,3	33,7	33,7	30,0	22,7	17,2	21,1r	16,9	43,2
Gerste	1 000 t	7,2	8,9	7,8	8,4	13,9	5,7	8,1	7,1	37,1
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,2	0,2	0,4	0,4
Vermahlung von Getreide ^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	104,5	106,9	112,7	111,7	108,4	105,8	114,3r	107,9	112,3
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,1	11,9	11,6	11,5	10,4	11,1	12,5	11,7	10,9
Weizen und -gemenge	1 000 t	93,4	95,0	101,2	100,2	98,0	94,7	101,7r	96,3	101,4
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	45,5	51,2	43,6	24,4	25,5	30,4r	25,9	22,4	37,5
Weizen	1 000 t	467,9	490,3	486,3	343,5	258,7	359,2r	285,1r	227,1	305,0
Gerste	1 000 t	256,9	332,1	321,5	227,6	380,2	210,2r	185,7r	170,8r	314,9
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	6,7	6,5	9,1	6,2	6,8	7,6	6,6	7,0	9,1
Mais	1 000 t	52,4	63,2	72,3	54,8	35,2	68,1r	54,7	63,2r	32,8
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 928	2 389r	2 228	1 902	2 321	2 498	2 311
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	115	171	178r	138	161	218	194
11 bis 13	1 000 hl	1 776	2 194r	2 030r	1 734	2 125	2 244	2 086
14 oder darüber	1 000 hl	35	24	20	30	35	36	30
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	383	642	542	452	607	604	574
dav. in EU-Länder	1 000 hl	236	417	346	278	365	401	375
in Drittländer	1 000 hl	147	225	196	174	241	203	199

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016		2017			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbebeanmeldungen ²	1 000	10,2	9,7	12,7	9,7	8,8	8,6	9,6	8,8	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,2	8,6	12,9	8,1	7,4	6,8	7,6	7,1	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 830	3 911	3 965	3 974	3 973	4 022	4 021	4 022	4 018
* Beschäftigte	1 000	1 111	1 135	1 153	1 149	1 153	1 168	1 169	1 172	1 178
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	386	388	392	390	392	405	405	408	410
Investitionsgüterproduzenten	1 000	526	542	551	549	549	551	551	550	553
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	35	36	37	37	37	38	38	38	38
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	162	166	171	171	173	172	173	174	176
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	142 141	146 141	147 575	157 489	149 458	141 111	154 480	143 401	152 057
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 651	4 885	5 083	5 427	5 564	5 194	5 330	5 662	5 777
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 190	27 327	27 292	30 203	26 809	27 011	29 966	29 852	29 054
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	7 223	7 416	7 463	8 136	7 324	7 605	8 434	8 351	8 048
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	14 315	15 358	15 807	17 422	14 978	14 883	16 661	16 705	16 289
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 208	3 221	3 238	3 323	3 223	3 155	3 467	3 464	3 396
* Energie	Mill. €
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	13 795	14 717	14 991	16 013	14 539	14 746	16 342	16 509	15 786
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	109,4	112,8	114,7	127,1	113,1	109,6	122,5	121,7	120,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	94,2	91,2	101,3	127,4	120,2	94,7	113,0	107,7	108,9
Verarbeitendes Gewerbe	%	109,4	112,9	114,8	127,1	113,1	109,7	122,6	121,8	120,1
Vorleistungsgüterproduzenten	%	108,3	109,8	112,7	122,8	112,4	112,0	124,2	121,1	121,0
Investitionsgüterproduzenten	%	111,5	116,5	117,5	132,8	114,3	109,8	124,1	125,4	122,0
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	106,8	108,0	110,2	116,8	111,7	103,6	114,0	112,0	113,8
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	118,0	118,3	123,5	133,6	116,9	119,3	131,3	133,8	127,7
Inland	%	106,5	110,0	114,9	122,3	108,1	110,6	115,5	116,0	119,7
Ausland	%	125,4	123,7	129,0	140,9	122,6	124,8	141,6	145,3	132,8
Vorleistungsgüterproduzenten	%	109,6	114,1	116,6	128,4	112,8	120,2	128,5	132,7	128,6
Investitionsgüterproduzenten	%	122,4	120,6	127,4	137,4	119,4	120,1	134,0	136,4	128,6
Gebrauchsgüterproduzenten	%	98,6	100,8	100,9	106,1	91,7	103,5	109,3	101,6	95,9
Verbrauchsgüterproduzenten	%	108,8	116,8	114,6	114,0	116,7	101,1	112,8	105,2	120,1

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016		2017			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Baugewerbe ¹										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
* Tätige Personen im Bauhauptgewerbe ³	1 000	80	81	83	84	84	88	88	88	89
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 923	7 840	8 081	9 994	9 330	8 682	9 951	9 374	9 872
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	2 325	2 377	2 420	2 997	2 779	2 695	3 038	2 841	3 010
* gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	2 727	2 699	2 713	3 219	2 975	2 897	3 212	2 993	3 168
* Verkehrs- und übliche Bauten	1 000	2 872	2 764	2 947	3 779	3 575	3 089	3 700	3 540	3 694
* Entgelte	Mill. €	247,5	251,6	260,4	274,5	268,5	273,8	295,8	291,4	290,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 127,6	1 125,3	1 205,7	1 393,4	1 394,3	1 145,4	1 432,9	1 428,6	1 601,3
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	299,2	316,2	329,0	388,2	391,7	340,3	390,2	386,5	423,4
* gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	466,4	462,2	476,9	526,8	517,4	450,0	564,9	564,3	654,2
* üblicher und Verkehrsbau	Mill. €	372,8	360,9	399,8	478,3	485,2	355,2	477,8	477,8	523,7
Messzahlen (2010 = 100)										
* Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	123,1	132,4	145,6	190,7	136,3	167,7	172,0	180,5	158,1
* davon Wohnungsbau	Messzahl	130,5	154,9	166,4	191,2	162,9	181,0	189,5	211,1	196,2
* gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	126,8	127,2	139,1	205,3	119,3	144,3	163,0	145,0	131,9
* üblicher und Verkehrsbau	Messzahl	114,2	123,3	138,9	174,4	137,5	184,7	170,5	199,5	162,0
* darunter Straßenbau	Messzahl	126,7	125,9	165,6	225,0	158,5	239,8	198,6	239,6	186,8
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ⁵										
* Tätige Personen im Ausbaugewerbe	1 000	60	61	63	63	.	.	.	65	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	18 102	18 739	19 032	19 282	.	.	.	19 618	.
* Entgelte	Mill. €	460,0	482,9	506,5	501,3	.	.	.	533,5	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 906,1	1 896,1	1 978,8	1 926,7	.	.	.	1 898,8	.
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe	Anzahl	247	257	275	275	275	279	278	278	276
* Beschäftigte	Anzahl	29 587	29 461	29 483	29 320	29 274	30 209	30 259	30 264	30 225
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶	1 000	3 534	3 560	3 592	3 819	3 587	3 310	3 763	3 354	3 711
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	129	130	133	132	126	151	135	137	131
* Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷	Mill. kWh	5 300,8	4 919,6	4 541,2	4 831,7	3 559,6	4 691,2	5 122,6	4 514,8	.
* Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷	Mill. kWh	5 017,3	4 654,1	4 303,9	4 600,4	3 382,4	4 463,2	4 884,3	4 298,3	.
* dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	430,3	467,6	543,9	350,0	342,8	565,0	503,2	361,5	.
* Nettowarmerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷	Mill. kWh	939,7	1 037,5	1 123,1	655,3	609,0	1 167,2	915,6	601,9	.
Handwerk (Messzahlen) ⁸										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 = 100)	Messzahl	.	.	.	101,9	.	.	.	103,1	.
* Umsatz ⁹ (VjD 2009 = 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl	.	.	.	117,8	.	.	.	122,4	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen ¹⁰										
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 995	2 116	2 237	2 443	2 059	2 299	2 765	2 402	2 485
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 744	1 852	1 920	2 125	1 760	2 055	2 410	2 035	2 154
* Umbauter Raum	1 000 m ³	2 648	2 771	3 117	3 444	2 817	3 004	3 577	3 477	3 350
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	818	898	1 057	1 166	957	1 055	1 247	1 248	1 183
* Wohnfläche	1 000 m ²	459	483	548	596	498	524	631	616	588
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	665	648	670	779	641	655	723	728	794
* Umbauter Raum	1 000 m ³	4 041	4 020	4 112	4 593	3 082	4 267	3 541	6 478	4 840
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	550	614	675	783	534	834	571	1 174	686
* Nutzfläche	1 000 m ²	576	590	609	719	462	654	537	907	701
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 897	5 138	6 212	7 084	5 579	5 696	6 615	7 221	6 714
* Wohnräume ¹² insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	19 966	21 200	23 786	25 637	21 960	22 643	26 632	26 663	25 549
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁴	Mill. €	12 542,5	13 438,0	13 833,2	13 204,1	14 147,7	15 955,2	14 046,6	15 406,9	14 649,7
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	645,5	740,4	758,0	751,0	721,8	768,4	714,8	770,7	758,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	10 983,6	12 022,0	12 258,4	11 420,3	12 315,8	13 951,1	12 227,3	13 424,8	12 749,5
* davon Rohstoffe	Mill. €	1 319,2	1 009,9	873,8	725,5	727,1	950,0	778,5	955,2	839,3
* Halbwaren	Mill. €	497,9	516,3	485,8	484,6	445,6	565,7	553,9	538,4	499,1
* Fertigwaren	Mill. €	9 166,5	10 495,8	10 898,8	10 210,1	11 143,1	12 435,3	10 894,9	11 931,2	11 411,1
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	805,8	827,2	819,6	782,4	837,1	964,6	872,8	982,2	907,7
* Enderzeugnisse	Mill. €	8 360,7	9 668,5	10 079,2	9 427,7	10 306,0	11 470,7	10 022,1	10 949,1	10 503,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Ergebnisse aus dem Monatsbericht im Bauhauptgewerbe.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftlicher Bau.

5 Ergebnisse aus der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

6 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

7 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

8 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

9 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

10 Die Monatsergebnisse sind vorläufig, da diese keine Tekturen (nachträgliche Baugenehmigungsanderungen) enthalten.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Wohnräume mit jeweils mindestens 6 m² Wohnfläche sowie abgeschlossene Küchen.

13 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

14 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016 ¹	2016 ¹		2017 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa ³	Mill. €	8 745,1	9 247,6	9 735,9	9 343,7	9 936,1	11 098,5	9 893,2	10 529,8	10 136,2
* dar. aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. €	7 497,8	8 018,8	8 501,6	8 230,7	8 835,3	9 740,6	8 783,8	9 242,4	8 995,7
dar. aus Belgien	Mill. €	309,7	298,4	326,8	288,2	341,9	405,4	393,7	371,3	390,1
Bulgarien	Mill. €	35,2	38,2	44,8	40,4	42,0	47,8	42,5	49,9	57,0
Dänemark	Mill. €	61,5	58,5	60,4	58,4	64,2	73,2	70,5	68,9	68,4
Finnland	Mill. €	40,8	40,7	41,4	37,7	38,9	43,3	49,2	48,1	49,8
Frankreich	Mill. €	526,4	525,4	545,4	544,2	576,7	677,8	579,7	576,0	582,5
Griechenland	Mill. €	25,4	32,1	34,8	30,3	41,0	38,4	39,5	34,2	34,1
Irland	Mill. €	118,6	108,0	99,9	81,6	89,6	114,6	88,8	83,6	105,8
Italien	Mill. €	869,1	876,5	927,0	964,4	970,9	985,1	983,4	1 007,5	1 001,7
Luxemburg	Mill. €	21,0	24,2	23,9	23,7	27,3	24,9	23,4	23,6	21,4
Niederlande	Mill. €	662,1	711,4	755,4	697,2	790,2	863,0	686,0	791,9	772,0
Österreich	Mill. €	1 253,7	1 236,1	1 264,5	1 223,0	1 312,9	1 507,6	1 326,4	1 381,9	1 351,3
Polen	Mill. €	472,7	729,4	803,4	751,9	789,2	905,9	869,1	859,5	869,7
Portugal	Mill. €	67,0	75,1	78,4	75,8	91,0	84,1	66,6	76,4	84,7
Rumänien	Mill. €	220,8	236,1	246,5	238,8	254,0	309,7	260,1	286,3	274,9
Schweden	Mill. €	114,1	103,2	112,4	104,1	127,7	129,1	127,1	121,4	124,9
Slowakei	Mill. €	247,6	286,8	345,4	353,7	382,3	374,3	340,7	392,2	347,3
Slowenien	Mill. €	84,2	85,9	92,4	91,5	98,8	115,7	106,0	108,6	111,5
Spanien	Mill. €	318,5	349,1	339,6	352,3	351,9	406,4	299,8	349,4	314,5
Tschechische Republik	Mill. €	878,7	956,9	1 096,7	1 009,2	1 110,7	1 274,7	1 152,0	1 196,3	1 117,4
Ungarn	Mill. €	633,2	709,8	712,6	693,2	781,9	739,1	707,0	816,9	749,1
Vereinigtes Königreich	Mill. €	475,0	464,1	469,3	480,5	472,4	531,2	483,5	503,1	483,2
Russische Föderation	Mill. €	535,8	462,3	416,6	318,0	269,1	382,8	343,6	343,8	245,4
* Afrika ³	Mill. €	372,9	264,9	201,9	136,9	222,4	346,8	228,1	235,8	238,1
dar. aus Südafrika	Mill. €	36,7	38,4	47,4	27,5	69,5	144,9	53,2	84,0	46,0
* Amerika	Mill. €	962,8	1 169,6	1 147,4	1 140,3	1 145,4	1 380,2	1 154,0	1 336,9	1 180,2
darunter aus den USA	Mill. €	815,9	1 005,7	970,7	966,1	985,4	1 161,9	964,6	1 164,5	1 025,4
* Asien ³	Mill. €	2 450,9	2 745,4	2 736,0	2 573,4	2 832,0	3 116,3	2 759,9	3 293,2	3 082,9
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	991,4	1 230,7	1 190,1	1 093,6	1 237,4	1 254,7	1 143,4	1 290,1	1 250,4
Japan	Mill. €	240,4	240,4	274,4	249,6	289,6	313,5	273,8	303,3	247,8
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	10,9	10,4	11,9	9,8	11,8	13,3	11,4	11,3	12,3
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	14 118,4	14 910,8	15 236,0	14 341,2	16 641,5	17 748,4	15 076,4	16 777,2	16 099,5
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	711,1	726,6	732,4	737,7	752,3	823,2	740,6	811,2	811,0
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 896,5	13 807,4	14 120,8	13 026,6	15 259,6	16 267,8	13 747,3	15 343,6	14 667,4
davon Rohstoffe	Mill. €	76,5	81,7	76,2	79,4	71,5	86,2	75,3	82,5	76,4
Halbwaren	Mill. €	549,0	529,1	520,1	499,7	540,4	629,1	591,3	612,5	611,8
Fertigwaren	Mill. €	12 271,0	13 196,7	13 524,6	12 447,5	14 647,8	15 552,5	13 080,7	14 648,6	13 979,2
davon Vorerzeugnisse	Mill. €	988,7	1 035,1	1 039,1	1 010,2	1 090,3	1 195,9	1 093,9	1 187,3	1 122,0
Enderzeugnisse	Mill. €	11 282,3	12 161,6	12 485,4	11 437,3	13 557,5	14 356,6	11 986,8	13 461,4	12 857,2
darunter ² nach										
* Europa ³	Mill. €	8 751,1	9 342,3	9 771,4	9 358,0	10 602,8	11 196,7	9 779,7	10 659,2	10 429,1
* dar. in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. €	7 543,5	8 245,6	8 624,4	8 212,4	9 331,9	9 866,7	8 708,3	9 391,5	9 197,6
dar. nach Belgien	Mill. €	405,1	406,9	429,3	426,4	454,4	558,8	456,4	494,9	464,9
Bulgarien	Mill. €	30,7	37,4	37,5	38,7	38,4	42,1	35,6	44,9	45,6
Dänemark	Mill. €	115,8	120,9	125,0	124,1	141,4	143,2	122,5	119,3	129,8
Finnland	Mill. €	95,9	101,5	103,7	101,3	108,7	119,9	125,9	116,8	120,4
Frankreich	Mill. €	961,1	1 016,5	1 053,6	986,7	1 152,3	1 214,4	1 018,1	1 063,5	1 158,3
Griechenland	Mill. €	43,6	42,6	44,4	44,0	43,4	50,2	43,9	45,6	47,7
Irland	Mill. €	57,0	58,9	59,6	58,5	61,9	74,4	78,8	60,2	63,1
Italien	Mill. €	860,5	906,1	981,2	946,0	1 070,1	1 142,3	989,5	1 149,0	1 121,5
Luxemburg	Mill. €	38,1	39,6	44,4	42,9	44,6	56,2	55,2	57,4	53,4
Niederlande	Mill. €	485,4	508,6	528,2	500,8	559,1	568,4	529,3	573,9	552,4
Österreich	Mill. €	1 086,4	1 153,8	1 217,9	1 150,4	1 351,2	1 317,0	1 308,5	1 378,0	1 264,2
Polen	Mill. €	429,7	494,8	537,0	501,5	579,3	620,6	565,8	593,4	595,6
Portugal	Mill. €	91,1	96,5	105,8	119,9	114,8	119,7	105,1	109,6	118,6
Rumänien	Mill. €	142,7	155,3	183,6	173,5	184,8	227,1	197,8	203,6	206,5
Schweden	Mill. €	270,5	297,5	308,9	272,5	319,4	352,2	300,2	295,6	309,8
Slowakei	Mill. €	157,9	177,4	183,2	183,6	199,1	223,2	190,9	204,8	210,5
Slowenien	Mill. €	55,3	60,8	65,8	61,8	65,1	87,0	78,4	79,2	85,4
Spanien	Mill. €	375,7	420,7	459,7	467,0	492,1	550,2	495,5	556,9	517,8
Tschechische Republik	Mill. €	464,4	498,7	528,8	519,5	574,3	585,4	520,4	575,9	573,8
Ungarn	Mill. €	226,6	261,4	277,3	259,9	311,8	333,5	325,9	337,6	321,2
Vereinigtes Königreich	Mill. €	1 059,0	1 289,8	1 243,6	1 126,5	1 356,5	1 336,7	1 038,5	1 195,9	1 116,7
Russische Föderation	Mill. €	316,5	210,1	218,0	209,5	230,3	284,9	240,8	288,3	258,9
* Afrika ³	Mill. €	243,9	236,3	217,2	220,1	246,7	229,0	217,7	245,7	248,9
dar. nach Südafrika	Mill. €	94,1	95,0	81,0	82,4	92,3	94,4	90,1	99,9	110,5
* Amerika	Mill. €	2 127,6	2 411,3	2 222,3	1 984,4	2 484,1	2 743,4	2 227,4	2 531,7	2 158,5
darunter in die USA	Mill. €	1 644,0	1 897,2	1 711,7	1 507,1	1 931,6	2 135,3	1 718,6	1 900,2	1 603,4
* Asien ³	Mill. €	2 863,1	2 779,6	2 876,0	2 637,6	3 141,9	3 417,1	2 722,2	3 196,9	3 114,0
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 371,6	1 202,5	1 248,7	1 163,4	1 341,5	1 449,0	1 087,6	1 374,7	1 359,9
nach Japan	Mill. €	271,5	276,2	301,9	238,5	307,7	359,1	280,6	303,3	274,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	132,6	139,9	147,6	141,1	166,0	162,3	129,4	143,8	149,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien,

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
4 EU 27. Ab Juli 2013 28.
5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016 ¹	2016 ¹		2017 ¹			
		Monatlich			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Großhandel (2010 = 100)^{2,3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	106,3	107,8	109,2	117,0	105,8	108,1	119,1	118,6	.
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	101,0	103,4	105,4	112,6	101,3	101,7	112,4	112,3	.
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	109,2	110,2	111,3	111,8	111,3	112,7	112,8	113,0	.
Einzelhandel (2010 = 100)^{2,5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	112,4	125,1	135,6	130,8	132,8	137,4	142,5	137,0	141,8
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	114,0	117,2	124,2	121,9	126,4	133,4	133,3	131,9	134,3
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	108,9	112,7	117,6	122,4	125,8	121,8	129,8	126,5	127,6
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	118,9	126,2	133,3	133,0	134,5	131,8	140,1	133,6	140,8
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	113,9	119,5	123,8	122,1	124,3	124,2	132,8	124,8	127,6
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	128,7	221,8	280,3	254,3	251,3	266,2	285,5	269,4	292,2
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	106,8	119,3	128,9	124,2	126,8	127,8	132,7	128,1	133,4
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	106,3	107,3	108,7	107,9	108,1	110,6	110,4	110,2	110,2
Kfz-Handel (2010 = 100)^{2,7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	104,6	112,8	119,3	131,8	120,5	125,4	140,1	133,8	.
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real ⁴	%	102,2	109,3	114,4	126,5	115,4	118,9	133,0	126,9	.
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	113,6	114,2	116,8	115,5	115,2	119,3	119,4	119,4	.
Gastgewerbe (2010 = 100)²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	118,0	122,9	127,6	130,1	146,4	117,8	137,2	137,0	151,2
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	123,0	128,7	134,4	139,7	153,3	117,7	144,9	141,9	157,8
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	137,2	167,3	362,5	409,4	383,3	322,8	357,5	355,2	361,4
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	%	114,0	117,6	121,0	121,1	140,3	118,2	130,9	133,2	143,3
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	114,1	117,7	120,9	119,7	140,7	117,1	129,9	132,8	145,0
Kantinen und Caterer	%	118,4	125,2	130,1	139,7	134,7	121,5	142,0	129,2	142,8
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	109,0	110,8	112,7	114,7	129,4	102,8	119,1	118,5	130,5
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	107,0	108,4	109,7	112,5	114,6	110,2	112,7	115,0	116,6
Fremdenverkehr⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 706	2 850	2 884	3 274	4 115	2 771	3 291	3 598	4 363
* darunter Auslandsgäste	1 000	660	711	696	800	1 132	679	784	845	1 230
* Gästeübernachtungen	1 000	7 102	7 342	7 409	8 117	10 405	6 933	7 949	9 124	10 946
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 381	1 463	1 422	1 580	2 222	1 344	1 546	1 651	2 401
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	58 711	60 725	64 910	76 765	67 273	73 393	79 043	75 080	70 662
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	3 161	3 377	4 002	5 362	4 232	5 044	4 759	4 439	4 193
* Personenkraftwagen und sonstige „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	50 141	51 721	55 405	64 189	57 005	61 692	66 900	63 750	60 165
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 631	3 820	4 112	5 176	4 171	4 614	5 285	5 073	4 471
* Zugmaschinen	Anzahl	1 432	1 442	1 364	1 531	1 457	1 553	1 670	1 405	1 461
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	234	245	257	380	310	297	323	277	298
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) ¹¹	1 000	107 580	106 408	110 936	334 013	.	.	330 086	.	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	92 963	91 908	94 728	283 238	.	.	282 086	.	.
private Unternehmen	1 000	14 617	14 501	16 208	50 776	.	.	48 000	.	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹²	Anzahl	30 748	32 594	33 175	35 038	37 375	31 562	37 437	34 340	36 042
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 377	4 486	4 542	5 440	6 238	3 897	5 472	5 654	5 481
mit nur Sachschaden	Anzahl	26 371	28 108	28 633	29 598	31 137	27 665	31 965	28 686	30 561
* Getötete Personen ¹³	Anzahl	52	51	51	49	62	40	56	54	64
* Verletzte Personen	Anzahl	5 795	5 930	5 980	6 961	7 994	5 197	6 988	7 137	6 991
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 652	1 706	1 761	1 931	2 034	1 864	1 974	2 054	...
Abgang	1 000	1 646	1 699	1 752	1 916	2 074	1 854	1 961	2 021	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	135	140	144	158	168	164	177	204	...
Abgang	1 000	135	140	144	162	179	167	181	211	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	31	36	42	45	46	50	50	50	...
Abgang	1 000	31	36	41	43	48	51	50	49	...
Eisenbahnverkehr¹⁴										
Güterempfang	1 000 t	2 273	2 387	2 432	2 567	2 526	2 290	2 543
Güterversand	1 000 t	1 904	2 052	2 025	2 280	2 219	1 829	2 115
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang insgesamt	1 000 t	444	361	356	361	365	365	466	523	...
davon auf dem Main	1 000 t	210	190	187	226	179	202	269	272	...
auf der Donau	1 000 t	234	171	169	135	186	163	197	251	...
* Güterversand insgesamt	1 000 t	274	254	242	279	290	229	317	375	...
davon auf dem Main	1 000 t	172	154	164	208	202	159	231	201	...
auf der Donau	1 000 t	102	100	78	71	88	71	86	174	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschneidgrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016		2017			
		Monatsdurchschnitt ¹			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen^{2,3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	462 351	480 758	500 590	496 845	.	.	.	520 556	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	410 140	423 243	440 184	438 205	.	.	.	454 161	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	51 100	51 091	49 746	49 755	.	.	.	51 845	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	45 752	46 695	46 500	46 270	.	.	.	48 263	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	5 348	4 397	3 246	3 485	.	.	.	3 582	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	59 317	61 419	65 747	65 458	.	.	.	69 186	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	57 358	59 465	64 061	63 754	.	.	.	67 477	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	1 959	1 954	1 686	1 704	.	.	.	1 709	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	351 933	368 248	385 097	381 632	.	.	.	399 525	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	318 906	335 294	353 193	349 526	.	.	.	369 619	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 028	32 955	31 904	32 106	.	.	.	29 906	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	572 073r	582 467	610 894	604 114	.	.	.	638 304	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	450 183	462 238	491 875	485 198	.	.	.	519 586	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	423 349	431 304	456 986	449 711	.	.	.	481 286	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	26 833	30 935	34 889	35 487	.	.	.	38 300	.
Spareinlagen	Mill. €	121 890r	120 229	119 020	118 916	.	.	.	118 718	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	48 126	47 043	46 068	46 080	.	.	.	45 441	.
bei Kreditbanken	Mill. €	27 944	26 967	26 139	26 229	.	.	.	25 871	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 284	1 214	1 160	1 347	1 215	888	1 201	1 062	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	93	102	93	104	126	68	94	101	...
* davon Unternehmen	Anzahl	246	266	228	242	270	191	219	251	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	64	71	67	74	91	50	65	77	...
* Verbraucher	Anzahl	741	674	654	797	659	480	685	579	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	1	2	-	3	1	3	-	...
* ehemals selbständig Tätige	Anzahl	245	226	238	257	249	187	249	192	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	16	16	14	13	17	12	12	12	...
* sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	52	48	40	51	37	30	48	40	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	13	14	10	17	15	5	14	12	...
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	351 715	295 993	209 782	244 282	290 123	107 574	225 525	249 673	...
davon Unternehmen	1 000 €	255 439	192 203	126 560	161 975	212 037	53 678	145 756	170 294	...
Verbraucher	1 000 €	41 057	34 902	35 812	36 878	31 922	24 468	36 649	28 843	...
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	46 981	51 312	40 025	40 313	38 894	19 195	34 851	43 693	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	8 238	17 576	7 385	5 116	7 269	10 232	8 268	6 843	...
Öffentliche Sozialleistungen										
(Daten der Bundesanstalt für Arbeit)										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	132,5	127,9	121,5	107,5	109,8	114,5	105,4	102,9	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ¹²	Mill. €	152,9	151,9	197,6	179,2	174,5	211,6	185,5	178,5	171,8
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) ¹³										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	234,1r	235,3r	243,0	244,1	243,8	251,2	251,0
Personen in Bedarfsgemeinschaften	1 000	436,1r	440,9r	454,1	454,8	454,6	474,5	474,7
darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	296,3r	299,8r	310,4	310,9	311,0	325,9	325,9
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	111,7r	113,6r	116,6	115,8	116,0	125,2	125,5
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 941,4	5 226,6	5 537,9	9 074,7	4 589,9	4 685,3	4 372,0	9 062,6	.
davon Lohnsteuer	Mill. €	3 230,5	3 437,8	3 569,9	3 659,9	3 648,9	3 676,7	3 822,8	3 923,2	.
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	813,8	881,1	977,2	2 546,3	0,4	383,8	160,5	2 927,3	.
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	355,8	395,5	446,3	1 408,2	862,1	321,9	532,3	519,7	.
Abgeltungsteuer	Mill. €	107,9	110,7	78,2	42,4	45,5	72,4	57,9	50,7	.
Körperschaftsteuer	Mill. €	433,4	401,5	466,3	1 417,9	33,0	230,5	- 201,5	1 641,7	.
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	2 065,9	2 110,0	2 306,8	2 145,6	2 295,6	1 710,6	2 480,9	2 112,5	.
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €
Bundessteuern [*]	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	270,9	302,0	332,5	330,2	305,2	233,0	319,3	344,4	.
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	113,1	130,8	143,6	128,8	132,1	69,3	115,2	138,2	.
Grundwerbsteuer	Mill. €	118,8	130,9	148,3	150,5	141,4	126,9	159,7	154,9	.
Biersteuer	Mill. €	12,9	13,1	12,9	14,7	14,5	12,1	12,1	14,2	.

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.
3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.
4 Ohne Treuhandkredite.
5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.
9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.
10 Einschl. Sparbriefe.
11 Nachweis erst ab 2002 möglich.
12 ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.
13 Daten nach Revision und Wartezeit von drei Monaten.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016		2017			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1,2,3}	Mill. €	861,6	888,0	958,0	2 917,1					
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,0	7,1	7,0	24,0					
Grundsteuer B	Mill. €	137,7	139,6	143,2	500,8					
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	712,5	736,9	803,1	2 377,5					
Steuereinnahmen des Bundes³										
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. €	1 953,5	2 074,8	2 205,0	3 863,9	1 825,0	1 832,7	1 446,0	3 808,3	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6}	Mill. €	27,8	27,8	29,6	0,0	92,6	91,7	0,0	0,0	
Steuereinnahmen des Landes³										
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. €	1 912,8	2 038,2	2 194,8	3 863,9	1 825,0	1 832,7	1 325,3	3 808,3	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6,7}	Mill. €	104,5	104,4	111,4	0,0	329,2	323,3	18,2	0,0	
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv^{2,3,4}										
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4,8}	Mill. €	540,1	579,6	608,5	867,2	486,1	550,8	435,0	966,2	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €	52,7	63,5	64,8	193,4					
Gewerbesteuer (netto) ^{1,9}	Mill. €	580,2	603,3	662,5	1 944,8					
Verdienste										
		2015	2016	2015		2016		2017		
		Jahreswert		2. Vj.	3. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
* Bruttomonatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten										
Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
männlich	€	4 217	4 343	3 758	3 778	3 892	3 918	3 878	3 951	...
weiblich	€	4 496	4 618	3 977	3 998	4 117	4 141	4 087	4 167	...
Leistungsgruppe 1 ¹²	€	3 540	3 663	3 222	3 241	3 339	3 366	3 361	3 415	...
Leistungsgruppe 2 ¹²	€	8 275	8 349	6 898	6 961	7 067	7 097	7 097	7 224	...
Leistungsgruppe 3 ¹²	€	5 045	5 128	4 467	4 499	4 599	4 614	4 561	4 642	...
Leistungsgruppe 4 ¹²	€	3 353	3 426	3 092	3 103	3 178	3 194	3 137	3 214	...
Leistungsgruppe 5 ¹²	€	2 793	2 801	2 600	2 608	2 625	2 633	2 610	2 666	...
Produzierendes Gewerbe	€	2 206	2 292	2 101	2 104	2 166	2 168	2 220	2 263	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	4 428	4 575	3 899	3 917	4 039	4 071	4 054	4 160	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 532	3 655	3 265	3 306	3 392	3 333	3 401	3 434	...
Energieversorgung	€	4 632	4 776	4 036	4 049	4 166	4 207	4 224	4 303	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	5 069	5 154	4 485	4 517	4 600	4 610	4 819	4 825	...
Baugewerbe	€	3 447	3 491	3 207	3 222	3 278	3 232	3 360	3 384	...
Dienstleistungsbereich	€	3 336	3 480	3 171	3 212	3 340	3 322	3 090	3 399	...
Handel; Instandhaltung, u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	4 070	4 181	3 659	3 681	3 789	3 812	3 764	3 818	...
Verkehr und Lagerei	€	4 066	4 085	3 567	3 579	3 604	3 641	3 570	3 626	...
Gastgewerbe	€	3 237	3 219	2 989	3 032	2 983	3 002	2 984	3 036	...
Information und Kommunikation	€	2 439	2 481	2 342	2 323	2 369	2 410	2 391	2 435	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	(6 153)	5 786	5 195	5 239	5 187	5 210	5 028	5 095	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	5 703	5 813	4 750	4 809	4 917	4 973	5 140	5 149	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	4 417	4 798	3 894	3 895	4 233	4 244	4 351	4 393	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	5 391	5 489	4 633	4 640	4 711	4 763	4 727	4 781	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	2 501	2 700	2 397	2 401	2 564	2 557	2 664	2 673	...
Erziehung und Unterricht	€	3 711	3 810	3 492	3 556	3 641	3 655	3 649	3 746	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	4 505	4 564	4 214	4 352	4 342	4 335	4 082	4 225	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	3 805	3 916	3 583	3 577	3 668	3 691	3 756	3 812	...
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/
	€	3 952	4 065	3 614	3 637	3 714	3 740	3 649	3 659	...
Preise										
		2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017		
		Durchschnitt ¹³					August	Juni	Juli	August
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	104,3	105,8	106,6	107,0	107,6	107,8	109,1	109,5	109,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	106,0	109,6	110,7	112,3	113,1	112,2	115,6	115,6	115,7
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	105,5	108,0	110,3	113,6	116,6	117,2	120,3	120,4	120,5
Bekleidung und Schuhe	%	104,6	106,2	107,9	109,4	110,2	106,8	109,8	105,6	109,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	105,5	107,5	108,3	108,0	108,3	108,3	109,8	109,9	110,0
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	101,2	102,4	102,8	103,9	104,5	104,2	104,9	105,1	104,8
Gesundheitspflege	%	103,1	98,7	100,7	103,1	104,4	104,7	106,5	106,6	106,7
Verkehr	%	108,2	108,2	108,2	106,2	105,2	105,1	107,7	107,8	108,0
Nachrichtenübermittlung	%	94,8	93,4	92,3	91,2	90,3	90,1	89,7	89,5	89,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,6	103,2	104,4	104,7	105,7	108,9	107,1	110,9	110,2
Bildungswesen	%	102,8	97,3	76,8	78,5	80,5	80,2	82,1	82,1	82,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	102,5	105,2	108,1	111,0	112,9	113,2	114,2	114,6	115,0
Anderer Waren und Dienstleistungen	%	102,8	104,2	106,1	107,6	109,7	109,9	109,7	109,9	110,0
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	102,5	103,6	104,9	106,2	107,6	108,9	108,5	110,1	110,1
Nettokaltmiete	%	102,7	104,0	105,6	107,2	108,9	109,1	110,7	110,9	111,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017		
		Durchschnitt ¹					Nov.	Februar	Mai	August
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2010 = 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	105,5	107,8	110,0	111,6	113,9	114,7	116,1	117,1	...
davon Rohbauarbeiten	%	106,0	107,9	109,8	110,8	112,9	113,7	115,0	116,4	...
Ausbauarbeiten	%	105,0	107,7	110,3	112,4	114,7	115,5	117,0	117,7	...
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	102,5	103,8	105,9	106,8	108,8	109,6	111,1	111,1	...
Bürogebäude	%	105,4	107,6	109,9	111,6	113,8	114,6	116,1	117,1	...
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	105,6	107,6	109,7	111,2	113,4	114,3	115,7	116,7	...
Straßenbau	%	105,5	107,8	109,2	109,2	110,0	111,1	111,5	112,4	...
							2016		2017	
							2. Vj.	3. Vj.	4 Vj.	1 Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	225,40	223,59	234,86	235,17	261,37	224,51	240,11	300,19	290,80
Rohbauland	€	46,96	59,72	50,19	50,93	56,71	33,25	59,31	57,90	58,69
Sonstiges Bauland	€	57,33	61,06	67,30	68,30	83,24	106,75	82,43	71,76	92,98

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

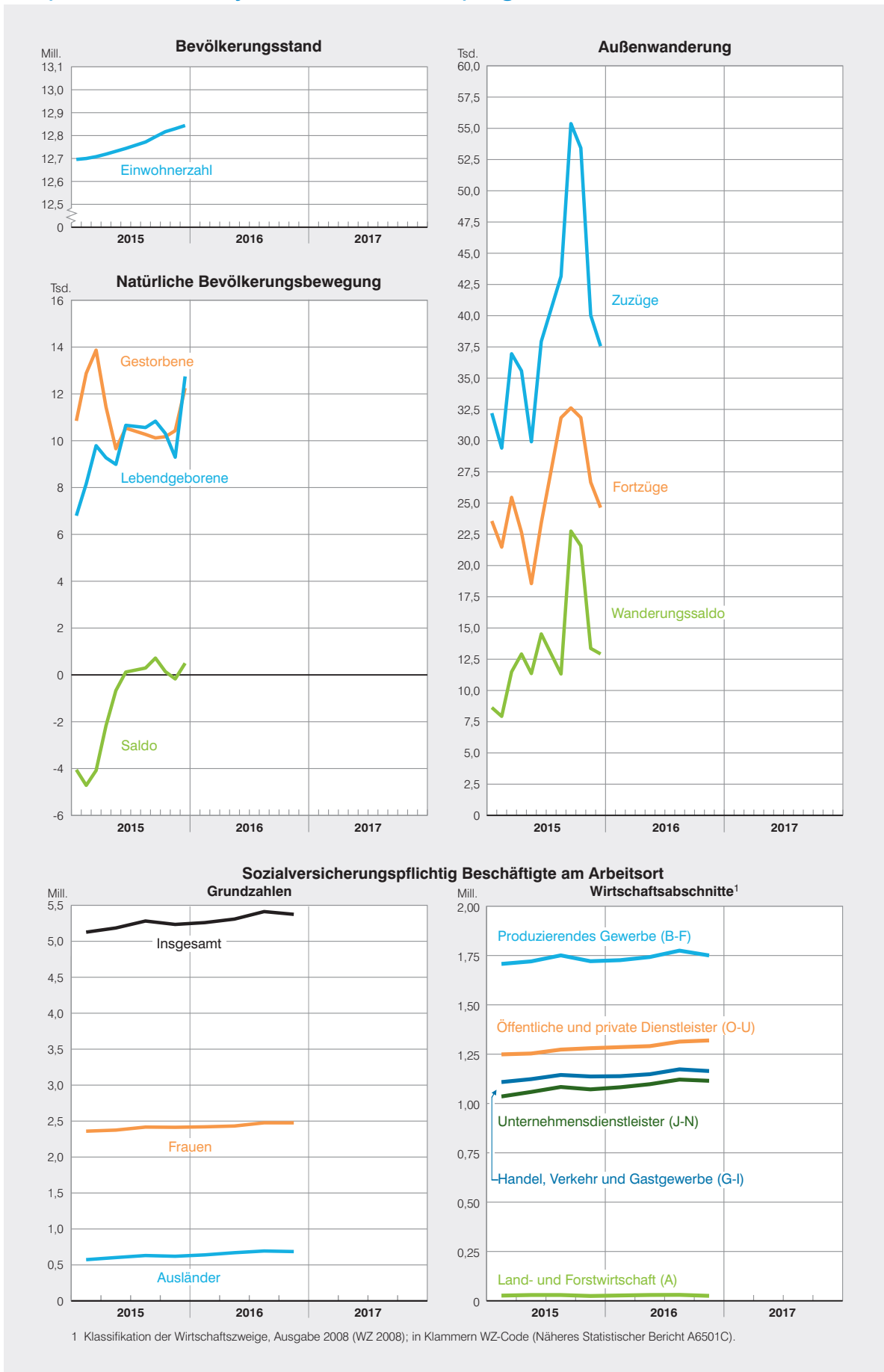
Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017		
		Durchschnitt ¹					August	Juni	Juli	August
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	104,1	105,7	106,6	106,9	107,4	107,5	109,0	109,4	109,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	106,3	110,4	111,5	112,3	113,2	112,5	115,6	115,9	115,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	104,8	107,0	110,3	113,4	116,0	116,5	119,5	119,7	119,8
Bekleidung und Schuhe	%	103,3	104,4	105,5	106,3	107,0	103,1	107,3	103,3	105,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	105,4	107,5	108,4	108,0	107,9	107,9	109,3	109,5	109,6
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	101,1	102,1	102,5	103,2	103,8	103,5	104,2	104,2	104,0
Gesundheitspflege	%	103,2	99,4	101,4	103,4	105,1	105,4	107,0	107,2	107,3
Verkehr	%	107,7	107,5	107,3	105,5	104,6	104,7	107,0	107,1	107,5
Nachrichtenübermittlung	%	94,8	93,4	92,3	91,2	90,3	90,1	89,7	89,5	89,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,6	103,1	104,4	105,0	106,1	109,3	107,7	111,6	111,1
Bildungswesen	%	94,0	95,1	93,1	92,8	94,4	94,6	95,3	95,3	95,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	103,6	106,0	108,2	111,0	113,2	113,5	115,7	116,0	116,1
Andere Waren und Dienstleistungen	%	102,6	104,3	106,1	107,2	109,2	109,4	109,5	109,6	109,6
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2010 = 100)	%	108,7	105,9	103,6	100,9	97,8	97,7	100,2	99,8	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2010 = 100)	%	104,9	104,3	104,0	104,9	104,0	104,0	105,8	105,7	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2010 = 100)	%	107,0	106,9	105,8	103,9	102,1	102,2	104,5	104,7	104,9
Vorleistungsgüterproduzenten	%	105,8	104,6	103,5	102,3	100,8	101,0	104,1	104,1	104,3
Investitionsgüterproduzenten	%	102,2	103,0	103,5	104,2	104,8	104,9	105,8	106,0	106,0
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	106,3	108,4	109,0	108,1	108,8	108,9	112,1	112,3	112,5
Gebrauchsgüterproduzenten	%	103,3	104,3	105,7	107,1	108,4	108,6	109,6	109,7	109,7
Verbrauchsgüterproduzenten	%	106,8	109,0	109,5	108,3	108,8	109,0	112,4	112,7	112,9
Energie	%	113,0	112,0	108,5	102,6	96,6	96,7	98,7	98,9	99,3
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 = 100)	%	119,4	120,7	111,1	106,9	106,6p	106,7	121,2p	120,2p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	126,4	120,2	103,8	114,3	117,1p	117,5	126,5p	123,3p	...
Tierische Erzeugung	%	114,9	121,1	115,9	102,1	99,7	99,6	117,8p	118,2p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2010 = 100)	%	108,0	107,4	106,1	104,8	103,8	103,8	106,9	106,8	107,1
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	107,7	111,5	111,8	112,9	114,4	114,6	116,9	116,7	116,8
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	121,3	115,8	110,2	95,0	86,0	84,2	90,4	90,1	91,1
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 = 100)	%	103,3	104,4	105,0	105,3	105,9	105,4	107,5	107,2	107,5
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	104,6	107,2	108,3	108,8	109,4	108,9	111,5	111,6	111,6
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	105,7	108,8	110,1	111,8	113,4	113,3	115,1	115,2	115,1
Kraftfahrzeughandel	%	101,9	101,8	102,1	103,0	104,1	104,3	105,4	105,6	105,8

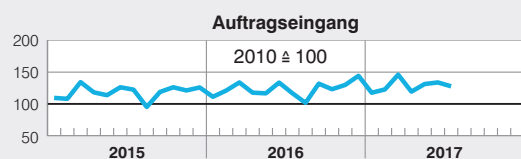
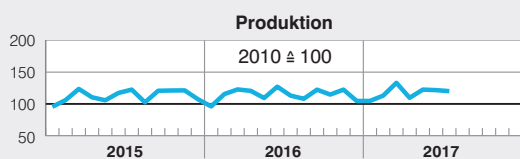
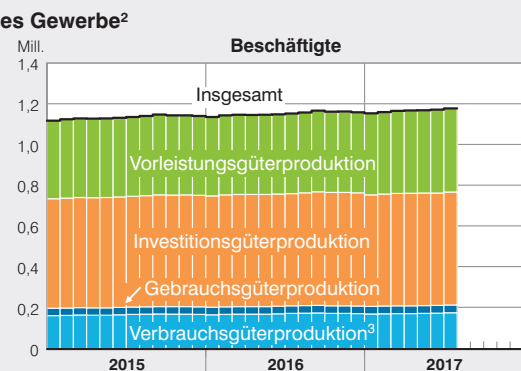
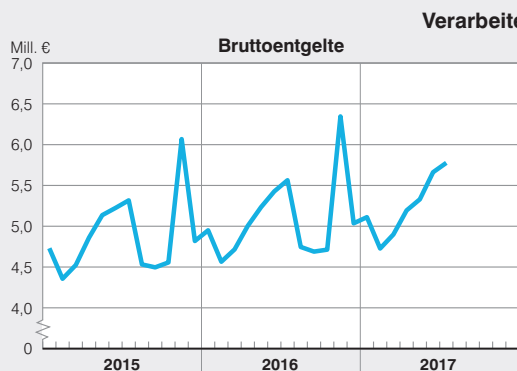
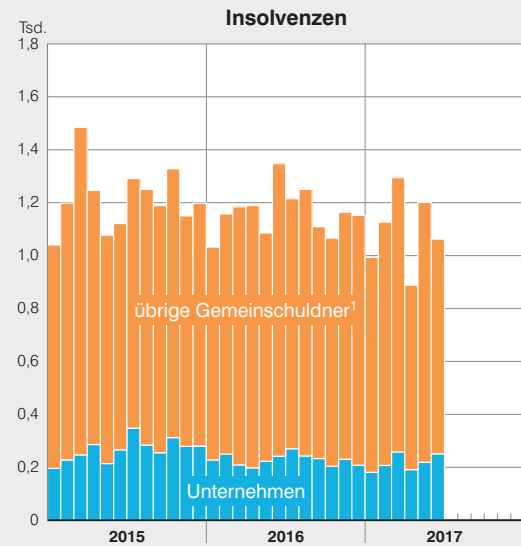
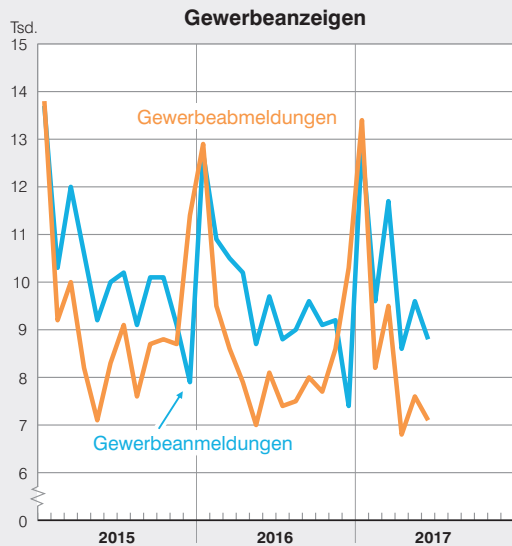
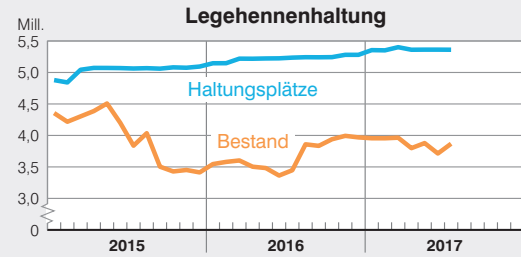
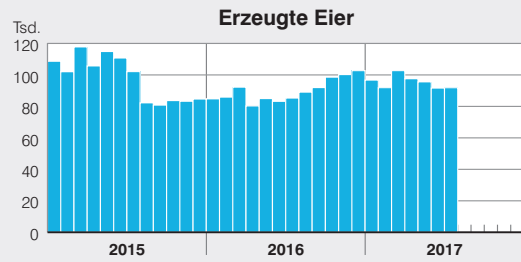
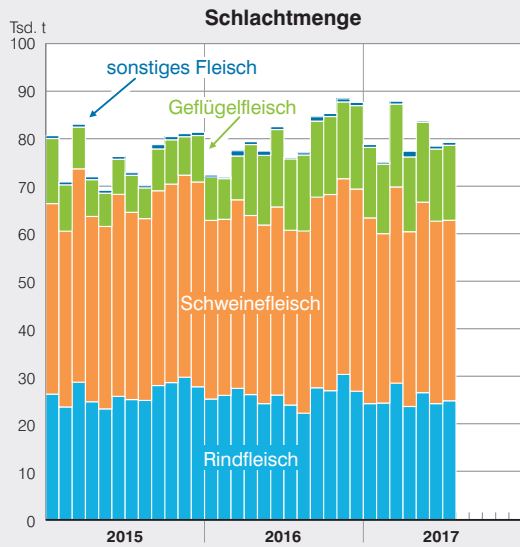
* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

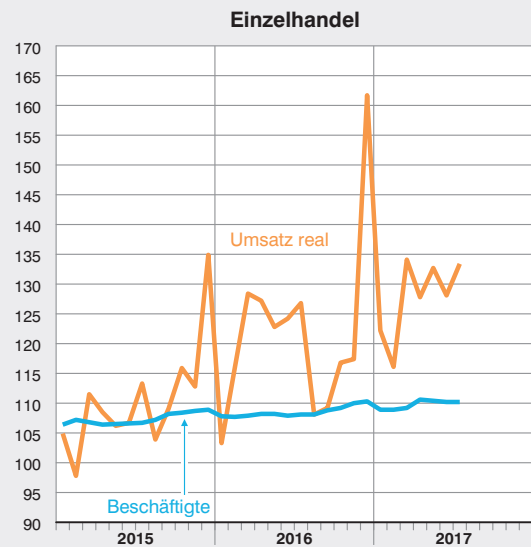
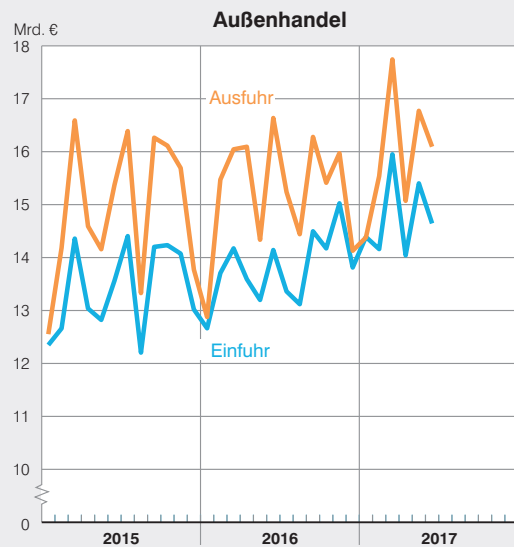
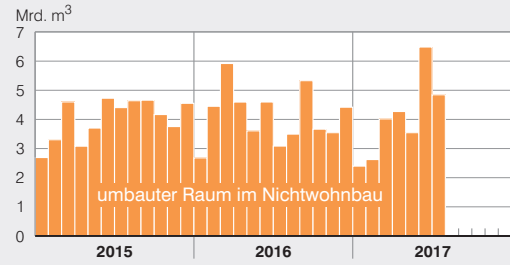
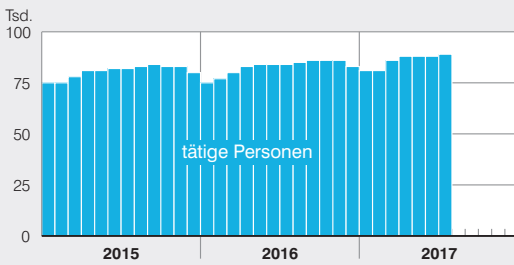
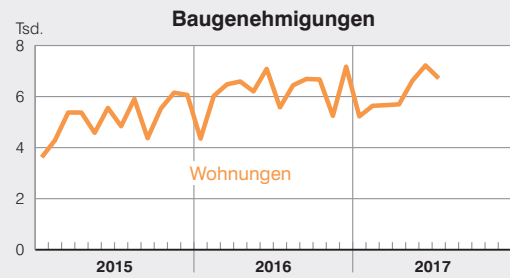
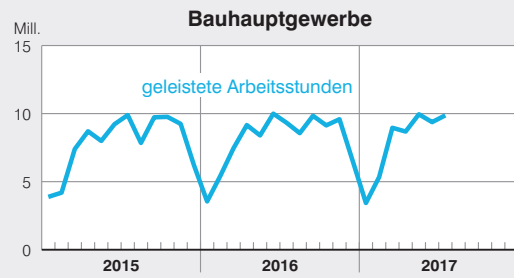
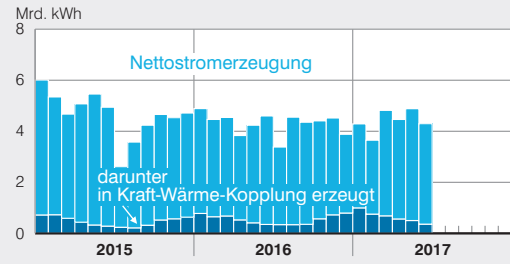
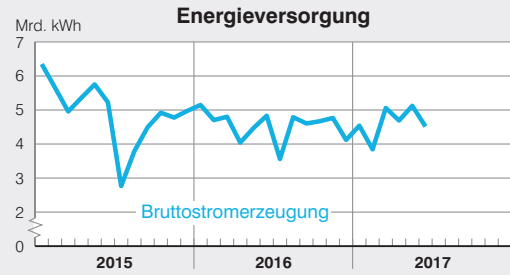
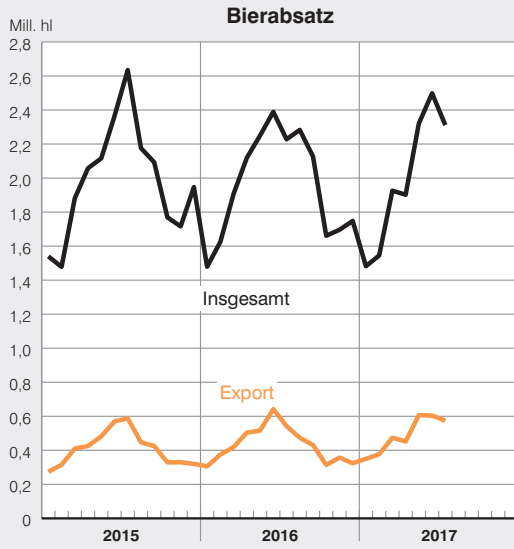
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).
2 Einschl. Mehrwertsteuer.
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
4 Ohne Mehrwertsteuer.

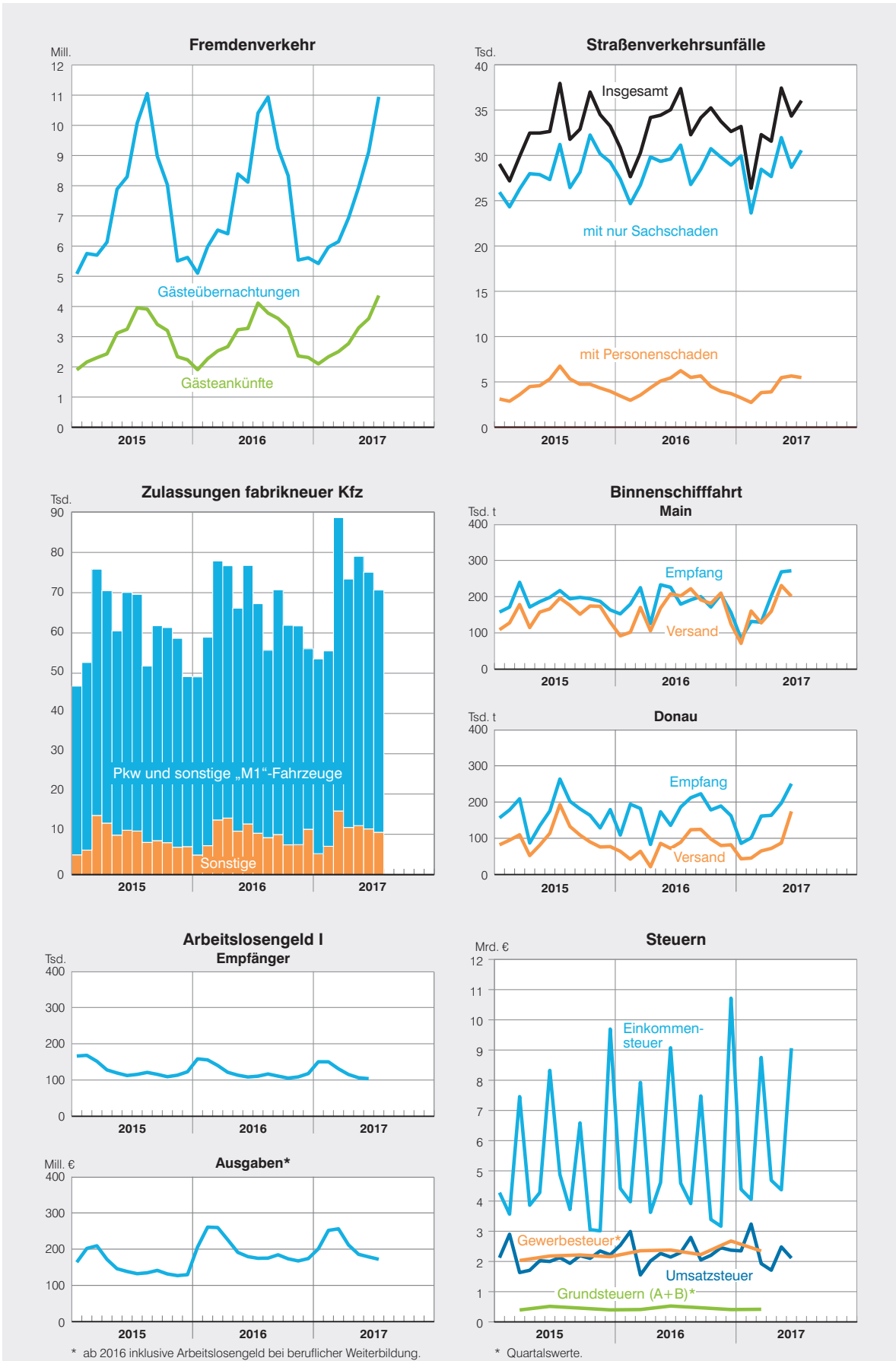
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel



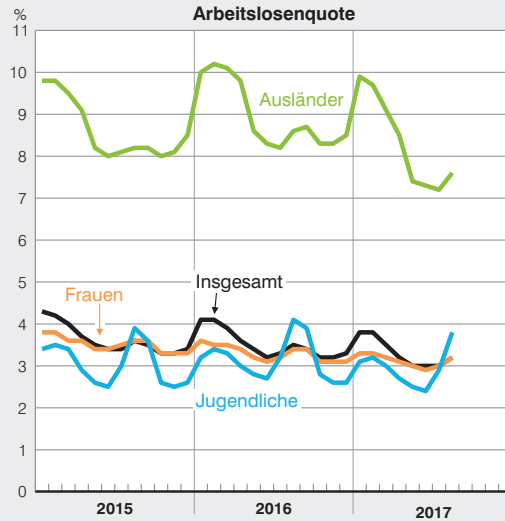
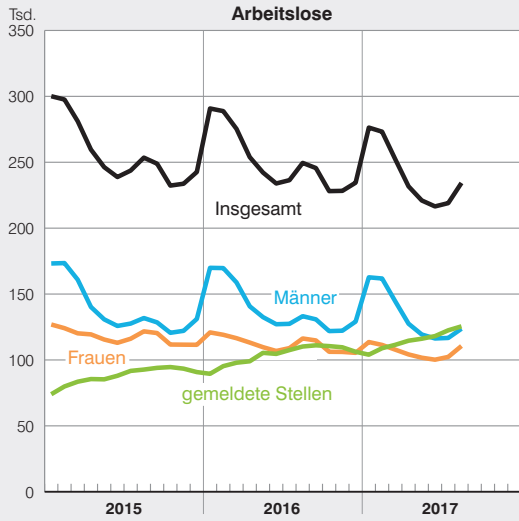


1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
 2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
 3 Einschließlich Energie.

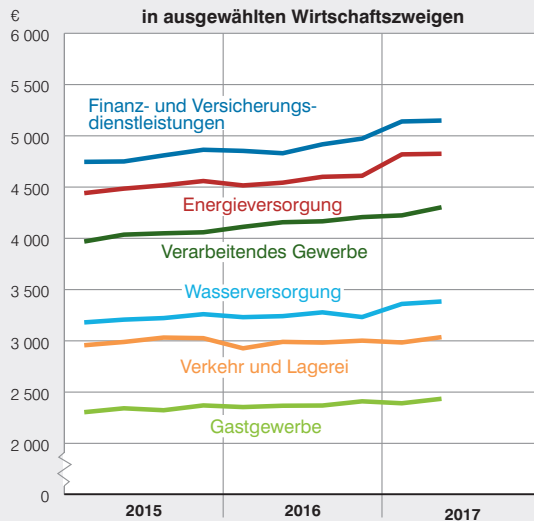
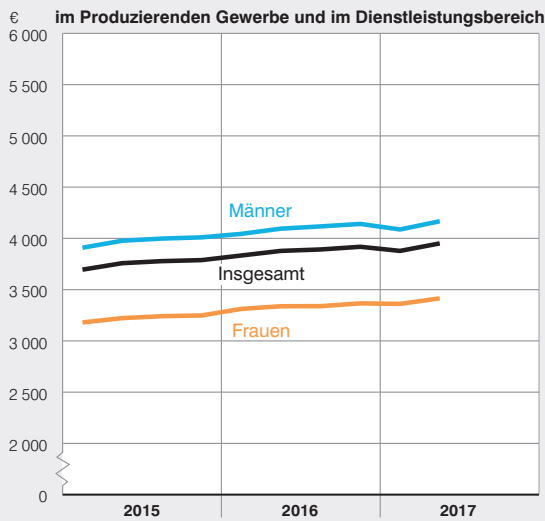




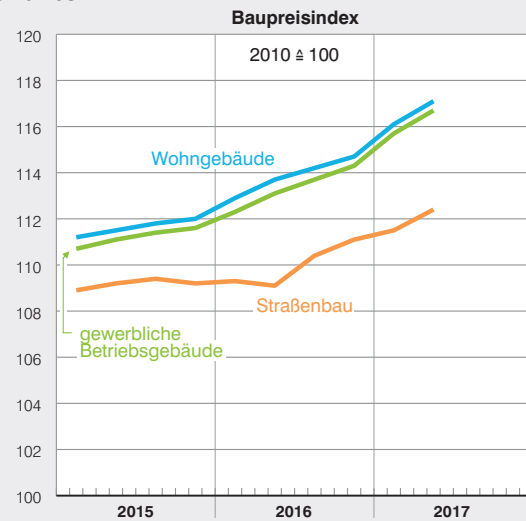
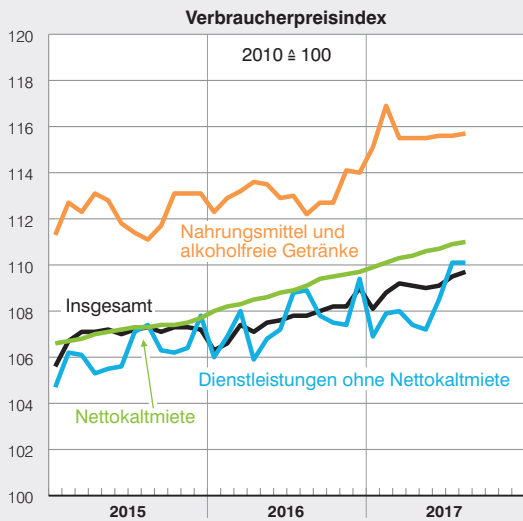
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Statistische Berichte

Erwerbstätigkeit

- Bevölkerung und Erwerbstätige Bayerns 2016
Teil II der Ergebnisse der 1 %-Mikrozensushebung 2016
- Haushalte und Familien in Bayern 2016
Teil IV der Ergebnisse der 1 %-Mikrozensushebung 2016
- Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Bayern und deren Pendlerverhalten am 30. Juni 2016
Teil III der Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Hochschulen, Hochschulfinanzen

- Studierende an den Hochschulen in Bayern
Wintersemester 2016/17

Rechtspflege

- Bewährungshilfestatistik in Bayern 2016
Unterstellungen am 31. Dezember und beendete
Bewährungsaufsichten im Laufe des Jahres

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Juni 2017
(sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juni 2017 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), Basisjahr 2010
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juni 2017, Basisjahr 2010

Baugewerbe (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe)

- Bauhauptgewerbe in Bayern im Juni 2017

Energie- und Wasserversorgung

- Energiewirtschaft in Bayern
Teil I: Monatsergebnisse – 1. Quartal 2017

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Juni 2017

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juni 2017
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Mai 2017
- Tourismus in Bayern im Juni 2017
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juni 2017

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Mai 2017
Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats
- Straßenverkehrsunfälle in Bayern 2016
Ausführliche Ergebnisse des Berichtsjahres

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im Mai 2017
- Binnenschifffahrt in Bayern im April 2017

Sozialhilfe und soziale Grundsicherung

- Sozialhilfe in Bayern 2016
Teil II: Empfängerinnen und Empfänger

Asylbewerberleistungen

- Asylbewerber und Leistungen in Bayern
Stand: 31. Dezember 2016

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern im Juli 2017
sowie Jahreswerte von 2014 bis 2016
mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen
- Verbraucherpreisindex für Bayern
Monatliche Indexwerte von Januar 2012 bis Juli 2017
(mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Juli 2017
- Kaufwerte für Bauland in Bayern – 1. Vierteljahr 2017

Verzeichnisse

- Verzeichnis der Berufsfachschulen des Gesundheitswesens in Bayern
Stand: 20. Oktober 2016
- Verzeichnis der Realschulen, Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Gymnasien sowie Abendrealschulen in Bayern
Stand: 1. Oktober 2016
- Verzeichnis der Berufsschulen in Bayern
Stand: 20. Oktober 2016
- Verzeichnis der Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung in Bayern
Stand: 20. Oktober 2016

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z. B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).


Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z. B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Newsletter Veröffentlichungen

Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop

Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter  www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Vorankündigung

7. StatistikTage Bamberg | Fürth 2018

Die Otto-Friedrich-Universität Bamberg und das Bayerische Landesamt für Statistik organisieren im Rahmen des Statistik Netzwerks Bayern am 19. und 20. Juli 2018 zum siebten Mal die StatistikTage Bamberg | Fürth.

Das Tagungsthema in 2018 lautet **„Die Gesundheit der Gesellschaft – Potenziale amtlicher Daten für die Gesundheitsforschung“**. Experten der amtlichen Statistik und der empirischen Forschung präsentieren die Ergebnisse ihrer Arbeiten und stellen sie zur interdisziplinären Diskussion.

Die Tagungsteilnahme ist kostenlos. Um vorherige Anmeldung über das Onlineformular wird gebeten.



Weitere Informationen zu den StatistikTagen finden Sie unter www.statistiknetzwerk.bayern.de



Impressionen von den StatistikTagen 2017

Bayerisches Landesamt für Statistik – Tagungsbüro, Nürnberger Straße 95, 90762 Fürth
Telefon 0911 98208-6218 | www.statistiknetzwerk.bayern.de | statistiktage@statistik.bayern.de